



Dr. Xaver Bittl:

Neuer Vorsitzender des Prüfungsverbandes

Der Eichstätter Landrat wurde zum Nachfolger des früheren Ersten Bürgermeisters von Wasserburg, Dr. Martin Geiger, bestimmt.

Seite 9



Volker Eitzbach:

Verabschiedung in den Ruhestand

Nach 20-jähriger erfolgreicher Tätigkeit ist der technische Geschäftsführer der Bayerngas GmbH aus dem Unternehmen ausgeschieden.

Seite 7



Dieter Döhla:

Schreiben an den Bundeskanzler

Hofs Oberbürgermeister hat seine Stadt und Hochfranken als Modellregion zur Erprobung der „Offensive für den Mittelstand“ vorgeschlagen.

Seite 15

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 30. Januar 2003

54. Jahrgang / Nummer 3

Leere Kassen in Bayerns Kommunen:

Die Schmerzgrenze ist erreicht

Gemeindetags-Präsident Brandl plädiert für neue „Kultur des Miteinander“

Auf breiter Front müssen Bayerns Gemeinden den Rotstift ansetzen. Die konjunkturelle Schwäche und die verfehlte Steuerpolitik des Bundes zwingen Bayerns Kommunen, sämtliche Einsparpotenziale bis zur Schmerzgrenze auszuschöpfen. Wie verzweifelt einzelne Gemeinden sind, zeigt das Beispiel der 1250 Einwohner zählenden oberpfälzischen Gemeinde Theisenthal: „Dort“, so Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, „denken die Bürgerinnen und Bürger schon an Selbstauflösung der Gemeinde.“

Wie Brandl bei einer Pressekonferenz in München weiter ausführt, komme erschwerend hinzu, dass Bund und Freistaat in vergangenen Zeiten den Kom-

munalen Dienst. Die kommunalen Kassen würden damit zusätzlich mit ca. 120 Millionen Euro belastet. Dies sei für die Städte und Gemeinden im Freistaat kaum

noch zu verkraften, stellte Brandl fest. Für eine 14.000-Einwohner-Gemeinde bedeute der Tarifabschluss Mehrkosten im Personalbereich von 84.000 Euro jährlich. Zudem stehe zu befürchten, „dass Landkreise und Bezirke sich das Geld für die höheren Gehälter, die sie ihrem Personal zu zahlen haben, über Umlageerhöhungen wieder bei den Gemeinden holen wollen“. Die Gemeinden bluteten also doppelt.

Finanzminister führt zu mehr Unzufriedenheit

„Diese Finanzmisere wird zu mehr Unzufriedenheit bei den Bürgern führen“, prognostizierte der Präsident. Wenn selbst einfache freiwillige Leistungen wie Büchereien, Jugendarbeit und Vereinsförderung immer mehr ausgedünnt werden müssten, werde auch das ehrenamtliche Engagement in den Gemeinden kurzfristig wieder „Luft zum Atmen“ zu verschaffen, bedürfe es einer Senkung der Gewerbesteuerumlage auf das ursprüngliche Niveau, was für die bayerischen Gemeinden Mehreinnahmen von ca. 400 Millionen Euro im Jahr 2003 bedeuten würde. Ein entsprechender Bundesratsbeschluss liege bereits vor. Die Bundes-

(Fortsetzung auf Seite 4)



In einer verzweifelten Situation befinden sich die Kommunen in Deutschland. Da bleibt auch Bayern nicht verschont. Unser Bild zeigt (v.l.) Dr. Uwe Brandl, Dr. Jürgen Busse und Dr. Johann Keller bei der Pressekonferenz des Bayerischen Gemeindetags in München. Foto: Schober

munalen Aufgaben zur Erfüllung aufgelastet hätten, denen sie sich nicht entziehen könnten. Beispielfaß nannte der Präsident das Grundrechtsgesetz und die Nachmittagsbetreuung an Schulen. Somit bleibe den Gemeinden nichts anderes übrig, als bei den freiwilligen Leistungen zu kürzen.

Die dramatische Finanzsituation der Kommunen verschlechterte sich noch mehr durch den aktuellen Tarifabschluss im öffent-

Wiesheu zum Wirtschaftswachstum 2002:

Stärkung des Wachstums ist das A und O für 2003

München. „2002 war wirtschaftlich das zweitschlechteste Jahr seit der Wiedervereinigung. Binnenwirtschaftlich steckt Deutschland sogar in einer Rezession“, kommentierte Bayerns Wirtschaftsminister Otto Wiesheu die Wachstumswahlen des Statistischen Bundesamts.

Der deutliche Rückgang des privaten Konsums um 0,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr signalisiere fehlendes Verbrauchervertrauen. Die Bruttoanlageinvestitionen seien mit einem Minus von 6,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr regelrecht eingebrochen und wiesen schon das zweite Jahr in Folge negative Wachstumsbeiträge auf. Die Bundesregierung habe Deutschland mit einer konsequent falschen und mutlosen Politik in eine Stagnationsfalle mit einem Teufelskreis aus Wachstumschwäche und steigender Steuer- und Abgabenlast geführt. Selbst der seit 1998 mit 1,5 Prozentpunkten höchste Wachstumsbeitrag des Außenhandels könne die schwache Binnen- nachfrage kaum mehr kompensieren. „Damit ist auch die rotgrüne Mär von der angeblich so schlechten Weltkonjunktur endgültig ins Reich der Fabel ver-

bannt worden“, erklärte Wiesheu.

Die Lage ist bitterernst

„Die Lage ist bitterernst, die Prognosen für 2003 stimmen sorgenvoll“, sagte der Minister. Das Eichelsche Steuervergünstigungsabbaugesetz und die geplante Anti-Schnäppchen-Kampagne von Frau Künast wären in einer solchen Situation die letzten Sargnägel für Konjunktur und Arbeitsmarkt. Deutschland stecke absehbar in der längsten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit. Es gebe nur einen Ausweg: Eine mutige Politik für Wachstum und Beschäftigung mit gezielten Investitionsanreizen speziell für den Mittelstand, Reformen der sozialen Sicherungssysteme und auf dem Arbeitsmarkt sowie einer Modernisierungsoffensive für das ganze Land, so Bayerns Wirtschaftsminister.



Mehr Mut zur Zukunftsgestaltung forderte beim Neujahrsempfang der schwäbischen Wirtschaft in Augsburg Bayerns Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber (Mitte). Neben ihm (von rechts): der Wirtschaftsreferent der Stadt Augsburg, Stadtrat Johannes Hintersberger, Weihbischof Dr. Anton Losinger, IHK-Präsidentin Hannelore Leimer, Staatssekretär Georg Schmid, Landwirtschaftsminister Josef Miller. Über die Veranstaltung berichten wir auf Seite 14. Foto: jdt

Neujahrsempfang der bayerischen Mittelstandsunion:

Der Staat muss sich auf Kernaufgaben konzentrieren

Michelbach fordert höhere Investitionen in die Zukunftsfähigkeit

Keine rechte Freude wollte aufkommen beim Neujahrsempfang, zu dem der Vorsitzende der Mittelstandsunion (MU), MdB Hans Michelbach, in die Räume der Oberbank AG Linz nach München eingeladen hatte. Zu bedrückend ist die derzeitige wirtschaftliche Lage in Deutschland, darüber konnte Bayerns Finanzminister Prof. Dr. Kurt Falthäuser, der als Festredner geladen war, ausgiebig berichten.

Einer der wenigen Lichtblicke des Abends war das Grußwort des Hausherrn. Der Vorstandsvorsitzende der Oberbank, Dr. Franz Gasselsberger, berichtete von der beachtlichen wirtschaftlichen Entwicklung seines Instituts - gerade auch in Bayern. „Während zahlreiche andere Banken Filialen schließen und Personal abbauen gehen wir den umgekehrten Weg“, sagte er. Man müsse mit seinen Dienstleistungen zu den Menschen kommen. Noch keine Bank sei in wirtschaftliche Schwierigkeiten gekommen, weil sie zu viel Personal beschäftigt habe; vielmehr seien die Probleme immer in einzelnen sehr großen Fehlengagements der Bankhäuser auszumachen. Die Oberbank werde ihr Filialnetz in Bayern in den nächsten Jahren noch deutlich erweitern. Dabei erwiesen sich die guten Kontakte, die man zur Kommunalpolitik unterhalte, als überaus wichtig.

Mittelstand als Entscheider

Als Anwalt der kleinen und mittleren Betriebe versteht sich nach Michelbachs Worten die MU. Die Leitlinie laute: Starker Mittelstand, starke Marktwirtschaft. Im Mittelstand werde der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit entschieden. Dort seien 70% der Arbeitsplätze und 80% der Ausbildungsplätze konzentriert. „Obwohl Deutschland in einer konjunkturell schwierigen Phase ist, gibt es unter Rot/Grün 48 Steuererhöhungen, die Verschie-

wortung in der sozialen Sicherung, die Sprengung der Fesseln des Arbeitsmarktes, höhere Investitionen in die Zukunftsfähigkeit und einen Abbau des Bürokratienschungels.“



Getreu dem Prinzip „Je besonderlicher eine Behauptung, desto genauer muss man ihr nachgehen“, hat Fanny Bacher einen üblen Verdächtigungsbrief angeführt. Dabei ist ihr jedoch ein unverzeihlicher Fehler unterlaufen, der das anmaßende Verhalten dieser Stadtrats-Landplage auf's Trefflichste unterstreicht.

Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Partnerschaft zwischen Staat und Kommunen	Seite 2
Schulverstaatlichung bleibt im Gespräch	2
Hochwasserschutz kein Wahlkampfthema	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun:	
Am 21. September sind auch Kommunalwahlen	3
Keine Abstriche bei der Dorferneuerung	3
Bürgerzentren für Gesundheit	3
GZ-Fachthemen	
Energieversorgung -Energiesparmaßnahmen	5 - 8
EDV - Ausstattung für die Kommunalverwaltung	9 - 11
Kommunale Büchereien - Rechtsfragen	12
Aus den bayerischen Kommunen	13 - 16

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Landtagsfraktionen legen Marschroute für das Landtagswahljahr fest:

Partnerschaft zwischen Staat und Kommunen

Zum Konnexitätsprinzip läuft die Feinabstimmung - Grundsätzlich einig über Verfassungsänderungen auch bei Klonverbot und Wählbarkeitsalter

Wirtschaft und Arbeit, Schule und Bildung, Landesentwicklung und Umwelt - das bleiben die Schwerpunkte des Bayerischen Landtags im letzten halben Jahr, bevor die 14. Legislaturperiode im Juli praktisch endet und der (bereits spürbare) Wahlkampf zur Neuwahl des Landesparlaments am 21. September heiß wird. In ihren Januar-Klausuren haben die drei Fraktionen diese Schwerpunkte bestätigt, wobei die Frage nach der Konjunktur-entwicklung und damit nach der Haltbarkeit gegenwärtiger Etatansätze nicht letztverbindlich beantwortet werden konnte. Übereinstimmend war von einem schwierigen Jahr die Rede. Der Finanzminister erklärte, man werde zwar überall kürzen müssen, ausgenommen Bildung und innere Sicherheit, aber ohne Nachtragshaushalt auskommen. Eine große Rolle soll die Partnerschaft zwischen Staat und Kommunen spielen.

Bekräftigt haben die Fraktionen von CSU, SPD und Grünen ihren Willen, gemeinsam ein Gesetz zur Verankerung des Konnexitätsprinzips in der Bayerischen Verfassung zu beschließen, das am 21. September zum Volksentscheid gebracht werden wird. Angesichts der in Einzelheiten noch auseinander gehenden Vorstellungen für die Verfassungsänderung betonte CSU-Fraktionsvorsitzender Alois Glück, er

benübertragungen vom Staat an die Kommunen - hier sei insbesondere der Bund gefordert - mit einer Finanzierungsregelung verbunden sein müssen. Daraus dürfe jedoch kein Veto-Recht der Kommunen gegenüber dem Landtag als Volkssouverän werden. Zunächst müsse jedes Ministerium mit den Kommunen verhandeln. Die parlamentarische Praxis der Konnexität werde im Rahmen der Verfassungsgrund-

heit im Landtag gleichfalls gesichert. Skeptisch steht die CSU weiteren Änderungsvorschlägen der SPD gegenüber. Sie wollen eine Stärkung der Kinderrechte (etwa gegen Misshandlungen) sowie die Richter-Wahl im Landtag an eine Zwei-Drittel-Mehrheit binden.

Übernahme kommunaler Schulen wird abgelehnt

Bei aller Bereitschaft, das Konnexitätsprinzip zu beachten, zeigt sich in CSU-Fraktion und Staatsregierung weiterhin keine Bereitschaft, der kommunalen Forderung nach Übernahme der vollen Lehrpersonalkosten durch den Staat nachzukommen. Auch die Übernahme kommunaler Schulen wird abgelehnt. SPD und Grüne wollen die Forderungen der Kommunen zumindest bei den Lehrergehältern im Landtag weiterhin unterstützen. Streit wird es im Landtag auch um die Schulrechtsnovelle der Staatsregierung geben, die mit Milliarden Euro kosten würde. Eine Entlastung des Staates

Adolf Dinglreiter, MdL:

Flächendeckende Versorgung mit Postagenturen sichern

Der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Technologie im Bayerischen Landtag, Adolf Dinglreiter, hat sich für den Erhalt einer flächendeckenden Versorgung mit Postagenturen eingesetzt. In einem Antrag fordert Dinglreiter die Staatsregierung auf, in Verhandlungen mit der Regulierungsbehörde für die Post und mit der Deutschen Post AG (DPAG) zu verhindern, dass es bei der neuen Vertragsgestaltung der Post mit den so genannten Postagenturen nicht zu Verschlechterungen der Vertragsbedingungen kommt, die viele Postagenturbetreiber zur Aufgabe zwingen würden. Dinglreiter sagte, die Politik könne die derzeitige Vorgehensweise der Deutschen Post AG nicht hinnehmen.

Die Post habe ohne jegliche Beteiligung oder Aussprache mit den bestehenden Verbänden versucht, „still und heimlich“ Neuverträge mit Agenturen durchzusetzen, die sie fälschlicherweise als Filialen bezeichnet. Dinglreiter kritisierte, dass die DPAG mittels Salamtaktik diese Neuverträge einzuführen versuche, um zu verhindern, dass sich die Agenturneher in den

entsprechenden Bezirken solidarisieren. Die Agenturneher wehrten sich zu Recht gegen die Neuverträge. Denn, so Dinglreiter, dort soll die Vergütung zwischen 25 und 35 Prozent reduziert werden - „und das bei einer Stundenvergütung von durchschnittlich 6 bis 7 Euro derzeit“. Kleinunternehmer würden regelrecht zur Vertragsunterschrift getrieben, wobei der „Noch-Monopolist Post“ seine Marktposition in schamloser Weise ausnutze. „Das ist ausbeuterisches Verhalten eines Monopolisten gegenüber kleinen Mittelständlern.“

Immer mehr Kleinunternehmer wendeten sich infolgedessen von der Post ab. Die DPAG gehe daraufhin auf die örtliche Gemeindeverwaltung mit der Begründung zu, wenn die Gemeinde eine Poststelle haben wolle, müsse sie diese selbst betreiben. Dinglreiter: „Dadurch wird letztendlich die zunächst sinnvoll begonnene Privatisierung ad absurdum geführt.“ Der CSU-Politiker verwies darauf, dass die Post gesetzlich verpflichtet sei, in Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern eine Postagentur oder eine eigene Filiale zu betreiben.

Verband der Bayerischen Bezirke:

Publizistikpreise vergeben

Der Preis für Publizistik, den der Verband der bayerischen Bezirke alljährlich verleiht, wurde für das Jahr 2002 vergeben. Die Jury bestimmte drei Preise. Sie gingen für die Bereiche Hörfunk und Fernsehen an eine in Bayern-Alpha ausgestrahlte Sendereihe über die Arbeit der bayerischen Bezirke à 45 Minuten von Corinna Benning und Andrea Roth sowie an Peter Sauer vom Studio Franken des Bayerischen Rundfunks für eine in der Abendschau ausgestrahlte Reportage über das Freilandmuseum Bad Windsheim. Den Preis in der Rubrik Printmedien erhielt die Redaktion (Leitung: Stefan Sohr) „Die Region in Bayern“ bei der Nürnberger Zeitung für eine Serie über die Bildungseinrichtungen vom Bezirk Mittelfranken. Der Preis wird demnächst vom Präsidenten des Verbandes der bayerischen Bezirke Dr. Georg Sinnacher verliehen. Den Publizistikpreis der Bezirke gibt es seit 1986.

Schulverstaatlichung bleibt im Gespräch

Bereitschaft im Landtag, den Kommunen zu helfen aber erst ab dem Doppelhaushalt 2005/2006

Im Landtag öffnet sich den Kommunen eine gewisse Aussicht, dass der Freistaat seine restriktive Haltung bei der Verstaatlichung weiterführender beruflicher Schulen in etwa zwei Jahren vielleicht lockert. Für den im Dezember verabschiedeten Doppelhaushalt 2003/2004, in dem der Finanzminister die Einnahmeausfälle ohne Nachtrag, aber auch ohne zusätzliche Ausgaben auffangen will, werden die Finanznöte der Kommunen mit eigenen Schulen noch keine Linderung erfahren.

Im Kommunalausschuss stand ein SPD-Antrag auf der Tagesordnung, die Staatsregierung solle die Voraussetzungen dafür schaffen, dass in Würzburg eine Fach- und eine Berufsoberschule im Rahmen des Etats des 2003/2004 verstaatlicht werden. Berichterstatter Rainer Boutter, ein Würzburger SPD-Abgeordneter, charakterisierte den Antrag als Signal für das ganze Land. Es könne nicht angehen, dass die Städte und Gemeinden, die 1973 bei Inkrafttreten des einschlägigen Gesetzes keine Verstaatlichungsanträge gestellt hatten, auf Dauer benachteiligt bleiben.

Ausgabenerweiterungen sind nicht drin

Mitberichterstatter Georg Stahl (CSU) bestätigte, das sei ein leidiges Thema. Persönlich sei er der Meinung, dass man die damals nicht initiativ gewordenen Kommunen „nicht bis zum Weltuntergang bestrafen“ dürfe. Stahl berief sich jedoch auf den Finanzminister, dass Ausgabenerweiterungen im laufenden Doppelhaushalt nicht zu finanzieren seien. Im nächsten Doppelhaushalt könne man die Dinge ernsthafter angehen. Der SPD-Antrag wurde unter diesem Aspekt von der CSU abgelehnt. Im Gespräch mit der GZ warnte Ausschussvorsitzender Dr. Herbert Kempfler indes die Kommunen davor, sich schon konkrete Hoffnungen in Sachen Schulverstaatlichung zu machen.

Etwas besser erscheint die Perspektive eines weiteren SPD-Antrags: Die Staatsregierung soll den Kommunen helfen, die finanziellen Lasten bei der Rück-

holung von Vorschüssen zu tragen, die allein erziehenden Müttern gewährt wurden, bis die Kindsväter Unterhalt zahlen. Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Helga Schmitt-Bussinger (SPD) verwies als Berichterstatterin darauf, dass nur etwa ein Drittel der Väter zahle. Die Rückholquoten bei Unterhaltsvorauszahlungen schwankten zwischen 21,8 und 51,5 Prozent. Zwar werde die mit den kommunalen Spitzenverbänden 1997 vereinbarte Rückholquote von 25 Prozent im Landesdurchschnitt erreicht, doch seien angesichts der finanziellen Klemme der Kommunen weitere Maßnahmen erforderlich.

Interne Beratung

Mitberichterstatter Georg Stahl (CSU) fand „einige Körner Wahrheit“ in der Antragsbegründung, verwies jedoch auch hier auf die vom Etat fest gezogenen Grenzen. Dr. Kempfler und sein CSU-Fraktionskollege Jürgen Heike pflichteten dem sinngemäß bei. Der SPD-Antrag wurde zurückgestellt mit der Maßgabe, über das Problem nochmal intern zu beraten.

Problemlos und ohne Aussprache wurde ein CSU-Antrag unter Federführung Dr. Kempflers einstimmig akzeptiert, die Staatsregierung möge beim Bund darauf hinwirken, dass bei den Beratungen des Europäischen Verfassungskonvents die Interessen der Kommunen hinreichend berücksichtigt werden und das kommunale Selbstverwaltungsrecht in einem Verfassungsvertrag verankert wird. **rm**

und der Kommunen versprechen sich CSU und Staatsregierung von einem konsequenten Abbau von Vorschriften und damit von Bürokratie, letztlich um Entstaatlichung, soweit es nicht um die Grundversorgung wie bei Wasser und Abwasser geht. Die Regierungsfraktion hat dazu eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Glück hofft, bis zum Frühsommer, wenn der Landtag seine Arbeit beendet, erst mal ein Moratorium für neue Vorschriften zu erwirken.

Hang zum Perfektionismus ein Ende bereiten

Dem „Hang zum Perfektionismus“ ein Ende bereiten zu helfen, soll unter anderem die weitere Bereinigung des Baurechts. Genehmigungsverfahren sollen so gestrafft und vereinfacht wer-

den, dass kleine und mittlere Gewerbeprojekte in qualifizierten Gebieten genehmigungsfrei werden.

SPD und Grüne haben zu den Schwerpunktthemen eigene Initiativen angekündigt oder schon im Landtag vorgelegt. Sowohl Franz Maget für die SPD als auch Dr. Sepp Dürr und Christine Stahl für die Grünen haben in ihren Berichten aus den Klausuren zu verstehen gegeben, dass man zwar das eigene Profil schärfen wolle, dies auch in der Konkurrenz der Oppositionsfraktionen, sich aber einer konstruktiven Zusammenarbeit, wo möglich und nötig, nicht verschließen werde. Die Kontroverse um Stärke oder Schwäche der Bundesregierung wird die kommenden Arbeitswochen im Maximilianeum indessen dominieren. **rm**

Henning Kaul ruft Kommunen zur Zusammenarbeit auf:

Hochwasserschutz darf kein Wahlkampfthema sein

Der Vorsitzende des Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen, Henning Kaul, hat die Kommunalpolitiker in Städten und Gemeinden zur Zusammenarbeit beim Hochwasserschutz aufgerufen. Kaul sagte, dass mittlerweile anhand von drei Hochwasserereignissen der jüngsten Zeit Ursache und Wirkung dieser Naturkatastrophen relativ genau beurteilt werden können. Besonders aus der Bildauswertung der Flugbeobachtung werde deutlich, wo den Fließgewässern in der Vergangenheit Raum genommen wurde. „Diese Bilder zeigen uns klar, wo wir den Flüssen folgerichtig wieder Raum geben müssen.“

Die Abgeordneten des Bayerischen Landtags seien auch in ihrer kommunalpolitischen Verantwortung gefordert, bei der Umsetzung der Beschlüsse des Landtags und der Maßnahmen der Staatsregierung aktiv mitzuwirken, denn verstärkte Vorsorge sei das Gebot künftiger Entscheidungen. Ein wichtiges Prinzip müsse sein, dass bereits einmal aufgetretene Schäden nicht noch ein zweites Mal auftreten dürfen. Kaul: „Das heißt, vor Ort müssen neue Wege bei der Bauleitplanung mutig gesucht werden. Mutig deshalb, weil manche Flächen für die Bebauung heute bereits vorgesehen sind und wir in Anbetracht der heutigen Erkenntnisse diese überdenken und vielleicht auch in Frage stellen müssen.“

Neue Notwendigkeiten

Kaul forderte auch die SPD auf, in ihrer kommunalpolitischen Verantwortung die neuen Notwendigkeiten im Interesse der Bürger mit ihren CSU-Kollegen umzusetzen. „Denn wir brauchen flächendeckenden Hochwasserschutz durch die Solidarität und Partnerschaft mit

der kommunalen Ebene.“ Gerade die Kommunalpolitiker aus hochwassergefährdeten Regionen könnten mit ihren besonderen Kenntnissen der Örtlichkeit für die drei in der CSU-Fraktion eingesetzten Projektgruppen wertvolle Vorschläge für Vorsorgemaßnahmen und eine optimale Umsetzung geben. Der Hochwasserschutz dürfe kein Wahlkampfthema werden. **rs**

Kommunen dürfen gebündelt einkaufen

Kommunen verstoßen nicht gegen das Kartellrecht, wenn sie gemeinsam Ausrüstungsgegenstände beschaffen. Dies hat der Bundesgerichtshof (BGH) jetzt festgestellt. Ein Ausrüstungshersteller hatte geklagt gegen die Gründung einer 100-prozentigen Tochtergesellschaft eines kommunalen Spitzenverbandes. Niedersächsische Kommunen wollen damit die kommunale Nachfrage nach bestimmten Artikeln bündeln, um Preisvorteile zu erzielen. Dieses Verhalten ist nach Ansicht des BGH zulässig, da die Gemeinden eine erlaubte Einkaufskooperation gebildet haben. www.bundesgerichtshof.de **rs**

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Karl-Heinz Stegmeier
86739 Ederheim
am 10.2.

Landrat Anton Dietrich
89407 Dillingen a. d. Donau
am 15.2.

Bürgermeister Alfred Schaden
96355 Tettau
am 18.2.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Robert Höhenberger
91726 Geroltingen
am 14.2.

Bürgermeister Georg Rittler
85652 Plienig
am 14.2.

Bürgermeister Rudolf Roth
63814 Mainaschaff
am 15.2.

Bürgermeister Rudi Eck
97437 Haßfurth
am 20.2.

Bürgermeister Josef Drexler
82288 Kottgeising
am 22.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Helga Weinberger
94572 Schöfweg
am 11.2.

Bürgermeister Michael Raith
82276 Adelsheim
am 18.2.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Peter Imminger
82496 Oberau
am 11.2.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Claus Schwarzmann
91330 Eggolsheim
am 10.2.

Bürgermeister
Willy Lehrmeier
86637 Wertingen
am 13.2.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Markus Loth
82362 Weilheim
am 22.2.

Bayerisches Energie-Forum:

Stand und neue Perspektiven

Information und Beratung rund um das Energiesparen und die erneuerbaren Energien in Bayern zeichnen sich durch eine große Vielzahl und Vielfalt der Einrichtungen und Angebote aus. Um es dem Interessenten zu erleichtern, die für ihn richtige Information und den richtigen Ansprechpartner für eine Energieberatung zu finden, hat der Freistaat Bayern im Jahr 1997 unter dem organisatorischen Dach der Bayern Innovativ GmbH das Bayerische Energie-Forum gegründet.

Als Informationsdrehscheibe für die Bereiche „Rationelle Energienutzung“, „Erneuerbare Energien“ und „Neue Energietechnologien“ konzentriert sich

menzuführen und den Transfer von Ideen und Erfahrungen zu intensivieren“, betont der Geschäftsführer der Bayern Innovativ GmbH, Prof. Dr.-Ing. habil.

Josef Nassauer. Das Themenspektrum dieser Plattformen reicht von der Energiegewinnung bis zur Bereitstellung leistungsgewandener Energie, vom Einsatz erneuerbarer Energien bis zu Einsparpotenzialen durch die Kombination von Bau und Energie, von neuen Energie-Dienstleistungen bis hin zur Verbreitung jüngster Entwicklungen im Bereich der Wasserstofftechnologie und Brennstoffzellentechnik. Hieraus bildet sich ein Netzwerk, das bereits mehr als 600 Firmen und wissenschaftliche Institute umfasst - vom Architekten bis zum Bauplaner, vom Handwerksbetrieb bis zum Großunternehmen, vom Energie-Dienstleister bis hin zur Forschungsinstitution.

Zukunftsorientierte Technologien

Die Bayern Innovativ konzentriert sich auf ein Feld von zehn zukunftsorientierten Technologien, u.a. die Energietechnik, sowie auf zehn für Bayerns Wirtschaft wichtigen Branchen. Als

Projekträger des Bayerischen Energie-Forums bietet sie Energiekompetenz und zusätzlich die anwendungsorientierte Vernetzung mit Branchen und Technologien und bietet somit Aktualität und Praxisbezug für ein weites Spektrum von Experten, Anwendern und Verbrauchern.

Herausragende innovative Leistungen auf dem Feld der Rationellen Energienutzung, der Erneuerbaren Energien und der Neuen Energietechnologien wurden 2002 zum dritten Male mit dem Bayerischen Energiepreis gewürdigt. Die bereits in den Jahren 1999 und 2000 verliehene Auszeichnung, dotiert mit 25.000 Euro, soll Motivation sein für die Entwicklung weiterer Innovationen in der Energietechnik, die zu einem der wichtigsten technologischen Zukunftsfelder zählt.

Auch künftig wird laut Josef Nassauer das Bayerische Energie-Forum aktuelle Energie-Themen aufgreifen und über attraktive Informationsangebote und Kooperations-Plattformen das Netzwerk weiter ausbauen. Die neue Broschüre gibt einen Überblick über die Projektaktivität und ist Anregung, sich aktiv in das Bayerische Energie-Forum einzubringen. DK

Anzeigen in der

GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>eMail: info@gemeindezeitung.de

das Bayerische Energie-Forum auf die Akquisition und Verbreitung von Informationen über neue Entwicklungen im Energiesektor auf nationaler und internationaler Ebene, auf realisierte Pilotprojekte vorwiegend in Bayern sowie auf aktuelle Förderprogramme. Zudem erhöht das Forum die Transparenz über die Informationsangebote der bayernweiten Partner in Kommunen, Wirtschaft und Wissenschaft, wie eine neue Broschüre des Bayerischen Energie-Forums ausweist.

Basis-Bausteine

Die Kommunikationsschienen des Bayerischen Energie-Forums setzen sich aus drei Basis-Bausteinen zusammen: dem „InfoService“ als Printmedium für die Verbreitung von Neuentwicklungen, realisierten Vorhaben und aktueller Trends an einen Kreis von 2300 Interessenten in Bayern sowie angrenzenden Ländern, dem Internetportal mit umfangreicher Information, u.a. Kompetenzprofile von rund 250 Firmen und 100 wissenschaftlichen Einrichtungen, der telefonischen „InfoLine“ für unmittelbare, strukturierte Erstberatung und Navigation zu weiterführenden Partnern.

Kooperations-Plattformen

„Mit thematisch ausgerichteten Kooperations-Plattformen wie Kongressen, Kooperationsforen, Gemeinschaftsständen und Workshops gelingt es, Experten und Anwender zusam-

Keine Abstriche bei der Dorferneuerung

Minister Josef Miller sichert Bayerischem Gemeindetag seine Unterstützung zu

Bei Dorferneuerung und Flurneuordnung werden die Gemeinden weiter auf hohem Niveau unterstützt. Das versicherte Landwirtschaftsminister Josef Miller dem neuen Präsidenten des Bayerischen Gemeindetages, Dr. Uwe Brandl, beim ersten gemeinsamen Arbeitstreffen in München.

Trotz der unumgänglichen Einsparungen im Staatshaushalt sei Bayern in der Lage, die notwendige Kofinanzierung zu leisten, um Mittel des Bundes und vor allem der EU für den ländlichen Raum zur Verfügung zu stellen.

Gerade bei der Dorferneuerung ist es laut Miller möglich, die Förderung in finanzschwachen Gemeinden wieder etwas anzuhoben. Investitionen der Kommunen können mit bis zu 60 Prozent, in Ausnahmefällen sogar mit bis zu 65 Prozent gefördert werden. Unter Einbeziehung der viel niedriger geförder-

ten privaten Maßnahmen darf allerdings insgesamt ein Höchstfördersatz von 50 Prozent nicht überschritten werden.

Ausgleichszahlungen

Einig waren sich Miller und Brandl auch in der Beurteilung der Entschädigungen für Landwirte in Wasserschutzgebieten. Ausgleichszahlungen nach dem Kulturlandschaftsprogramm können dann gewährt werden, wenn sich die Auflagen des Wasserschutzgebietes nicht mit denen des Kulturlandschaftsprogramms überschneiden. Miller:

Mittelstand und Existenzgründer:

Verbesserte Finanzierungsbedingungen

Wiesheu zur Zinssenkung bei der landeseigenen Mittelstandsförderung

München. „Mit sofortiger Wirkung werden die Zinssätze für das Bayerische Mittelstandskreditprogramm (MKP) um 1/2 %-Punkt abgesenkt. Das ist eine wichtige Maßnahme, um in der derzeitigen Konjunkturlaute den Existenzgründern und mittelständischen Unternehmen entgegenzukommen.“

Damit setzt der Freistaat ein deutliches Signal in Richtung mehr betriebliche Investitionen und mehr Arbeitsplätze. Dies ist auch eine der ersten Maßnahmen zur Umsetzung des Mittelständ-

lichen Aktionsprogramms“, betonte Bayerns Wirtschaftsminister Otto Wiesheu.

Sonderkonditionen für Ostbayern

Landesweit betragen die Basiszinssätze nun 3,0 % für Existenzgründer bzw. 4,0 % für bestehende Unternehmen; sie werden für die gesamte Laufzeit der Darlehen, die zwischen 5 und 15 Jahre beträgt, fest zugesagt. Durch den ergänzenden Einsatz von EU-Mitteln in den von der geplanten EU-Osterweiterung besonders betroffenen Gebieten Ostbayerns können die Darlehen künftig hier sogar zu Zinssätzen von 2 % ausgereicht werden. Der Finanzierungsanteil aus dem MKP beträgt 40 % und kann durch Hinzunahme von ebenfalls zinsgünstigen Ergänzungsdarlehen der LfA Förderbank Bayern auf bis zu 100 % aufgestockt werden.

Das Bayerische Mittelstandskreditprogramm ist das wichtigste bayerische Förderinstrument für die Finanzierung von Investitionen mittelständischer Unternehmen. Wiesheu richtet daher einen erneuten Appell an die

„Doppelförderungen für den gleichen Zweck darf und wird es nicht geben.“

Biomasse

Die Nutzung von Biomasse als Energieträger wollen sowohl Landwirtschaftsministerium als auch Gemeindetag weiter kräftig unterstützen. Als ideale Projekte sehen Brandl und Miller vor allem kommunale Gebäude wie Schulen, Hallenbäder, Seniorenheime oder Bauhöfe an. Mit dem speziell für Kommunen geschaffenen Förderprogramm für Biomassefeuerungen bis 500 Kilowatt Wärmeleistung (BioKomm) trägt das Landwirtschaftsministerium der Nachfrage nach umweltfreundlicher Wärmeversorgung Rechnung. <

Förderfähige Investitionen

Aus dem MKP werden flächendeckend in ganz Bayern kleine und mittlere gewerbliche Unternehmen der Industrie, des Handwerks, des Handels, der Straßenverkehrs-, des Hotel- und Gaststätten- sowie des sonstigen Dienstleistungsgewerbes und Angehörige freier Berufe mit Ausnahme der Heil- und der Heilhilfsberufe gefördert. Darlehen gibt es für förderfähige Investitionen (bei Existenzgründungen auch für die erste Warenausstattung) zur Gründung, Erweiterung, Rationalisierung und Modernisierung mittelständischer Unternehmen. Anträge sind bei den Hausbanken einzu-reichen.

Die Konditionen zu den LfA-Programmen sind über das Internet unter der Adresse www.lfa.de abrufbar. Auskünfte erteilt auch das Kundencenter der LfA Förderbank unter der Ruf-Nr. 0 18 01-21 24 24 zum Ortstarif. <

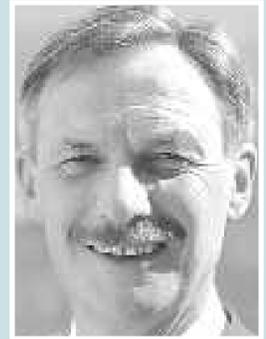
GZ

Kolumne
Luitpold Braun

Die Leser

am 21. September dieses Jahres finden in Bayern ja nicht nur Landtagswahlen statt, sondern, da die Bezirke Kommunen sind, auch Kommunalwahlen.

Die in der ablaufenden Wahlperiode der Bezirke geführte Diskussion um eine grundsätzliche Reform der Bezirke, manchmal auch um deren Abschaffung, ist zwischenzeitlich verstummt. Die sieben bayerischen Bezirke erfüllen wie eh und je pflichtgetreu ihre Aufgaben. Gerade für den fränkischen Bereich und für Schwaben sind sie



umfängliche und eingehende Diskussionen darüber geben, in welchem Umfang die umlagepflichtigen Landkreise und kreisfreien Städte noch in der Lage sind, die Mehrausgaben der Bezirke zu finanzieren. Eine wie auch immer geartete Hilfe dazu ist

gegenwärtig nicht in Sicht. Sie ist aber notwendig, wenn nicht die Umlagezahler selbst über ihre Leistungsfähigkeit hinaus strapaziert werden sollen.

Gerade im Hinblick darauf werden die Bezirkstagswahlen 2003 eine spannende Geschichte werden.

Am 21. September sind auch Kommunalwahlen

In jedem Landratsamt:

Bürgerzentren für Gesundheit

Staatsregierung beschließt neues Gesundheitsdienstgesetz

Die Landratsämter sollen in Zukunft Verbraucherschutz aus einer Hand anbieten können. Auf Vorschlag von Verbraucherschutzminister Eberhard Sinner hat der Ministerrat dem Entwurf eines neuen Gesundheitsdienstgesetzes als Grundlage für die Verbandsanhörung zugestimmt. Nach der Verbandsanhörung soll der Gesetzentwurf noch im März in den Landtag eingebracht werden.

Sinner: „Beim Verbraucherschutz und beim Gesundheitsdienst wollen wir für die Bürger eine Anlaufstelle anbieten, die sie in allen Fragen des gesundheits- und ernährungsbezogenen Verbraucherschutzes, der Ernährung, und der Gesundheit umfassend informiert und berät. Mit dem dadurch angestrebten ‚Ein-Schalter-Prinzip‘ sollen Umwege zu verschiedenen Dienststellen für die Bürger Vergangenheit sein.“ Sinner betonte, dass mit der neuen Regelung die auf Landesebene mit der Gründung des Bayerischen Verbraucherschutzministeriums und des neuen Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit bereits erreichte Zusammenfassung von Aufgaben des Verbraucherschutzes jetzt auch in den Landratsämtern unmittelbar vor Ort nutzbar vollzogen werden soll.

Expertenzentren

Mit den staatlichen Gesundheits- und Veterinärämtern an den Landratsämtern und der Vernetzung der Aufgabenbereiche Gesundheitswesen, Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung, Ernährungsberatung und Futtermittelkontrolle entstehen so auf Landkreisebene Expertenzentren, in denen Synergien genutzt werden und Schutz aus einer Hand angeboten wird. Der Bürger kann sich hier unter anderem über erforderliche Schutzimpfungen bei einer Urlaubsreise

ebenfalls informieren wie über die richtige Ernährung beim Sport oder auch Fragen des Tiereschutzes. Außerdem erhalten Bürger Informationen unter anderem über hautfreundliche Kosmetika oder beispielsweise Zusatzstoffe in der Bekleidung. Sinner hob hervor, dass viele Landratsämter bereits Bürgerzentren für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz eingerichtet haben.

Rechtliche Grundlagen

Das neue Gesetz schafft die rechtliche Grundlage, dass Bürgerzentren für Gesundheit auf breiter Basis eingeführt werden können. Zusätzlich wird Bayern die Möglichkeiten der Behörden erweitern, die Bürgerinnen und Bürger über Fragen des Verbraucherschutzes und der Lebensmittelsicherheit zu informieren. Bisher waren produkt- und herstellerbezogene Informationen nur dann möglich, wenn eine unmittelbare Gesundheitsgefahr bestand. Nunmehr wird eine Information unabhängig von einer Gesundheitsgefahr möglich sein, wenn ein Unternehmen sonst in gravierender Weise gegen Bestimmungen beispielsweise des Lebensmittel- und des Fleischhygienerechts sowie des Futtermittelrechts verstößt. Sinner: „Dieses Mittel können wir in Zukunft etwa bei massiven Verbrauchertäuschungen oder Irreführungen einsetzen.“ <

Schily für höhere Grundsteuer zur Gemeindefinanzierung

Irsee. Grundstückseigentümer in finanzknappen Kommunen müssen sich ab 2004 möglicherweise auf eine höhere Grundsteuer einstellen. Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) erklärte bei der Klausurtagung der bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten im schwäbischen Kloster Irsee, die Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen diskutiere neben einer Neuordnung von Körper- und Gewerbesteuer auch, die Grundsteuer stärker zur Finanzierung der kommunalen Haushalte heranzuziehen. Er stehe dem Vorschlag mit großer Sympathie gegenüber, sagte Schily.

Die Kommunen könnten hier mit einem eigenem Hebesatz wesentlich höhere Einnahmen erzielen. Das Aufkommen wäre weniger stark von der konjunkturellen Entwicklung abhängig, als dies bei der Gewerbesteuer der Fall sei, wo in den vergangenen Jahren hohe Ausfälle verzeichnet wurden.

Er halte die Alternative einer höheren Grundsteuer für besonders überlegenswert, weil die Kommunen damit das, „was die Attraktivität ihrer Gemeinde ausmacht, auf die Privatheit auch umlegen können“, sagte Schily. Die endgültigen Vorschläge der Kommission sollen seinen Angaben zufolge im Frühjahr vorliegen, damit noch im Sommer eine grundlegende Neuordnung der Kommunalfinanzen beschlossen werden könne. KK/ap

Die Schmerzgrenze ist ...

(Fortsetzung von Seite 1)
regierung müsse jetzt handeln. Auch der Freistaat müsse alles tun, damit die Kommunen wieder Licht am Horizont entdecken können, forderte Brandl. Gefragt sei eine neue „Kultur des Miteinander“.

Erwartungen

Brandl richtete folgende Erwartungen der Gemeinden an Landtag und Staatsregierung:

1. Verbesserung der kommunalen Ausstattung: Der Gemeindetag erwartet von den Landtagsfraktionen einen gemeinsamen Gesetzentwurf zum Konnexitätsprinzip und Konsultationsverfahren und in der Zukunft die Umsetzung des Verfassungsrechts in einem Verfahren, das insbesondere eine exakte Ermittlung der Kosten von künftigen Gesetzen und die Kostenübernahme durch den Staat im

Fall der Übertragung von Aufgaben auf die Kommunen beinhaltet.

2. Um die bewährte kommunale Daseinsvorsorge, beispielsweise die Trinkwasserversorgung, vor dem Zugriff privater Energieversorgungsunternehmen zu schützen, sollte durch eine Änderung der Bayerischen Verfassung sowohl das Ziel der kommunalen Daseinsvorsorge verfassungsrechtlich geschützt, als auch erreicht werden, dass die Daseinsvorsorge „europafest“ ist.

3. Bei der Familien- und Kinderbetreuung soll der Staat die ihm obliegenden Aufgaben selbst erfüllen und nicht auf die Kommunen verlagern.

4. Bei der Reform des Kindergartenwesens fordern Bayerns Gemeinden die Beachtung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts und wehren sich gegen den Aufbau weiterer Bürokratie bei der Gebührenabrechnung.

5. Der Städtebau in den Gemeinden darf nicht durch Erleichterungen, beispielsweise bei den Abstandsflächenregelungen, verschlechtert werden. Auch darf der Schutz der Wohngebiete und damit die Wohnruhe der Bürger durch Genehmigungsfreistellungen bei Gewerbebetrieben nicht eingeschränkt werden. Grundsätzlich stehen die Gemeinden einer Neufassung der Bayerischen Bauordnung jedoch aufgeschlossen gegenüber.

6. Bayerns Gemeinden dringen darauf, dass die Förderung bei der Beseitigung von Altdeponien in den Gemeinden endlich geregelt wird. Außerdem fordern sie, dass für die Klärschlammproblematik in Bayern eine Lösung gefunden wird und nicht der Klärschlammexport als „nachhaltige“ Lösung im Raum steht.

Deregulierung

Da kaum ein Land der Erde sich eine Regelungsdichte wie Deutschland leistet und die Rechtslage oftmals nicht mehr überschaubar ist, ist es nach Brandls Dafürhalten auch nötig, eine umfassende Deregulierung und Eindämmung der Gesetzes- und Vorschriftenflut in die Wege zu leiten. Der Bayerische Gemeindetag will ergänzend hierzu praxisnahe Vorschläge in die Diskussion einbringen, welche Vorschriften, Standards und Richtlinien im kommunalen Bereich aufgehoben oder eingeschränkt werden können. Brandl zufolge ist es beispielsweise nicht einsehbar, dass die Gemeinden „Geld-eintreiber“ für die staatliche Tierseuchenkasse sind; auch seien Standards wie die neue Kostenberechnung für Kindergärten, die Auszahlung des Kindergelds durch die Gemeinden, eine Vielzahl statistischer Erhebungen durch die Gemeinden oder aber der Vollzug der Baustellenverordnung absolut überflüssig.

Enorme Resonanz auf neues Fortbildungsangebot

Wie interessiert die Kommunalpolitiker und Verwaltungsmitarbeiter an professioneller Fortbildung sind, zeigt laut Brandl „die enorme Resonanz auf unser neues Fortbildungsangebot“. Fundierte Kenntnisse seien das A und O guter Entscheidungen und effizienter Verwaltungsausübung. Der Bayerische Gemeindetag bietet seit Herbst vergangenen Jahres ein eigenes Fortbildungsprogramm für kommunale Mandatsträger und Verwaltungsbedienstete an. Im Rahmen der neu gegründeten Kommunal-GmbH werden in Kursen und Seminaren der „Kommunalwerkstatt“ neugewählten Gemeinderatsmitgliedern Basiswissen und Entscheidungshilfen angeboten. **DK**

Spitzenverbände zum Konnexitätsprinzip:

Erfreulicher Durchbruch

Erfreut zeigen sich die Präsidenten, bzw. Vorsitzenden der bayerischen kommunalen Spitzenverbände über die Entwicklung in Sachen Konnexitätsprinzip. Der Vorsitzende des Städtetags, Landshuts Oberbürgermeister Josef Deimer lobt die Landtagsfraktionen, die sich offenbar auf einen gemeinsamen Vorschlag zur Aufnahme des Konnexitätsprinzips (wer bestellt, muss bezahlen) in die Bayerische Verfassung einigen wollen. Auch der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Chams Landrat Theo Zellner, sieht die gemeinsamen Anstrengungen der kommunalen Interessensvertreter vom Erfolg gekrönt.

Für Deimer erfüllt sich damit eine jahrzehntelange Forderung der Kommunen. Deimer: „Ich habe mich im Senat immer wieder für das Konnexitätsprinzip eingesetzt. Jetzt hat sich das Bohren dicker Bretter offenbar gelohnt“. Die Städte versprechen sich vom Konnexitätsprinzip, dass ihnen künftig der Freistaat keine Aufgaben mehr aufbürdet, ohne dass vorher die Finanzierung einvernehmlich zwischen den Beteiligten geregelt ist.

Bundesratsinitiative

Sehr begrüßt wird von Zellner auch, dass sich die CSU in Kreuth auf eine gemeinsame Bundesratsinitiative mit der CDU verständigt hat, um das Konnexitätsprinzip auch im Grundgesetz festzuschreiben, zumal die Hauptbelastungen für die Kommunen derzeit vom Bund verursacht werden - Beispiel Grundversicherungsgesetz.

Die Befürchtungen von Teilen der CSU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, mit dem Konnexitätsprinzip wäre eine Entmachtung des Landtags verbunden, halten Deimer und Zellner für nicht stichhaltig. Der Landtag wird seiner Auffas-

sung nach doch nicht blockiert, wenn er bei Gesetzesvorhaben, die die Kommunen berühren, die Finanzierung einvernehmlich regelt. Deimer dazu: „Es darf eben nicht wie bisher weitergehen, dass der Landtag Wohltaten beschließt und die Kommunen zahlen müssen“. Für den Städtetagsvorsitzenden hat das Konnexitätsprinzip auch die heilsame präventive Wirkung, dass bereits im Vorfeld wünschenswerter Vorhaben überlegt werden muss, wie diese Wohltaten finanziert werden können und wer das Geld dafür aufbringen muss. Deimer: „Das Prinzip, mit fremden Muskeln schwere Lasten zu tragen, wird damit endgültig verabschiedet“.

Konsultationsverfahren

Vom Konnexitätsprinzip ist das Konsultationsverfahren zu unterscheiden. Letzteres bedeutet, dass das Konnexitätsprinzip nicht nur auf dem Papier steht, sondern tatsächlich umgesetzt wird, d.h. die kommunalen Spitzenverbände sind von Anfang an bei einem Gesetzgebungsentscheidungsprozess zu beteiligen, wenn dieser zu finanziellen Mehrbelastungen für die Kommunen führt. **DK**

Gemeindetag entwickelt:

Das Bürger-Rathaus 2005

Der Bayerische Gemeindetag wird mitwirken, das moderne Rathaus im Jahr 2005 zu entwickeln. Erfahrene Kommunalpolitiker aus Bayerns Städten, Märkten und Gemeinden werden ihre Vorstellungen von den Rathäusern der Zukunft entwerfen, in die Diskussion einbringen und konkrete Handlungsempfehlungen erarbeiten: Der Bogen wird sich dabei vom Neuen Steuerungsmodell über die politische Steuerung hin zur Dienstleistung für den Bürger und Strategien für das E-Government erstrecken.

Ziel des Projekts „Das Bürger-Rathaus 2005“ wird sein, einen Diskussionsprozess in Gang zu setzen, der die kreisangehörigen Städte, Märkte und Gemeinden auf die notwendigen Entwicklungen vorbereitet und sie damit rechtzeitig in die Lage versetzt, trotz angespannter finanzieller Lage rechtzeitig die notwendigen strategischen Entscheidungen zu treffen.

Ausgangspunkt des neuen Projekts ist die Projektstudie - Gemeinde 2001. Der Bayerische Gemeindetag hatte 1998 zusammen mit 47 Projektgemeinden begonnen, im Rahmen der Projektar-

beit den praktischen Nachweis zu führen, dass die Ideen des Neuen Steuerungsmodells auch auf kleinere und mittlere Gemeinden übertragen werden können. Hinter dem Neuen Steuerungsmodell verbirgt sich die Einführung betriebswirtschaftlicher Elemente in die tägliche Verwaltungsarbeit und eine stärkere Bürger- und Mitarbeiterorientierung der Verwaltung mit dem Ziel, die Effizienz der Verwaltung zu steigern. An dieser Projektarbeit haben sich kleine und große Gemeinden beteiligt. Schlusspunkt war ein Leitfaden, der nicht nur bayernweit, sondern in ganz Deutschland und im angrenzenden Ausland auf großes Interesse gestoßen war.

Präsentation auf der KOMMUNALE

Der Bayerische Gemeindetag wird den nun zu erarbeitenden Leitfaden „Das Bürger-Rathaus 2005“ am 15. und 16. Oktober diesen Jahres auf der KOMMUNALE, dem Kongress und der Fachmesse für Kommunalbedarf des Bayerischen Gemeindetags in Nürnberg, präsentieren. **DK**

Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderungen

Stewens und Stein geben Startschuss für Kreativwettbewerb

Bayerns Sozialministerin Christa Stewens und die Behindertenbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung, Ina Stein, haben den Startschuss für einen Kreativwettbewerb für behinderte und nicht behinderte Kinder gegeben. „Das ganz Besondere an diesem integrativen Wettbewerb im Rahmen des Aktionsprogramms „NA UND!“ liegt darin, dass Gemeinschaftsprojekte von behinderten und nicht behinderten Kindern im Alter von 5 bis 13 Jahren angestoßen und prämiert werden.

Miteinander sollen die Kinder gemeinsame Aktionen, Projekte, Ideen, aber auch Utopien entwickeln, wie sie ihr Leben zusammen gestalten können“, erläuterten Stewens und Stein bei einer Erlebnis-Presskonferenz in Nürnberg.

Barrieren müssen weg

„Wie kann ein Spielplatz aussehen, auf dem alle - ob mit oder ohne Behinderung - spielen können? Wie ein Freibad? Welche Barrieren müssen weg - bei den nicht behinderten ebenso wie bei den behinderten Menschen? All diese Fragen sollen Gegenstand der Überlegungen sein“, erläuterte die Ministerin bei der Pressekonferenz im Nürnberger Dunkelcafé, das vom Landesvorsitzenden des Bayerischen Blinden- und Sehbehindertenbundes, Gustav Doubrava, betrieben wird.

„Als Preis winkt den Gewinnerteams am 26. Juni 2003 ein abwechslungsreicher und spannender Tag im Legoland, wo für die Teilnehmer und ihre Betreuer insgesamt 3.500 Plätze zur Verfügung stehen. Als besondere Überraschung wird Legoland Deutschland den originellsten Beitrag mit Legosteinen nachbauen und während einer großen Show am 26. Juni präsentieren“, kündigte Stein an. Die Projekte würden darüber hinaus in Anre-

Wiesheu. „Professionelles Markenmanagement und eindeutige Positionierung sind zentrale Erfolgsfaktoren im nationalen unter internationalen Tourismuswettbewerb“, heißt es in der Branche. Ein konkretes Beispiel, das während der Messe gezeigt wird, ist der „Kinderland-Zug Bayern“, ein Gemeinschaftsprojekt des Freistaates und der Bayerischen Eisenbahngesellschaft. Dabei handelt es sich um einen Reisezug, der in bestimmten Bereichen besonders kindgerecht gestaltet ist, von den Sitzen bis hin zu einer reizvollen Spieldecke, in der für die jungen Reisenden keine Langeweile aufkommen kann. Das Tourismus-Symposium - ebenfalls im Rahmenprogramm der CBR -, steht in diesem Jahr unter dem Motto: „Urlaub als Abenteuer - Abenteuer als Urlaub“. **DK**

Freizeitspaß bei der Messe München

Vom 15. bis 23. Februar 2003 weckt die C-B-R in der Neuen Messe München Urlaubsträume. In sieben Messehallen auf insgesamt 77.000 Quadratmetern präsentieren die Aussteller der beliebten Dreibranchenmesse den Besuchern ihre Neuheiten aus dem Caravaning-, Tourismus- und dem Wassersportbereich. Bereits zum 34. Mal wird die Ausstellung Caravan - Boot - Internationaler Reisemarkt im Ostteil des neuen Münchener Messegeländes die Besucher begeistern.

Neu zur C-B-R 2003 ist das Komplettstandangebot speziell für Charter-, Segel- und Surf-

schulen wie auch für Tauchbasen. Diesen Ausstellern mit dem Schwerpunkt „Touristischer Wassersport“ bietet die Messe München erstmalig die Möglichkeit, sich auf einem Gemeinschaftsstand auf der Ausstellung Caravan-Boot-Internationaler Reisemarkt zu präsentieren. Besonders kleineren Firmen wird eine Präsentation auf der C-B-R erleichtert. Damit können sie die beliebte Freizeitmesse als Kommunikationsplattform nutzen.

Partnerland Türkei

Eine besondere Attraktion verspricht das diesjährige Partnerland Türkei. Zur C-B-R 2003 wird das beliebte Reiseziel der Deutschen nicht nur die Eröffnungsfeier dieser wichtigen Tourismusmesse mitgestalten, sondern auch durch zahlreiche Präsentationen am eigenen Stand in Halle A5, auf der Showbühne in Halle B5 und bei vielen weiteren Auftritten das türkische Lebensgefühl vermitteln.

Traditionell geschätzt wird bei der C-B-R das umfassende Rahmenprogramm für alle drei An-

Urlaub auf dem Bauernhof

Urlaub auf dem Bauernhof erfreut sich in Bayern nach wie vor großer Beliebtheit. Im vergangenen Jahr seien auf Bauernhöfen im Freistaat zehn Millionen Übernachtungen gebucht worden, sagte Landwirtschaftsminister Miller/CSU auf der Verbrauchermesse „Grüne Woche“ in Berlin. Von dem Umsatz in Höhe von fast 500 Millionen Euro profitiere der gesamte ländliche Raum. Viele Anbieter arbeiteten mit Gastwirten, Kultur- und Freizeiteinrichtungen zusammen, erklärte der Minister. **DK**

gebotsbereiche Caravaning - Wassersport - Tourismus. So gibt es unter anderem in den Wassersporthallen (A6, B6) zwei Wassersportaktionsbühnen. In der Halle A6 finden Wassersportler alles zum Thema Tauchen und Rudern und auf der Aktionsbühne in der Halle B6 finden Wassersport-Interessierte jede Menge Informationen rund um den Segel- und Surfsport

Rahmenprogramm

Neu zur C-B-R 2003 ist die Caravaning-Erlebniswelt in Halle A3. Die Messe München bietet hier den Ausstellern des Camping-Bereichs die Chance, sich auf der rund 1.000 Quadratmeter großen Fläche in authentischem Umfeld, wie auf einem Campingplatz, zu präsentieren. Hier kann man echte Camper-Atmosphäre schnuppern. Viel Information, Service und Unterhaltung wird es zudem auf der dafür vorgesehenen Caravaning-Bühne geben.

Wellness und Familie

Die große Showbühne in der Tourismushalle B5 ist bereits fester Bestandteil der Dreibranchenmesse C-B-R. Schwerpunkte bei den Thementagen an den Wochenenden sind Wellness- und Familienurlaub sowie „Urlaub mal anders“. Unter der Woche präsentieren die Aussteller des Touristikbereichs die unterschiedlichsten Urlaubsdestinationen und ziehen durch ihre attraktiven Ländervorstellungen die Besucher in ihren Bann.

Bayerischer Fremdenverkehrstag

Der Bayerische Fremdenverkehrstag findet heuer am 17. Februar statt. Ab 14.00 Uhr treffen sich die bayerischen Tourismusfachleute und kommunalen Entscheidungsträger im Saal 13 des ICM auf dem Münchener Messegelände. Die Tagung steht unter dem Motto: „Erfolg durch starke Marken im Tourismus“. Dazu spricht als Hauptredner Bayerns Wirtschaftsminister Dr. Otto

E.ON Bayern investiert mehr als 200 Millionen Euro in Bayern

Neuinvestitionen und Instandhaltungsmaßnahmen sichern 2.700 Arbeitsplätze

Der Energiedienstleister E.ON Bayern investiert im Jahr 2003 einen Betrag von über 200 Millionen Euro in Bayern. Ein besonderer Investitionsschwerpunkt ist neben Instandhaltungs- oder Erschließungsmaßnahmen die Verkabelung der stör anfälligsten Mittelspannungs-Freileitungen. „Damit wird die Versorgungsqualität zum Vorteil unserer Kunden weiter verbessert“, erklärte der E.ON Bayern-Vorstandsvorsitzende Dr. Peter Deml.

Die Investitionen kommen in hohem Maße der heimischen Wirtschaft zu Gute. „Die Aufträge werden vor allem an mittelständische Unternehmen in Bayern vergeben“, so der Vorstandsvorsitzende. Das Auftragsvolumen sichert rund 2.700 bayerische Arbeitsplätze.

E.ON Bayern ist mit einem Stromabsatz von rund 30 Milliarden Kilowattstunden, einem Umsatz von rund 2,7 Milliarden Euro und mit zwei Millionen Kunden Deutschlands größter regionaler Energiedienstleister.

22,5 Millionen Euro in Oberfranken

Die Stromversorgung in Oberfranken soll noch sicherer werden. Wie E.ON Bayern Generalbevollmächtigter Rolf Wutschka

E.ON kämpft für Ruhrgas-Übernahme

Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat beschlossen, die einstweilige Anordnung gegen den Vollzug der Übernahme der Ruhrgas AG aufrecht zu erhalten. Sollte auch die Anfang Februar 2003 zu erwartende Entscheidung im Hauptsacheverfahren die Übernahme von Ruhrgas blockieren, will E.ON alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um die Übernahme der Ruhrgas vollziehen zu können. ☞

in Bayreuth mitteilte, werden in diesem Jahr allein im Bereich der Regionalleitung Oberfranken 22,5 Millionen Euro in Ausbau und Modernisierung der technischen Stromversorgungsanlagen investiert. Von den beiden oberfränkischen Kunden Centern Bamberg und Kulmbach aus werden im Laufe des Jahres zahlreiche Projekte gesteuert.

Modernisierung und Erweiterung

Dabei geht es um Modernisierung und Erweiterung des Mittelspannungsnetzes und der Ortsnetze, aber auch um Straßenbeleuchtung und Transformatorstationen. An einigen Stellen muss wegen gesteigerter Leistung das Stromnetz verstärkt werden. Netzerweiterungen sind dort erforderlich, wo neue Bau-, Gewerbe- und Industriegebiete erschlossen wurden. Ein besonderer Investitionsschwerpunkt ist neben Instandhaltungs- oder Erschließungsmaßnahmen die Verkabelung der stör anfälligsten Mittelspannungs-Freileitungen.

An diesen besonders gefährdeten Leitungen waren bei Stürmen und starken Schneefällen häufig Bäume in die Freileitung gestürzt, hatten Seile zerrissen und manchmal folgenschwere Stromausfälle ausgelöst. Die Verkabelung, mit der vorwiegend oberfränkische Baufirmen beauftragt werden, wird diese Gefahren wesentlich verringern.

Das Kunden Center Bamberg wird Verkabelungsmaßnahmen betreuen unter anderem im Raum Forchheim-Hausen, wo in der Vergangenheit mehrfach Probleme aufgetreten waren, außerdem bei Ebern, Burgkunstadt und Lichtenfels, im Bereich

private mittelständische Unternehmen aus der Region vergeben. Investitionsschwerpunkte bilden die Aufwendungen in den Bereichen Netz und Technik.

92 Millionen Euro für Ostbayern

Die Regionalleitung Ostbayern der E.ON Bayern AG stellt in diesem Jahr rund 92 Millionen Euro bereit. Diese Summe nannte Generalbevollmächtigter Max Binder, der in Regensburg das Lastzuwachs Verstärkungsmaßnahmen notwendig. Im Betreuungsbereich des Kunden Centers Kulmbach werden 20-kV-Leitungsabschnitte im Fichtelgebirge und in der Fränkischen Schweiz verkabelt. Neue Bauge-

bierte sind am Bindlacher Berg, in Konnersreuth und in Schwarzenbach/Saale zu erschließen.

Dezentrale Auftragsvergabe

Die Investitionsmittel werden dezentral über die Kunden Center in Altdorf, Eggenfelden, Parsberg, Regen, Schwandorf, Vilsbiburg und Weiden gesteuert. Sie werden für die Modernisierung und Erweiterung des 20 kV-Netzes, der Ortsnetze, der Straßenbeleuchtungsanlagen und Trafostationen eingesetzt. Mit Netzverstärkungen werden auch Schwachstellen beseitigt, die in einigen Bereichen durch Leistungszuwachs entstanden sind. In nicht unerheblichem Umfang kommen Netzerweiterungen hinzu. Ein besonderes Ziel ist heuer die Verkabelung der stör anfälligsten Mittelspannungs-Freileitungen. ☞

Hettenshausen und Allershausen:

Zustimmungsverträge mit E.ON neu geschlossen

Die Gemeinde Hettenshausen, sowie die Verwaltungsgemeinschaft Allershausen verlängerten vorzeitig ihren bestehenden Zustimmungsvertrag mit E.ON Bayern. Die Laufzeit beträgt jeweils zwanzig Jahre.

In Hettenshausen wurde der Vertrag unterzeichnet von Bürgermeister Hans Wojta und Dr. Albrecht Schleich, Generalbevollmächtigter von E.ON Bayern und Leiter der Regionalleitung Oberbayern. Für die zwei in der Verwaltungsgemeinschaft Allershausen zusammengeschlossenen Gemeinden Allershausen und Paunzhausen unterschrieben Bürgermeister Rupert Popp und Bürgermeister Manfred Daniel gemeinsam mit Dr. Schleich.

Durch diese Verträge räumen

die Gemeinden E.ON Bayern das Recht ein, Versorgungsanlagen auf öffentlichen Grundstücken zu errichten und zu betreiben. Die 1998 in Kraft getretenen Änderungen des Energierechts ließen es sinnvoll erscheinen, die bestehenden Verträge neu zu verhandeln. Im Rahmen einer Paketlösung soll so den Bedürfnissen der Gemeinden entsprochen und der Energierechtsreform Rechnung getragen werden. Allen Vertragspartnern ist eine überschaubar lange Planungsicherheit garantiert. ☞

Kommunen müssen ihren eigenen Gebäudebestand verwalten:

Kommunales Energiemanagement Bayern

Klimaschutz und Energiepolitik beginnen an der Basis. Jede Gemeinde, jede Stadt, jeder Landkreis hat vielfältige Möglichkeiten eine erfolgreiche Energie- und Klimapolitik vor Ort zu starten. Ein Ansatz sind die öffentlichen Gebäude. Sie bilden ein riesiges Energieeinsparpotenzial. Hier ist auch die Vorbildwirkung der Kommunen bei ihren eigenen Gebäuden beachtenswert. Somit ist es sicherlich für jede Stadt und für jede Gemeinde eine vordringliche Aufgabe, den eigenen Gebäudebestand murgültig zu verwalten.

Ziel für ist es für die Arbeitsgemeinschaft Energieagenturen in Bayern den Kommunen eine effektive Hilfestellung bei Verwaltung, Instandhaltung und Sanierung Ihrer Gebäude anzubieten, um einen energetisch optimierten Betrieb, ein schnelles Erkennen von Schwachpunkten und ein zielgerichtetes Sanieren zu ermöglichen.

ARGE Energieagenturen in Bayern

Gemeinsam hat die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) Energieagenturen in Bayern dieses Angebot entwickelt. An diesem Projekt arbeiten die Mitglieder der ARGE die EnergieAgentur Mittelfranken, die Energieagentur Oberfranken und eza!, das Energie- & Umweltzentrum Allgäu. Das bayerische Energieforum mit dem Träger Bayern Innovativ GmbH ist korrespondierendes Mitglied und für Oberbayern und Niederbayern ist das EnergieBüro Südbayern Partner der ARGE.

Kommunales Energiemanagement

Es gibt viele verschiedene An-

Besucherrekord an der Pyrolyseanlage Burgau

Einen neuen Rekord verzeichnete die Pyrolyseanlage des Landkreises Günzburg im Jahr 2002. Mehr als 350 Besucher zählte die interne Statistik, so viele wie lange nicht mehr. Aus dem Ausland kamen davon 139 Personen. Die stärkste Gruppe stellen Fachleute dar, die sich für die bestimmten Anlagenteile der Müllverschmelzung interessieren.

Am weitesten angereist war eine Delegation aus China, die im Rahmen einer Einladung des bayerischen Wirtschaftsministeriums in Deutschland weilte. Aber auch viele Schüler und andere Interessierte waren beim Besuch überrascht, welche technischen Besonderheiten die Anlage, die von ihrer Konzeption einmalig in Deutschland ist, aufzuweisen hat. Auch im Jahre 2003 finden für Interessierte nach Voranmeldung wieder Führungen statt. Wer auch die Deponie besichtigen möchte, sollte mindestens 2 Stunden Zeit mitbringen. **Hans Joas**

sätze, um den kommunalen Gebäudebestand zu sanieren. Verschiedene Firmen und große Ingenieurgesellschaften bieten ihre Dienstleistungen an um umfangreiche Konzepte zu erstellen oder die unterschiedlichsten Maßnahmen durchzuführen. Der einfachste und sinnvollste Ansatz ist, die Energieverbräuche kontinuierlich zu erfassen, zu analysieren und dann Maßnahmen zu ergreifen. Häufig können bereits kleine Änderungen des Nutzerverhaltens oder Veränderungen von Einstellungen der Regeleinrichtungen zu deutlichen Einsparungen ohne Komforteinbußen führen.

Sorgfältige Erfassung sämtlicher Verbräuche

Eine sorgfältige Erfassung sämtlicher Verbräuche (Energie und Wasser) sollte an erster Stelle stehen. Dazu gehört das mehrmalige Ablesen der Zählerstände im Jahr. Beim kommunalen Energiemanagement sollte eine Erfassung des Energieverbrauchs in möglichst kurzen Zeitabständen, die Erstellung von flächenbezogenen Kennzahlen und ein regelmäßiger Vergleich von Sollwerten mit Istwerten enthalten sein.

Ein solches kommunales Energiemanagement hat folgende Vorteile:

- ≪ Effektiver Absenkbetrieb und Abschaltung in der heizfreien Zeit im Sommer
- ≪ Erste Aussagen über den energetischen Zustand und Nutzung der Liegenschaft durch Kennwertvergleich über mehrere Jahre, mit ähnlichen Gebäuden und in kurzen Intervallen
- ≪ Exakter Vergleich der Jahre durch Witterungsbereinigung möglich
- ≪ Gute Datenbasis für eventuelle spätere Studien und Konzepte
- ≪ Bewusstseinsbildung und -schärfung vor Ort durch Kenntnis über Verbräuche und Umweltauswirkungen
- ≪ Notwendigkeit von oft mehreren Zählleinrichtungen
- ≪ Erkennen überhöhter Verbräuche; Abhilfe kann geschaffen werden
- ≪ Erkennen defekter Anlagenteile und von Lecks in Rohrleitungen
- ≪ Erhebliche Kosten- und Energieeinsparungen mit einfachen Mitteln

Alleine durch kommunales Energiemanagement mit Umsetzung geringinvestiver Maßnahmen ergeben sich erfahrungsgemäß bereits Energieeinsparungen von 5 - 10 %. Dies wird durch ein geändertes Nutzerverhalten und die Beseitigung der größten Fehlerquellen erreicht.

Viele Beispiele zeigen großen Erfolg

Mittlerweile betreuen die Mitglieder Arbeitsgemeinschaft Energieagenturen in Bayern weit über 200 Liegenschaften. Besonders aktiv sind dabei die Energieagentur Oberfranken mit über 150 betreuten Liegenschaften und eza! mit knapp betreuten 50 Liegenschaften. Dabei zeigt sich immer wieder, dass auch bei gut geführten Liegenschaften durchaus noch schöne Einsparungen ohne größere Investitionen möglich sind. Im Durchschnitt werden so leicht 10 % Kosten- und Energieeinsparung erreicht.

Umsetzung

Für eine Stadt oder Gemeinde ist es oft nicht möglich kompetente Mitarbeiter zu finanzieren, die ein so komplexes Thema wie das kommunale Energiemanagement erfolgreich bearbeiten können.

Daher empfiehlt es sich für alle Kommunen vor allem bei kleinem oder mittlerem Gebäudebestand hierfür einen externen Dienstleister zu suchen. Die ARGE Energieagenturen in Bayern will hier ein Angebot an alle Kommunen des Allgäus machen. Dabei soll das Angebot der ARGE nicht in Konkurrenz zur gewerblichen Wirtschaft stehen, sondern diese unterstützen.

Kommunales Energiemanagement Bayern

- ≪ Datenerfassung der kommunalen Gebäude je Kommune
- ≪ Auswertung, Kennwertbildung und Klassifizierung von Einsparpotenzialen
- ≪ Vor-Ort-Untersuchung und Maßnahmenentwicklung
- ≪ Aufbau eines ständigen Energie-Controllings

Ziel: gesicherte Entscheidungsgrundlage mit ständiger Überprüfung

Der zentrale Bestandteil des kommunalen Energiemanagements ist die jährliche Erstellung eines Energieberichtes. Dieser Bericht wird die Daten und Verbräuche des Gebäudes enthalten und auf Schwachstellen hinweisen. Das jeweilige Gebäude wird bewertet und mit anderen ähnlichen Gebäuden verglichen. Es wird der gesamte Gebäudebestand einer Kommune betrachtet und dabei aufgezeigt, wie ein schrittweises Vorgehen stattfinden soll, welche Gebäude zuerst saniert werden sollen, welche Maßnahmen zuerst stattfinden sollen und natürlich auch welche Kosten zu erwarten sind.

Leistungen und Kosten

Jede Kommune in Bayern kann alle ihre Gebäude im Rahmen des kommunalen Energiemanagements Bayern durch eine Agentur der ARGE betreuen lassen.

Das Kommunale Energiemanagement Bayern kann beinhalten:

- ≪ Gebäudebegehung;
- ≪ Erfassen aller Zähler

- ≪ Erfassen der Energiebezugsflächen
- ≪ Erstellen und Analyse der Energiekennzahlen
- ≪ Schulung der Gebäudeverantwortlichen

- ≪ Vorgabe von Zielgrößen
- ≪ Vorschlag für Investitionen
- ≪ Beauftragung geringinvestiver Maßnahmen

≪ Analyse unterschiedlicher Zeiträume und Prozesse

Jeder Kommune ist selbst für die Datenerfassung durch einen Gebäudeverantwortlichen (Hausmeister) zuständig. Dieser Gebäudeverantwortliche erhält die notwendigen Einweisungen und Schulungen.

Die jeweilige Energieagentur schließt mit der Kommune einen Vertrag über das kommunale Energiemanagement. Über die jährlichen Kosten wird der Kommune ein Angebot gemacht, abhängig von Zahl, Alter, Größe und Zustand der Liegenschaften. Der Vertrag hat im Regelfall eine Laufzeit von 3 Jahren und kann beliebig oft verlängert werden.

Förderung

Zur Zeit wird das kommunale Energiemanagement durch ein Förderprogramm des bayerischen Umweltministeriums mit bis zu 50% gefördert.

Arbeitsgemeinschaft Energieagenturen in Bayern

Die „Arbeitsgemeinschaft Energieagenturen in Bayern“ wurde am 1. Dezember 2000 von der EnergieAgentur Mittelfranken (EAM), Energieagentur Oberfranken (EAO), und dem Energie- & Umweltzentrum Allgäu (eza!) gegründet. Das Bayerische Energieforum mit dem Träger Bayern Innovativ GmbH ist korrespondierendes Mitglied und für Oberbayern und Niederbayern ist das EnergieBüro Südbayern Partner der Arbeitsgemeinschaft.

Ansprechpartner

- ≪ EnergieAgentur Mittelfranken, Landgrabenstr. 94, 90442 Nürnberg, Tel. 0911/801170, Fax 0911/8011711, www.eamfr.de
- ≪ Energieagentur Oberfranken, Kressenstein 19, 95326 Kulmbach, Tel. 09221/8239-11, Fax 09221/8239-29, www.energieagentur-oberfranken.de
- ≪ Bayern Innovativ GmbH, Constantin Schirmer, Gewerbemuseumsplatz 2, 90403 Nürnberg, Tel. 0911/20671-55, Fax 0911/20671-66, www.bayern-innovativ.de
- ≪ energie- & umweltzentrum allgäu, burgstr. 26, d-87435 Kempten, tel. (0831)9602860, fax (0831)960286-90, www.eza-allgaeu.de
- ≪ EnergieBüro Südbayern, Eich 4, 83543 Rott a. Inn, Tel. 08039/409654, Fax. 08039/409653, www.energiebuero-suedbayern.de

BDI für breiten Energiemix mit der Option Kernenergie

Im Rahmen der regelmäßig vom Deutschen Atomforum e.V. (DAF) organisierten Veranstaltung „Forum in Berlin“ sprach Dr. Carsten Kreklau, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), über die Position des BDI zur Energiepolitik und zur Energiemarktliberalisierung. Der Referent betonte, dass es nach Auffassung des BDI erforderlich sei, die Option Kernenergie offen zu halten.

Zur Sicherung der Energieversorgung seien angesichts der zu erwartenden Entwicklungen in der Welt alle technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten zu nutzen, so Dr. Kreklau.

Langfristige Sicherheit

Das Deutsche Atomforum begrüßt diesen Rückhalt aus der Industrie. Zwar sichert die mit der Bundesregierung getroffene Vereinbarung den weiteren Betrieb der Kernkraftwerke und damit eine stabile, wirtschafts- und klimafreundliche Stromversorgung mittel- und langfristige Sicherheit, bedarf es jedoch endlich eines machbaren energiepolitischen Gesamtkonzepts. Hierbei kategorisch auf die Kernenergie zu verzichten, ist nach Auffassung des DAF angesichts anspruchsvoller Klimaziele sowie der Gefahr einseitig wachsender Rohstoffabhängigkeiten und steigender Energiepreise kurzfristig und riskant. Diese Auffassung teilt der BDI. Dr. Kreklau: „Bisher hat uns noch keiner gesagt,

Verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien“

Wiesheu: „Verlängerung der Förderung um weitere zwei Jahre“

München. „Das Bayerische Programm zur verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien läuft weitere zwei Jahre bis zum 31. Dezember 2004. Die Verlängerung trotz angespannter Haushaltslage zeigt, dass Bayern die Klimavorsorge ernst nimmt und den schon vor einem Jahrzehnt eingeschlagenen Kurs der Breitenförderung erneuerbarer Energien konsequent hält“, betont Bayerns Wirtschaftsminister Otto Wiesheu.

Wiesheu führt an, dass das bayerische Breitenförderprogramm für erneuerbare Energien bereits seit 1992 existiert. Allein in den letzten 5 Jahren hat der Freistaat Bayern Zuschüsse in Höhe von rund 36 Millionen Euro für über 26.000 Wärmepumpen- und Sonnenkollektoranlagen zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus hat der Freistaat im selben Zeitraum für Energieeinsparung und neue Energietechnologien insgesamt über 300 Millionen Euro eingesetzt. Damit zeigt Bayern, so Wiesheu, wieder einmal Flagge: „Bayern liegt bezogen auf den absoluten Förderbetrag in der Spitzengruppe der Bundesländer. Auch bezogen auf die Ausgaben pro Einwohner nimmt Bayern bundesweit einen Top-Platz ein.“ Der Freistaat ergänzt mit eigenen Mitteln die Förderung erneuerbarer Energien vor allem dort, wo innovative Förderbereiche durch den Bund nicht ausreichend unterstützt werden.

Nach den neuen Förderrichtlinien werden Wärmepumpen für Ein- und Zweifamilienhäuser unverändert mit einem Zuschuss von 100 Euro je Kilowatt installierter Heiznennleistung gefördert. Sonnenkollektoranlagen für kommunale und kirchliche Gebäude werden unverändert mit 125 Euro je Quadratmeter installierter Flachkollektorfläche, Vakuumpollektoren mit 175 Euro je Quadratmeter gefördert. Anträge können bis zum 31. Dezember 2004 bei der für das Vorhaben jeweils örtlich zuständigen Bezirksregierung eingereicht werden. Richtlinien und Antragsvordrucke stehen im Internet auf der Homepage des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Technologie im Bereich „Energie“ unter <http://www.stmwvt.bayern.de/energie/foerderprogramme.html> zur Verfügung.

Der VBEW fordert:

Strom nicht weiter belasten

Zum 1. Januar 2003 stieg die Ökosteuern auf Strom um 0,26 Cent auf rund 2 Cent pro Kilowattstunde, für Nachtspeicheröfen sogar um 0,33 Cent. Steigende Strompreise für den Endverbraucher sind die Folge, warnt der Verband der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft, VBEW. Die Staatsquote am Strompreis betrage rund 40 Prozent, der Anteil werde weiter steigen.

Der VBEW rechnet vor: Ein Drei-Personen-Haushalt bezahlt etwa 50 Euro pro Monat für seinen Strom. Knapp 20 Euro davon sind gesetzliche Kosten. Dazu zählen Ökosteuern, Konzessionsabgabe, Mehrwertsteuer und Abgaben nach dem Erneuerbaren-Energien- und Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz. Die Ökosteuern allein macht mehr als 10 Prozent des gesamten monatlichen Strompreises aus. Durch die Ökosteuern tragen die privaten Haushalte in Bayern derzeit eine finanzielle Belastung von rund 280 Millionen Euro pro Jahr. Sie wird im Jahr 2003 auf mehr als 320 Millionen Euro steigen.

Ab 1. Januar 2003 wird auch die Steuer auf Strom für Nachtspeicherheizungen überproportional angehoben. Vergessen wird dabei, dass in Bayern über 80 Prozent des Stromes völlig schadstoff- und CO₂-frei erzeugt und in den Nachtspeicherheizungen in Wärme umgewandelt wird. Eine Benachteiligung dieses Heizsystems ist daher aus Sicht des VBEW umweltpolitisch nicht zu rechtfertigen. Besonders unverständlich sei, so der VBEW, dass die in der Umweltbilanz im Vergleich zu anderen Heizsystemen hervorragend abschneidende elektrische Wärmepumpe mit der vollen Ökosteuern von mehr als 2 Cent pro Kilowattstunde belastet wird.

Der VBEW fordert, Strom im Vergleich zu anderen Energieträgern nicht weiter zu benachteiligen. Eine weitere Steuerbelastung führe nicht nur zu höheren Strompreisen sie bedrohe massiv Arbeitsplätze.

Benchmark für andere

Die Entscheidung des Gesetzgebers, den Neubau von Kernkraftwerken zu verbieten, halte der BDI auch deshalb für falsch, weil Deutschland sich mit dem Ausstieg aus der Kernenergie von einer technologischen Entwicklung in der Welt abkopple, in der die Bundesrepublik mit ihren Sicherheitsstandards eine Benchmark für andere gesetzt hat, so Kreklau. Darüber hinaus werde ein Energieträger preisgegeben, der in der Stromerzeugung kostengünstig ist und in der Vergangenheit dazu beigetragen hat, unser großes Stromerpreishandicap zu mildern.



Volker Etbach in den Ruhestand verabschiedet

Der technische Geschäftsführer der Bayerngas GmbH, Dipl.-Ing. Volker Etbach, ist nach 20 Jahren im Unternehmen zum 31. Dezember 2002 in den Ruhestand getreten. Etbach war nach seinem Wechsel von Linde AG, Köln, ab 1982 zunächst als Prokurist und Leiter des technischen Bereiches für die Bayerngas GmbH tätig. 1989 erfolgte seine Berufung zum technischen Geschäftsführer. Er war u. a. auch Vorstandsmitglied in der deutschen Vereinigung des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) und verkehrspolitischer Sprecher des Bundesverbandes der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e.V. (BGW). Die Position eines technischen Geschäftsführers bei Bayerngas wird nicht mehr besetzt. Seit 1. Januar 2003 ist Dr. Ulrich Mössner, bisheriger kaufmännischer Geschäftsführer der Bayerngas GmbH, alleiniger Geschäftsführer. Als Bereichsleiter ernannt wurden für den technischen Bereich Dr. Peter Großhennig, für den Bereich Handel Gerd Obermeier und für den kaufmännischen Bereich Heinz Meyr.

Der Umweltgedanke verbindet

Erdgas Südbayern GmbH (ESB) und OMV eröffnen Erdgastankstelle in Dingolfing

Dingolfing. Das Netz der Erdgastankstellen wächst kontinuierlich weiter. Erdgas Südbayern GmbH (ESB) und die OMV Landshut nahmen kürzlich auf dem Gelände der OMV-Tankstelle in Dingolfings Gewerbegebiet eine Erdgaszapfsäule in Betrieb. Die Partner setzen damit einen weiteren Akzent für den sauberen und kostengünstigen Treibstoff Erdgas.

Aus guten Grund gewinnt Erdgas immer mehr Anhänger: Erdgas als Antriebsenergie ist günstig, schon die Umwelt und steht dem Benzin- oder Dieselfahrzeug in Bezug auf Leistung, Kraft- und Fahrverhalten in nichts nach. Aus diesem Grund liegt fahren mit Erdgas mehr denn je im Trend: Ende 2002 waren bereits 13.000 Fahrzeuge auf Deutschlands Straßen unterwegs, Tendenz steigend.

Steigende Attraktivität

Nachdem Werner Bähre, ESB-Geschäftsführer und Erwin Wiesmeier, Prokurist Leiter Verkauf der OMV Deutschland die Begrüßung zu diesem wegweisenden Ereignis gesprochen haben, wurde die offizielle Erstbetankung an der Dingolfinger OMV-Tankstelle durchgeführt. Ab sofort kann in Dingolfing Gas getankt werden. „Erdgas als Alternative zu den herkömmlichen Brennstoffen Benzin und Diesel wird für Endverbraucher immer attraktiver“, da sind sich Bähre und Wiesmeier einig. Beide Firmen haben in der Stadt Dingolfing einen Partner gefun-

Steuern sparen, Erdgas fahren

Steuerermäßigung für Erdgas-Kraftstoff wird bis 2020 verlängert

Eine preisgünstige und zugleich umweltfreundliche Alternative zu Benzin und Diesel heißt Erdgas. Umweltfreundlich, weil der Erdgasmotor bei der Emission von ozonbildenden Substanzen klare Vorteile gegenüber konventionellen Motoren hat. Preisgünstig, weil die erdgasbetriebenen Fahrzeuge neben dem günstigen Treibstoffpreis von der Steuerermäßigung für Erdgas profitieren, die nun bis 2020 verlängert wurde. So haben Erdgasfahrzeug-Besitzer die Sicherheit, langfristig mit den Kostenvorteilen zu kalkulieren.

Mobilität sichern und sparen: Dieser scheinbare Widerspruch ist möglich, denn fahren mit Erdgas entwickelt sich zu einer echten Alternative im Straßenverkehr. Immer mehr mit Erdgas angetriebenen Fahrzeuge fahren auch auf Deutschlands Straßen.

Günstigere Kraftstoffkosten

Schon in der Anschaffung sind Erdgasfahrzeuge im Schnitt nicht wesentlich teurer als herkömmliche Pkw's. Der etwas höhere Kaufpreis relativiert sich aber schnell, da die Kraftstoffkosten deutlich günstiger sind. Zudem fördern mehr und mehr Gasversorger das Umsteigen auf ein Erdgasfahrzeug in Form von einmaligen Zuschüssen und Tankgutscheinen. Der südbayerische Gasversorger Erdgas Südbayern GmbH ESB übernimmt hier schon seit Jahren eine Vorreiterrolle.

11.000 Kilometer kostenlos

Neben der Kernkompetenz Erdgasversorgung gilt das Augenmerk der ESB den Erdgasfahrzeugen. „Mobilität sollte klimaschonend gestaltet werden. Die ESB fördert diese Entwicklung und eine breite Markteinführung von Erdgasfahrzeugen wird uns helfen, den Kohlendioxid-Ausstoß zu minimieren“, unterstreicht die Geschäftsführung des südbayerischen Gasversorgers. Um dem Verbraucher die Entscheidung für die Anschaffung von Erdgasfahrzeugen zu

erleichtern, wurde ein attraktives Förderprogramm in Form eines Tankgutscheines aufgelegt. 400 Euro erhält jeder Besitzer eines neuen Erdgasfahrzeuges einmalig. In der Praxis bedeutet das ca. 11.000 km kostenlos Autofahren. Die Nachfrage bei ESB lohnt sich also in jedem Fall. Daneben stellt die schadstoffarme Einstufung des Erdgasautos bei der Kfz-Steuer einen weiteren bedeutenden Kostenvorteil dar. An der Zapfsäule macht Gasgeben wieder richtig Spaß: Der Abgabepreis von Erdgas liegt zur Zeit im ESB-Gebiet bei 0,66 Euro pro Kilogramm. Dies entspricht einem Benzinpreis von 0,42 bis 0,48 Euro pro Liter.

Steuerliche Begünstigung

Ein Beispiel: Bei einem Durchschnittsverbrauch von sieben Litern und einer Fahrleistung von 15.000 Kilometer spart ein Autofahrer mit einem Fahrzeug der Mittelklasse gut 500 Euro im Jahr. Durch die saubere Verbrennung des schwefelfreien Erdgases werden Treibhausgas und Smogbildung deutlich reduziert - das ist auch der wesentliche Grund für die steuerliche Begünstigung von Erdgas als Kraftstoff bis Ende 2020. „Erdgas hat seinen festen Platz im umweltfreundlichen Verkehr der Zukunft. Nachdem die Gaswirtschaft zugesagt hat, bis 2006 das Tankstellennetz flächendeckend auszubauen, ist nun die Automobilbranche gefordert, eine möglichst breite Pa-

se mit dem Kraftstoff Gas auf die Reise geschickt. Ein Doppeldeckerbus der Firma Neoplan, kurz vor seiner Auslieferung zum Kunden, wurde noch auf einen Abstecher zur Veranstaltung nach Dingolfing geschickt. Informationen zum Fahren mit Erdgas, zur Betankung in Dingolfing und zum Thema Erdgas allgemein erhalten Interessierte beim ESB-ServiceCenter Dingolfing, Bayernwerkstrasse 11, 84130 Dingolfing, Tel.: 08731-3771-0, Fax -50, oder im Internet: www.esb.de

lette an Fahrzeugen zu entwickeln“, so fordert jetzt die Politik.

Sicher, sauber, leise und sparsam

Den Praxistest haben die Erdgasfahrzeuge längst bestanden. Sie sind sicher, sauber, leise und darüber hinaus noch sparsam. Da im Rahmen der ökologischen Steuerreform auf Erdgas als Kraftstoff nur 20 Prozent der üb-

Semmeln aus St. Zeno:

Gebacken mit Erdgas

ESB versorgt Berufsbildungswerk in Kirchseeon

Kirchseeon / Ebersberg. Nägel mit Köpfen hat man beim Berufsbildungswerk (BBW) St. Zeno in Kirchseeon gemacht. Zusätzlich zu einigen Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen entschloss man sich, die veraltete Heizanlage zu modernisieren. Die neue Anlage wird mit Erdgas betrieben.

Seit 15 Jahren steht das Berufsbildungswerk St. Zeno in Kirchseeon für eine effektive Ausbildung lern- oder psychisch behinderter junger Menschen. In dieser Zeit hat das BBW viel für die Förderung junger Menschen auf dem Weg ins Berufsleben getan. Unter anderem richtete man eine Lehrküche mit Restaurantbetrieb und eine eigene Bäckerei ein. Jetzt tut man auch etwas für die Umwelt.

Im Zuge der Arbeiten an neuen Unterrichtsräumen und der Erweiterung der Ausbildungsfläche für den Bäckereifachverkauf wurde auch die bestehende Heizanlage modernisiert.

Wärme und Energie

Für BBW-Geschäftsführer Volker Jakobi kam das Angebot vom ESB-ServiceCenter gerade zur rechten Zeit: „Die An- und Umbaumaßnahmen am Gebäudekomplex haben uns eine Stange Geld gekostet. Da war die Umstellung auf Erdgas die kostengünstige und umweltbewusste Möglichkeit der Heizungsmodernisierung.“

Zwei Kessel mit zusammen 1600 kW Leistung sorgen zukünftig für wohlige Wärme im Gebäudekomplex und versorgen zudem die hauseigene Ausbildungsbäckerei mit Energie.

20 bis 30 Prozent weniger CO₂

Bei einem geschätzten Jahresverbrauch von mehr als drei Millionen Kilowattstunden ist

lichen Mineralölsteuer erhoben werden, rechnet sich die Anschaffung eines Erdgasfahrzeugs schnell und ist eine ideale Alternative zu Benzin und Diesel.

Da die meisten Erdgasfahrzeuge bivalent sind, ist jederzeit ein einfaches Umschalten auf den Benzintank möglich. Auch in Sachen Sicherheit stehen die Erdgasfahrzeuge den herkömmlichen Gefährten in nichts nach: Zahlreiche Tests haben das bewiesen. Denn die strengen Vorschriften des TÜV kommen natürlich zur Anwendung.

Informationen zum Fahren mit Erdgas, zur Betankung und zum Thema Erdgas allgemein für In-

durchaus denkbar, dass die beiden Partner bestrebt sind, die vorläufige Vertragslaufzeit von fünf Jahren schnellstmöglich zu verlängern.

ESB-Regionalkaufmann Ernst Kaeserer sieht die Partnerschaft mit dem BBW St. Zeno als wei-

Wärmeservice in Regensburg

Gewerbekunden und Eigentümer von Wohngebäuden mit mehr als sechs Wohnungen im Raum Regensburg müssen sich künftig nicht mehr um Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb ihrer Heizanlage kümmern. Eine entsprechende Dienstleistung unter dem Namen „Wärmeservice vor Ort“ bietet seit Ende letzten Jahres der örtliche Energieversorger Rewag zusammen mit der Regensburger SHK-Innung (Sanitär, Heizung, Klima) an.

Dabei wird der Energieversorger die Heizungsanlage planen, auf die speziellen Bedürfnisse des Kunden abstimmen und sich um Finanzierung, Vertragsgestaltung und bei Bedarf auch um die Abrechnung der Wärmelieferungen kümmern. Die Heizungsbauer errichten dann die Anlage im Auftrag der Rewag und kümmern sich auch um Wartungs-, Entstör- und Reparaturdienste. Das wirtschaftliche Risiko trägt die Rewag als Contractor.

Von dem neuen Energiedienstleistungsangebot sollen der Kunde und die Umwelt profitieren: Der Kunde spart die Aufwendungen für Investition, Wartung und Instandhaltung für seine Heizung, er bezahlt nur die tatsächlich verbrauchte Wärme. Die Umwelt soll von Emissionen entlastet werden, weil der Contractor aus wirtschaftlichen Überlegungen nicht nur Wärmegeräte mit hohen Wir-

Bayerngas:

Im Wettbewerb gut aufgestellt

Zweitgrößter Jahresabsatz

Die Bayerngas GmbH, München erzielte 2002 trotz verschärften Wettbewerbes und einer im Vergleich zum Vorjahr um 0,7°C erhöhten Jahresdurchschnittstemperatur den zweithöchsten Gasabsatz in der Unternehmensgeschichte. Die größte kommunale Gaseinkaufsgesellschaft Deutschlands lieferte rund 59,9 Mrd. kWh Erdgas an Regionalversorger, Stadtwerke, Industriebetriebe und Kraftwerke in Südbayern. Das Ergebnis liegt 0,9% unter dem Vorjahres-Rekordabsatz von 60,5 Mrd. kWh.

teren Beweis dafür, dass der Energie Erdgas die Zukunft gehört: „Der Umstieg von Erdöl auf Erdgas bringt St. Zeno eine Verringerung des Kohlendioxidausstoßes von 20 bis 30 Prozent. Mit einer modernen Heizanlage, wie das BBW sie jetzt in Betrieb nimmt, spart man Energie und schont nicht nur die Umwelt sondern auch den eigenen Geldbeutel.“

„Für unseren 10.000. Kunden in der Region Weilheim mussten wir uns natürlich eine besondere Überraschung einfallen lassen“, berichtet Robert Mayer vom lokalen ServiceCenter der ESB. „Deshalb haben wir beschlossen, ihm ganze 10.000 Kilowattstunden Energie zu schenken. Das entspricht etwa zwei Fünftel der Menge an Energie, die eine Familie im Jahr verbraucht.“ Rainer und Bernadette Maier aus Weilheim waren die glücklichen Neukunden. „Ich wusste, dass Erdgas sparen hilft, aber dass es so günstig ist, hätte ich nun auch nicht gedacht“, sagte Maier mit einem Augenzwinkern.

Gratis-Erdgas

„Für unseren 10.000. Kunden in der Region Weilheim mussten wir uns natürlich eine besondere Überraschung einfallen lassen“, berichtet Robert Mayer vom lokalen ServiceCenter der ESB. „Deshalb haben wir beschlossen, ihm ganze 10.000 Kilowattstunden Energie zu schenken. Das entspricht etwa zwei Fünftel der Menge an Energie, die eine Familie im Jahr verbraucht.“ Rainer und Bernadette Maier aus Weilheim waren die glücklichen Neukunden. „Ich wusste, dass Erdgas sparen hilft, aber dass es so günstig ist, hätte ich nun auch nicht gedacht“, sagte Maier mit einem Augenzwinkern.

N-ERGIE führt neues Kundenabrechnungssystem ein

Für ihre 650.000 Kunden führte die N-ERGIE Aktiengesellschaft ein neues Abrechnungssystem ein. Damit vereinheitlicht das Unternehmen die drei unterschiedlichen Systeme der früheren Unternehmen EWAG, FÜW und MEG und überführt sie in ein neues, modernes System, mit dem effizienter gearbeitet werden kann. Die wichtigsten Änderungen sind:

➤ Einführung der „rollierenden Abrechnung“ für alle Kunden.

Dies bedeutet, dass jeder Kunde einmal jährlich in einem festgelegten Monat - beispielsweise immer im Februar - die Aufforderung zur Selbstablesung der Verbrauchsdaten und nach ihrer Rücksendung dann die Jahresabrechnung erhält. Ehemalige EWAG-Kunden kennen die „rollierende Abrechnung“ bereits, ehemalige FÜW- und MEG-Kunden dagegen wurden bisher zum festen Stichtag am 31.12. eines Jahres abgerechnet. Durch die rollierende Abrechnung verteilen sich Kundennachfragen zur Jahresabrechnung gleichmäßig über das gesamte Jahr und können deshalb zügiger bearbeitet werden.

➤ Grundsätzliche Umstellung auf monatliche Abschlagszahlungen.

Die bisherige Möglichkeit, Abschlagszahlungen im monatlichen bzw. zweimonatlichen Turnus zu begleichen, wurde grundsätzlich auf monatliche Abschlagszahlungen umgestellt. Lediglich bei sehr niedrigen Beiträgen bleibt es bei der zweimonatlichen Rechnungsstellung. Davon betroffen sind ehemalige EWAG-Kunden, die bisher zweimonatlich bezahlt haben. Der monatliche Rhythmus wird von vielen Kunden bevorzugt, weil er die Haushaltsplanung erleichtert. Diese Umstellung tritt ab der nächsten Jahresrechnung in Kraft.

➤ Verrechnung des ersten Abschlags des Folgejahres bereits mit der Jahresabrechnung.

Diese Umstellung ist ebenfalls für ehemalige EWAG- und MEG-Kunden neu.

➤ Barzahler erhalten Jahresrechnung.

Dies betrifft alle Kunden, die ihre Abschläge bisher noch nicht abbuchen lassen. Der Abschlagsbetrag und die Zahlungstermine werden den Kunden in der Jahresrechnung mitgeteilt, regelmäßige Zahlungsaufforderungen aber nicht mehr versandt. Dies bedeutet, dass die Kunden eigenständig an die monatliche Bezahlung denken müssen oder auf ein Bankbuchungsverfahren umsteigen.

➤ Einfachere Selbstablesung.

Auf der neuen, übersichtlicher gestalteten Selbstableskarte sind alle Produkte (Strom, Erdgas, Wasser und Fernwärme) aufgelistet und die Zähler grafisch dargestellt. Ab Februar erhalten die Kunden diese neuen Selbstableskarten.

➤ Im Jahre 2003, während der Übergangsphase der Systemumstellung, ändert sich für insgesamt 350.000 Kunden der Abrechnungszeitraum.

Mitte Dezember 2002 haben rund 350.000 Kunden eine vorgezogene Jahresabrechnung erhalten.

➤ Je nachdem, welcher Abrechnungsmonat den Kunden im Rahmen der rollierenden Abrechnung künftig zugewiesen wird, verkürzt bzw. verlängert sich der Abrechnungszeitraum.

➤ Rund 7.000 Kunden im Gebiet um Eschenau (dazu gehören u.a. die Orte Kalchreuth, Rathsbau, Heroldsberg) erhalten eine neue Kundennummer.

Persönliche

Information der Kunden

Alle von der Systemumstellung betroffenen Kunden wur-

der Bearbeitung von Anfragen mehr vorkommen.

Das neue System ist aber nicht nur effizienter und kostensparend, weil es das zeitaufwändige parallele Arbeiten mit den drei bisherigen Abrechnungssystemen beendet, es ist heute bereits technisch so ausgelegt, dass eine spätere elektronische Verknüpfung möglich ist, beispielsweise für den Einstieg in das e-Commerce.

Ein Großprojekt

Das Unternehmen investiert für die Systemumstellung einen zweistelligen Millionenbetrag. 30 Mitarbeiter aus unterschiedlichen Bereichen des Konzerns arbeiten seit Juli 2001 an diesem Großprojekt - seit Dezember buchstäblich Tag und Nacht, trotz einer Verstärkung des Teams um 30 weitere interne und externe Mitarbeiter. Zwei Probelaufe mit Stichproben von jeweils 20.000 Abrechnungen wurden so erfolgreich absolviert. Insgesamt werden bei der Umstellung rund 30 Millionen Datensätze bewegt, allein 1,6 Millionen Zählersätze müssen umgestellt werden.

Reibungslose Umstellung

„Die Mitarbeiter der N-ERGIE haben alles getan, um eine reibungslose Umstellung zu gewährleisten. Dennoch ist nicht auszuschließen, dass Fehler auftreten können oder sich die Bearbeitung von Rechnungskorrekturen, Umzugsabrechnungen oder Bankverbindungsänderungen in der Übergangsphase verzögert. Dafür bitten wir schon heute um das Verständnis unserer Kunden“, so Ewald Woste, Vorstandsmitglied der N-ERGIE Aktiengesellschaft. ➤

den von der N-ERGIE persönlich angeschrieben.

➤ Weiterhin werden alle Änderungen ausführlich im Kundenmagazin sowie ab Mitte Februar im Internet vorgestellt.

➤ Beraterinnen und Berater werden im N-ERGIE Mobil, dem Info- und Servicebus der N-ERGIE, ganzjährig im Netzgebiet unterwegs sein und beantworten persönlich und vor Ort alle Kundenfragen zu den Änderungen. Das N-ERGIE Mobil ist immer genau in der Region eingesetzt, in der die Kunden gerade ihre Selbstableskarten bzw. Jahresrechnungen erhalten.

➤ Auch das Call Center ist auf den zu erwartenden Anfrageschwachs vorbereitet und kann seine Kapazität bei Bedarf flexibel anpassen.

Vorteile für Unternehmen und Kunden

Für die Kunden bedeutet das neue Kundenabrechnungssystem der N-ERGIE nicht nur eine Umstellung, sie werden daraus langfristig auch Nutzen ziehen. Der Zeitaufwand für das Selbstablesen wird minimiert, weil die Verbrauchszahlen aller Produkte nur einmal abgelesen und auf einer Karte eingetragen werden müssen. Die Rechnungen werden übersichtlicher sein, das Call Center wird wesentlich schneller auf die Kundendaten zugreifen können, was die z.T. für die Kunden noch längeren Wartezeiten verkürzt wird, und durch das rollierende Abrechnungssystem werden zum Jahresende keine Stoßzeiten bei

Agenda-Ausstellung im Münchener Landratsamt:

Energie und Klimaschutz

Eine Ausstellung zu „Energie und Klimaschutz“ eröffnete der Münchner Landrat Heiner Janik im Foyer des Landratsamtes München. Begleitende Vorträge verschiedener Fachleute führten die Gäste tiefer in die Thematik ein.

Die insgesamt 14 Schautafeln der Ausstellung hat der Arbeitskreis Energie und Umweltschutz der Agenda 21 Oberhaching erarbeitet. Diese Schautafeln zeigen die verschiedenen Einflüsse auf unser Klima und mögliche Ursachen der drohenden Klimaveränderung. Ferner dazu sind aber auch Möglichkeiten dargestellt, die wesentlichste Ursache - nämlich den CO₂-Ausstoß durch die Verbrennung fossiler Energieträger - zu verringern.

Ökologisches Grundlagenwissen

Neben der Darstellung der momentanen Energiestrukturen in Deutschland ist aufgezeigt, welche Möglichkeiten sich anbieten, die Energie effektiver zu nutzen. Zu dem Thema Dämmung wird Grundlagenwissen vermittelt und ökologisches Dämmmaterial „begreifbar“ gemacht. Ein Energie-Würfel zeigt das Größenverhältnis des Energiegehaltes der jährlich einfallenden Sonnenstrahlung zu den noch vorhandenen fossilen Energiereserven und dem jährlichen Energieverbrauch der Weltbevölkerung.

Information für Entscheidungsträger

An einem Abend konnten sich kommunale Entscheidungsträger im Festsaal des Landratsamtes München über

den Unterhachinger Energieatlas und über Fördermöglichkeiten für kommunale Maßnahmen informieren. Für Hausbesitzer wurde Gelegenheit geboten, näheres zum Thema Wärmedämmung, Heizungssanierung und Förderungen bei Energie-sparmaßnahmen zu erfahren. Fachleute, darunter auch der Energieberater des Landratsamtes München, Johannes Thum, gaben zahlreiche praktische Anregungen und Tipps, welche Möglichkeiten jeder Einzelne hat, Energie rund ums Haus einzusparen und so das Klima besser zu schützen.

Info-Broschüre

Für den Bereich Wohnen hat das Landratsamt München darüber hinaus die Broschüre „Energie und Klimaschutz“ erarbeitet. Interessierte können sich so schnell und in kompakter Form zu den wesentlichsten Themen der Energieeinsparung informieren; weitergehende Internet-Links sind ebenfalls angeführt.

Weitere Informationen rund ums Thema Energiesparen sind beim Energieberater des Landratsamtes München, Herrn Thum, unter Telefon 089/6221-2522 oder über e-mail energieberatung@ira-m.bayern.de erhältlich.

Fördermöglichkeiten für Wohngebäude sind auch über das Internet www.landkreis-muenchen.de/landratsamt/150_2254.htm abrufbar. ➤

Zwei neue Windenergieanlagen für Langenaltheim

N-ERGIE Tochterunternehmen impleaPlus ist mit 49 Prozent beteiligt

Die Windpark Langenaltheim GmbH & Co. KG errichtete in Langenaltheim zwei Windenergieanlagen. Sie erzeugen jährlich durchschnittlich rund 4.590 Megawattstunden Strom. Die erzeugte Strommenge entspricht dem Verbrauch von rund 1.150 Haushalten in einem Jahr und es werden rund 4.475 Tonnen Kohlendioxid weniger ausgestoßen. Rechnet man die vermiedenen CO₂-Emissionen auf 20 Jahre hoch, so ergeben sich Einsparungen in Höhe von 89.505 Tonnen.

Die beiden Windräder haben eine Leistung von je 1,5 Megawatt und eine Turmhöhe von 61,4 Meter. Die Rotorblätter haben einen Durchmesser von 77 Meter und die Gesamthöhe der Anlage beträgt 99,4 m. Bei einer Windgeschwindigkeit von drei Meter pro Sekunde beginnen sich die Rotoren zu drehen. Bläst der Wind mit Geschwindigkeiten über 20 Meter pro Sekunde, stellen sich die Rotorblätter aus Si-

cherheitsgründen automatisch aus dem Wind und die Anlage dreht sich nicht mehr. Sinkt die Windgeschwindigkeit unter 20 Meter pro Sekunde, werden die Rotorblätter automatisch wieder in den Wind gestellt und die Anlage erzeugt wieder Strom.

An der Windpark Langenaltheim GmbH & Co. KG ist das N-ERGIE Tochterunternehmen impleaPlus GmbH mit 49 Prozent sowie die WindStar AG, Langenaltheim, und Stefan Haack aus Kiel beteiligt. Für die N-ERGIE Aktiengesellschaft, dem regionalen Energiedienstleistungsunternehmen mit Sitz in Nürnberg, und ihrem Tochterunternehmen impleaPlus GmbH sind es die ersten Windenergieanlagen, die errichtet werden. Dieses Projekt stellt für die N-ERGIE Aktiengesellschaft ein Einstiegsprojekt dar, mit dem das Unternehmen durch den Einsatz erneuerbarer Energien zur Stromerzeugung ein Zeichen setzt. ➤

Projekt Augsburgs Straßenlaternen:

Bürgerinitiative und Behörde Hand in Hand

Was tun, wenn die Stadtkasse leer ist? Augsburg hat die Lösung parat: Gemeinsam mit einem Bürgerverein werden die Lasten der Investitionen, die die Stadtgestaltung verbessern sollen, geteilt. Konkret geht es um eine Laternenaktion, die einmalig und sicherlich richtungweisend für andere Projekte in der Fuggerstadt ist - kurzum: eine Zusammenarbeit mit Modellcharakter.

In der Vergangenheit wurden Maßnahmen im öffentlichen Raum, auf Straßen und Plätzen stets von der Stadt ausgeführt. Zwar gab es schon immer Bürgerbeteiligungen, bei denen die Betroffenen ihre Vorstellungen einbringen konnten, aber die Ausführung selbst war dann doch Sache der Stadt. Häufig wurden im Anschluss die Anlieger zu Erschließungs- oder Ausbaukosten herangezogen.

Dramatische Haushaltslage

In den vergangenen Jahren hat sich aber die Haushaltslage der Kommunen allgemein, besonders auch in Augsburg, derart dramatisch verschlechtert, dass rein gestalterische Verbesserungsmaßnahmen nicht mehr möglich waren. Massiv betroffen war dabei der große, mittlere Bereich der Bahnhofstraße, der sich aufgrund fehlender Straßenlaternen als dunkles Loch darstellte. Während im oberen und unteren Bereich der Straße 1978 bereits Laternen montiert wurden, blieb der besagte Straßenabschnitt aufgrund fehlender Mittel bis heute von dem Gesamtkonzept ausgeschlossen.

Tor zu Augsburg

Die Installation von 22 Doppel-Straßenlaternen im mittleren Sektor wurde auf 137.000 Euro veranschlagt - ein zu hoher Betrag für das leere Stadtsäckel. Des Rätsels Lösung: Rund 60 Prozent der anfallenden Gesamtkosten wurden für die erforderlichen Laternen vom Verein „Tor zu Augsburg“ erbracht. Die Interessenvereinigung, die sich aus Mitgliedern aus dem Gewerbe und Handel der Bahnhofstraße und des Bahnhof-Vorplatzes sowie zahlreichen Hauseigentümern zusammensetzt, besorgte die Gerätschaften, die ausschließlich von den Hauseigentümern finanziert wurden. Im Gegenzug sorgt die Stadt für Kabellage, Montage und den Unterhalt der Laternen. Wie Oberbürgermeister Dr. Fritz Wengert bei der Übergabe der neuen Straßenlaternen betonte, habe das Tiefbauamt somit „wieder einmal gezeigt, dass unbürokratisches rasches Handeln mach-

bar ist“. Natürlich arbeiteten auch die Kollegen der Stadtverwaltung nicht umsonst, aber der Einsatz städtischer Kräfte sei eben Teil der Investition, den die Stadt trage.

Bürgerengagement

Laut OB Wengert „ist es das erste Mal, dass ein Bürgerverein nicht nur Forderungen erhebt, sondern auch tatkräftig bemüht ist, seine Vorstellungen in Zusammenarbeit mit der Stadt umzusetzen“. In einem ersten Schritt seien dies 19 Laternen, die in der Bahnhofstraße dazu beitragen sollen, mehr „Licht ins Dunkel“ zu bringen.

Gemeinsam gemästert

Ohne ein derartiges Bürgerengagement, wie es der vor einem Jahr gegründete Verein „Tor zu Augsburg“ an den Tag lege, könne wohl kaum eine Stadt mehr auskommen, fuhr Wengert fort. Das Beleuchtungsproblem sei das größte, dringendste und wohl auch kostspieligste zur Verbesserung der Situation in der Bahnhofstraße gewesen. Gemeinsam habe man dies nun weitergehend meistern können. DK

Gemeindetags-Kreisversammlung Augsburg-Land:

Regionaler Stromanbieter ist zu teuer

Landkreis Augsburg/Neusäß (gri). Im Rahmen der Gemeindetags-Kreisversammlung in Neusäß mit den Bürgermeistern wurde der regionale Stromversorger hart attackiert.

So wollte Albert Lettinger, Bürgermeister von Zusmarshausen wissen, ob dem Gemeindetag bekannt sei, dass die Lech-Elektrizitätswerke Augsburg als ansässiger Stromversorger schon wieder einen neuen Vertrag anstreben. Den Verantwortlichen war diesbezüglich nichts bekannt. Wie Lettinger erklärte auch Gersthofens Bürgermeister Siegfried Deffner, dass es bisher unmöglich gewesen sei, von anderen deutschen Anbietern außer der LEW, ein Konkurrenzangebot zu bekommen. Die Kommunalpolitiker vermuten, dass die Versorgungsgebiete wohl auf-

C.A.R.M.E.N.-Fachgespräch:

Biogasmärkte haben Zukunft

Gemeinsam mit dem Zentrum für rationale Energieanwendung und Umwelt GmbH (ZREU) veranstaltete C.A.R.M.E.N., die bayerische Koordinierungsstelle für Nachwachsende Rohstoffe, in Straubing das Fachgespräch „Biogasmärkte der Zukunft“. Dabei wurden neue, bislang ungenutzte Einkommensquellen im Bereich der Biogasanlagen vorgestellt. Dazu zählen Abschätzungen, wie viel Energie aus Biogas erzeugt werden kann, der CO₂-Emissionshandel und die bessere Verwertung von Abwärme. Das Gespräch erläuterte Lösungsansätze für den leistungsunabhängigen Wärmetransport. Saisonale Wärmespeichermöglichkeiten, die im Bereich der Solarenergie erfolgreich zum Einsatz kommen, wurden hinsichtlich ihrer Eignung für Biogasanlagen präsentiert. Hintergrund ist, dass bei der Abwärmenutzung von Biogasanlagen das Angebot im Sommer hoch, die Nachfrage nach Heizenergie aber gering ist.

Die Referenten betonten die hohe Effizienz der Brennstoffzellen auch beim Einsatz von Biogas. In seinem Einführungsstatement machte Ronny Wilfert vom Institut für Energetik und Umwelt, Leipzig, deutlich, dass die Gewinnung und Nutzung von Biogas schon jetzt eine ausgereifte und marktgängige Technologie darstelle. Sie sei eine vielversprechende Option zur Nutzung regenerativer Energien, die in den kommenden Jahren verstärkt zu einer nachhaltigen Energiebereitstellung sowie zur Senkung der Emission von Treibhausgasen beitragen werde. DK

Erfahrungen des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes BKPV:

Noch zu wenig kluge Köpfe in der kommunalen Datenverarbeitung

Pannen bei der Kalkulation und beim Datenschutz
Landrat Dr. Xaver Bittl (Eichstätt) neuer Vorsitzender des Prüfungsverbandes

Wolfram Zwick, bereits langjähriger Geschäftsführender Direktor des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes (BKPV), München, hat sich wieder einmal nicht gescheut, auf kostspielige Mängel in kommunalen Verwaltungen aufmerksam zu machen. Unmissverständlich ist sein kritisches Vorwort zur jüngsten Ausgabe der Verbandsmitteilungen zum Thema Anwendung der Datenverarbeitung. Bei den örtlichen Prüfungen seien immer wieder „viele schwerwiegende Mängel in der Sicherheit und Wirtschaftlichkeit“ der Informationstechnik (IT) vorgefunden worden.

Weiter bemängelt Zwick, dass in den BKPV-Mitteilungen regelmäßig vermittelte Ratschläge, ebenso wichtige Informationen nicht den zuständigen Mitarbeitern der örtlichen Verwaltungen zugeleitet werden. Der Landesausschuss des BKPV hat Landrat Dr. Xaver Bittl (Eichstätt) für die kommenden sechs Jahre zum neuen Verbandsvorsitzenden gewählt. Er folgt dem früheren Ersten Bürgermeister von Wasserburg a. Inn, Dr. Martin Geiger. Was alles auf den 40 Seiten der zum Jahresende vorgelegten Verbandsmitteilungen erörtert wird, könnte vor Ort, im Fall der Beachtung, manch strapazierten Haushalt durchaus entlasten. Das vorliegende Heft beinhaltet zudem wieder eine Reihe wichtiger Tipps zu neuen Vorschriften u. a. in den Bereichen VOB und Schuldrecht.

Häufige Defizite

Im Abschnitt „Wirtschaftlichkeit und Sicherheit in der Informationstechnik“ ist von häufigen Defiziten die Rede, die eine spürbare Größe erreichen, so beim Aufwand für Erhebung, Aufbereitung und Erfassung der Grunddaten, für Schulungs- und Personalkosten für die Datenpflege. Insbesondere in den Anwendungsgebieten Graphische Datenverarbeitung und Gebäudemanagement fielen erhebliche finanzielle und personelle Kosten an, auch für die laufende Pflege der benötigten Daten (Digitale Flurkarten, Raumdaten etc.).

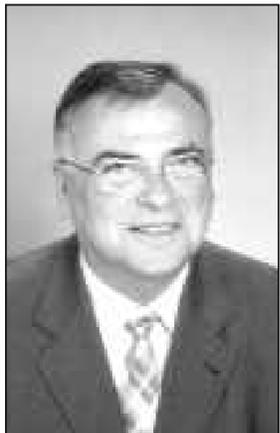
Kostenfaktor

In einigen Fällen konnten IT-Projekte überhaupt nicht erfolgreich abgeschlossen werden, weil bei der Planung erhebliche Kostenfaktoren unberücksichtigt geblieben. „Die notwendigen

personellen und finanziellen Ressourcen standen dann in der Realisierungsphase nicht zur Verfügung“ heißt es dazu. So habe eine größere Stadt ein Anwendungsverfahren für das Gebäudemanagement nicht in Betrieb nehmen können, weil die Gelder zur Erhebung der Raumdaten (Raumpläne, Ausstattung usw.) im Haushalt nicht eingeplant gewesen waren, infolge der angespannten Haushaltslage seien sie dann auch nicht bereitgestellt worden.

Gründliche Planung nötig

Das Fazit der Prüfer: „Jedem IT-Projekt sollte eine gründliche Kostenplanung vorausgehen, die neben den Anschaffungs- und Herstellungs- auch die Folgekosten über die vorgesehene Mindestnutzungsdauer berücksichtigt.“



Dr. Xaver Bittl.

sichtigt. Bei der Hardware ist im kommunalen Bereich von einer Mindestnutzungsdauer von ca. vier Jahren, bei der Anwendungssoftware von ca. acht bis zehn Jahren auszugehen.“

Weiter heißt es, bei vielen IT-Projekten fehlten zudem oft

Festlegung und Kontrolle der Ziele wie Rationalisierung Personaleinsparungen) als auch Qualitätsverbesserungen (z.B. mehr Bürgerfreundlichkeit).

Diese sollten, wenn möglich, in nachvollziehbarer Form konkretisiert werden. Mehr Bürgerfreundlichkeit liege in einer Verkürzung der Durchlaufzeiten, z. B. bei Baugenehmigungsverfahren. Häufig stellten die BKPV-Prüfer fest, dass zwar Zielvorgaben vorhanden waren, jedoch nicht umgesetzt/erreicht wurden. Bei mehrjährigen IT-Projekten sollten Zwischenergebnisse geprüft, nach Projektabschluss auch die Erfahrungen aus dem Effektivbetrieb kontrolliert werden. Liege im übrigen ein allzu langer Zeitraum zwischen Projektauswahl und dem Betrieb, führe dies zu einer Verkürzung der Nutzungszeit, damit zu einer ungünstigeren Nutzen/Kostenrelation. Das könne zur Unwirtschaftlichkeit der IT-Maßnahme führen.

Empfohlen wird schließlich, für jedes Projekt eine Zeitablaufplanung zu erstellen, schon um zu verhindern, dass Ämter ohne jegliche Erfahrung mit der Datenverarbeitung den zweiten Schritt (z.B. Personalstellenschaffung) vor dem ersten (zielgerichtete Finanz- und Personalentscheidungen) unternehmen.

Regelmäßige Datensicherung

Nachdem die Prüfer auch technisches Versagen, versehentliches Löschen oder Manipulationen erkannten, dadurch gespeicherte Daten unbrauchbar geworden waren, rät der Prüfungsverband jetzt dringend zu einer regelmäßigen Datensicherung. Bei überörtlichen Prüfungen wurde beanstandet, dass eine nicht geordnete Vorgehensweise hinsichtlich der Datensicherung zu gravierenden Män-

Gast seine persönliche Karte, auf der für die Dauer seines Aufenthaltes ein gebuchtes Paket von gewünschten Leistungen gespeichert ist. Im Betrieb „weiß“ die AllgäuWalserCard, dass dem Gast z.B. drei Fahrten mit der Bergbahn oder der einmalige Eintritt in ein Schwimmbad zustehen. Die in den Karten eingeschweißten Mikrochips kommunizieren per Funksignal kontaktlos mit den Terminals. Zudem werden Daten auf die Karte zurückgespeichert - Voraussetzung dafür, dass die Datenübermittlung sowohl online wie offline an mobilen Terminals erfolgen kann. Bei Nutzung

geln führen kann.

Konkret wurde berichtet, dass bei einem Landkreis die Daten des Finanzwesens sieben Wochen nicht erfolgreich gesichert waren, Fehler der Datensicherung wohl protokolliert jedoch nicht ausgewertet wurden, deshalb unbemerkt geblieben. Kritik löste u. a. aus, dass Mitarbeiter, die schon seit Jahren mit anderen Aufgaben befasst waren, immer noch Zugriffsrechte auf die finanzwirksamen Verfahren hatten. Die Nutzung von IT-Systemen und ihrer Komponenten müsse aber auf zu bestimmende Personen beschränkt sein.

Tücken der Teilprivatisierung

Gestützt auch auf eine Entscheidung des Bayerischen Obersten Landesgerichts, werden Kommunen und ihre Zweckverbände, die beispielsweise über eine GmbH einen privaten Partner etwa bei der Abfallentsorgung mit ins Boot nehmen, „dringend vor der vorschnellen Annahme gewarnt“, mit einer bloßen eigenen Mehrheitsbeteiligung im Rahmen einer Public-Private-Partnership sei man den vermeintlichen Fesseln des Vergaberechts entronnen. Die Frage, ob eine Gesellschaft wie eine eigene Dienststelle beherrscht wird, ihr damit Aufträge ohne Durchführung eines Vergabeverfahrens erteilt werden können, das könne: nicht allein auf die Mehrheitsverhältnisse abgestellt werden. Sei dem privaten Partner - etwa bei einstimmig zu fassenden Entscheidungen - eine Blockademöglichkeit eingeräumt, könne die GmbH nicht wie eine eigene Dienststelle beherrscht werden.

In den vorliegenden Mitteilungen werden noch u. a. nicht ausgeschöpfte erhebliche Einsparpotenziale bei der Müllabfuhr kreisfreier Städte angesprochen, ebenso die Änderungen der Kommunalhaushaltsverordnung samt dazugehöriger Verwaltungsvorschriften.

Ratschläge für die Katz

Deutlich erkennbare Verärgerung dürfte Zwick veranlassen haben, in seinem Vorwort an die „lieben Leserinnen und lieben Leser“ zu beklagen, dass die BKPV-Mitteilungen (mit ihren Prüfungserkenntnissen) „bei den Mitarbeitern in den Verwaltungen, die damit arbeiten sollen, vielfach noch nicht bekannt sind“. Deshalb bitte er nochmals darum, die Prüfungsmitteilungen an die zuständigen Sachbearbeiter weiterzugeben. Es liege im Interesse aller Beteiligten, wenn die gegebenen Informationen rechtzeitig umgesetzt und dadurch Nachteile für die Kommunen und künftige Prüfungsbeanstandungen vermieden werden könnten.

Die Berichte des Prüfungsverbandes und seine steuerlichen Beratungen sind übrigens auf den Internetseiten www.bkpv.de (*) veröffentlicht zu finden. mhb

EDV-Budgets und wertorientiertes Management:

IT-Budgets müssen zur Wertschöpfung beitragen

Von Prof. Dr. Klaus Jamin und Angelo Zenz

Lange Zeit wurden IT-Ausgaben der Behörden nicht hinterfragt, heute wird vorrangig die Kostenschraube angezogen. Wichtiger wäre es sicherzustellen, dass die IT-Budgets zur Wertschöpfung beitragen. Intensivere Zusammenarbeit mit Partnern und Nachbargemeinden, überschaubare Projekte anstelle von mehrjährigen Entwicklungsprojekten und Standardisierung der EDV-Infrastruktur sind einige der Ansatzpunkte dazu.

Angesichts der Konjunkturkrise sind die EDV-Budgets auch bei den Behörden unter Druck geraten, wird mehr oder weniger beliebig ihre Kürzung verlangt, nachdem viele Jahre lang steigende EDV-Ausgaben als selbstverständlich akzeptiert worden waren und selten nach ihrem Beitrag zur Wertschöpfung gefragt worden war. In der Tat entspricht die Informationstechnologie einer Infrastruktur wie etwa das Strom- oder Eisenbahnnetz und lässt sich nicht als solche anzweifeln. Künftig muss der Erfolg der EDV-Investitionen nachgewiesen und der Informatikeinsatz optimal gesteuert und geplant werden.

Nutzenaspekt

Der Blick darf dabei nicht allein auf die Kosten gerichtet werden, entscheidend ist vielmehr der Beitrag der EDV zur Wertschöpfung, d.h.: „Was bringt eine Investition in der Verwaltung für einen Nutzen?“

Die EDV muss sich, wohl gekemmt unter verschärften Randbedingungen wie ihrer wachsenden Komplexität und den immer kürzeren Lebenszyklen sowie steigender Erwartungen, gegenüber den Bürgern behaupten. Sie muss künftig weit mehr als bisher strategisch eingesetzt werden, das heißt sie muss dazu

beitragen, den Bürger und die Verwaltung mit sinnvollen Daten zu versorgen.

Wertschöpfungsbeitrag nachweisen

Und wie lässt sich der Wertschöpfungsbeitrag der EDV nachweisen? Unternehmensberater liefern kaum Anhaltspunkte dafür, setzen sie doch oft einzig auf Entlassungen. Benchmarks (d. h. Vergleiche mit anderen Behörden) betrachten meist auch nur die Kostenseite.

Bei den nicht-finanziellen Messgrößen, die wesentlich für die Leistungskraft und die Ergebnisqualität einer Behörde sind, hilft die Balanced Scorecard.

Mit ihrer Hilfe lassen sich Faktoren wie Bürgerzufriedenheit, Wissen der Mitarbeiter, umfassende Informationen für alle, die sie benötigen, planen, steuern und kontrollieren.

Prof. Klaus Jamin ist Professor der Allgemeinen Betriebswirtschaftslehre an der Fachhochschule München mit Schwerpunkt Managementmethoden. (kjamin@bigfoot.com)

Angelo Zenz ist Gründer und geschäftsführender Gesellschafter der DMC Datenverarbeitungs- und Management Consulting GmbH, München. (angelo.zenz@dmc-group.de)

Fünf goldene Regeln der EDV-Investitionen

Wie lässt sich nun der langfristige Wertschöpfungsbeitrag der EDV erhöhen? Dafür gibt es fünf goldene Regeln für EDV-Investitionen:

- ≪ Alle EDV-Projekte müssen einen eindeutigen Bezug zum Auftrag haben.
- ≪ An die Stelle langjähriger großer Entwicklungsprojekte muss das klar quantifizierbare Vorhaben mit einer Zeitdauer von 90 bis 180 Tagen treten: Das Budget ist damit auch deutlich kleiner, der Nutzen tritt schneller ein und lässt sich weit besser berechnen.
- ≪ Hohe Fixkostenblöcke - die Personalkosten betragen über 40 Prozent der EDV-Budgets - lassen sich durch eine Zusammenarbeit jeder Art reduzieren.
- ≪ Eine konsequente Harmonisierung und Standardisierung erlaubt es, die Infrastrukturkosten um 20 bis 30 Prozent zu reduzieren. Zusammen mit Outsourcing und Rationalisierungsmaßnahmen lassen sich auf diese Weise gezielt vermeidbare Kosten einsparen.
- ≪ Insgesamt gilt, dass die EDV ihre Querschnittsrolle in der Behörde aktiv nutzen soll, was voraussetzt, dass die EDV-Verantwortlichen die Zusammenhänge besser analysieren und dadurch auch besser verstehen. Dann können sie beispielsweise auch dafür sorgen, dass mit Hilfe der EDV-Kosten Service und Akzeptanz erhöht werden.

Zwei Jahre Haft für Virenschreiber

Brite versuchte 27.000 Computer mit seinen Viren

Ein Londoner Gericht hat einen 22-jährigen Webdesigner aus Nordwales, der drei Computer-Viren geschrieben und im Internet freigesetzt hatte, zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Simon Vallor mit seinen Viren Gokar, Redesi und Admiral 27.000 PCs in 42 Staaten versuchte hat.

Immenser Schaden

„Viren-Schreiber sind keine Computer-Genies oder Freaks sondern Kriminelle“, schreibt Richter Geoffrey Rivlin in seinem Urteil. „Ihre Viren verursachen Zerstörung, Bestürzung und wirtschaftlichen Schaden im großen Umfang.“

Der Gokar-Wurm versuchte

die Webseiten auf den befallenen Computern zu überschreiben.

Als Warnung getarnt

Redesi erschien nach den Anschlüssen vom 11. September 2001 und war als Warnung vor Cyber-Attacken getarnt. Der Wurm versuchte die Festplatte der infizierten PCs zu löschen.

High-Tech in idyllischer Berglandschaft

Mit der AllgäuWalserCard hat die Zukunft des Tourismus im Oberallgäu schon begonnen

Für den unbedarften Touristen im Landkreis Oberallgäu klingt es schon ein bisschen nach Science Fiction, wenn er zum ersten Mal mit der AllgäuWalserCard in Berührung kommt. Schließlich verbindet man mit der reizvollen Landschaft eher Klassiker wie den bayerischen König Ludwig und Schloss Neuschwanstein. Praktizierte Hightech dagegen, wie es hier bereits in der täglichen Anwendung ist, das ist zunächst ungewohnt.

Dass sich das keineswegs ausschließt, sondern hervorragend ergänzt, dafür ist das Projekt der AllgäuWalserCard bestes Beispiel. Mit Einführung dieser kontaktlosen Smart Card eröffnet der südlichste Landkreis Deutschlands und das benachbarte Kleinwalsertal (Österreich) dem Urlauber neue Perspektiven.

Deutlicher Mehrwert

Hinter der AllgäuWalserCard verbirgt sich eine multifunktionale Chipkarte, die im Rahmen der umfassenden regionalen Zusammenarbeit einen deutlichen

Mehrwert für Gäste, Gastgeber und alle touristischen Leistungsträger mit sich bringt. Sie ist nicht nur örtliche Gästekarte. Auf ihr können auch zielgruppenspezifische Arrangements, ÖPNV-Tickets und Skipässe hinterlegt werden, die die teilnehmenden Betriebe direkt aktivieren. Das berüchtigte lange Schlängestehen am Morgen vor vollen Liftkassen gehört damit der Vergangenheit an. Und die Auslastung der Lifte wird effizienter.

Gebuchtes Paket

Bei der Anreise erhält der

Das Günzburger Modell:

Kosten- und Leistungsrechnung effizient eingesetzt

Ein Erfahrungsbericht von Dipl.-Betriebswirt (FH) Michael Lichtblau, Controller im Landratsamt Günzburg

Ein chinesisches Sprichwort sagt: „Herr, der Vergangenheit ist, wer sich erinnern kann. Herr der Zukunft ist, wer sich wandeln kann.“ Für das Landratsamt Günzburg ist dieser Satz Programm. Das Amt hat sich in den vergangenen Jahren zu einem Dienstleistungsunternehmen entwickelt, das mit dem Bürger offen, vertrauensvoll und zu dessen Wohl zusammenarbeitet, dabei aber gleichzeitig die Wirtschaftlichkeit im Rahmen seiner Aufgaben verbessern konnte.

Grundlage der effizienten Steuerung des wirtschaftlichen Mitteleinsatzes ist der seit 1. Januar 2000 flächendeckende Einsatz der Kosten-/Leistungsrechnung (KLR) newsystem Control Plus. Die Lösung der Ulmer Infoma Software Consulting GmbH sichert dem Landratsamt alle nötigen Informationen. So hat jeder Geschäfts- und Fachbereichsleiter nun dezentral Zugriff auf seine kostenrelevanten Daten. Das bedeutet: Die Führungskräfte sind gleichzeitig Controller ih-

rer Kostenstellen. Dafür liefert newsystem Control Plus Daten wie:

- ≪ Einnahmen/Ausgaben in Euro pro Kostenart, Kostenstelle und Kostenträger
- ≪ Arbeitsstunden pro Kostenstelle und Kostenträger
- ≪ Fallzahlen pro Kostenstelle und Kostenträger
- ≪ Durchschnittskosten pro Fall/Kennzahl

≪ Zeitvergleiche und Plan-Ist-Vergleiche nach verschiedenen Kriterien (z. B. Kosten pro Kostenträger, IST-Stunden, Abweichungen in Prozent etc.)

Leistungserfassung

Die flächendeckende Einführung der Leistungserfassung erfolgte zum 01.01.2001. Seither schreibt jeder Mitarbeiter täglich seine Arbeitszeiten auf die entsprechenden Produkte (Aufgaben). Die Erfassung der Wochenarbeitszeitnachweise benötigt durchschnittlich eine Minute Arbeitszeit pro Mitarbeiter. Für die Führungskräfte und den Controller erweist sich diese Maßnahme

als besonders wichtig: Sie erhalten auf diese Weise laufend aktuelle Daten und Informationen über den Ressourcenverbrauch der verschiedenen Produkte.

Umfangreiche Schulungen

Um den Gedanken des Controlling umzusetzen, das richtige Maß an Informationen zum richtigen Zeitpunkt in einem der jeweiligen Entscheidungsbebenen entsprechenden Verdichtungsgrad zu liefern, fanden umfangreiche spezifizierte Schulungen sowohl für die Geschäfts- und Fachbereichsleiter als auch die Erfassungskräfte statt. Die Schulungen wurden intern vom Controller durchgeführt, und werden bei Bedarf immer wieder angeboten.

Akzeptanz durch einfache Struktur

Ein weiterer wichtiger Baustein des dezentralen Ansatzes der Kosten- und Leistungsrechnung ist die Einfachheit der Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerstruktur am Landratsamt Günzburg. Sie wurden so gewählt, dass der Anwender seine bisherigen haushaltrechtlichen Kenntnisse zum größten Teil verwenden konnte. Folgender Aufbau wurde implementiert:

- ≪ Kostenarten, die Nummerierung der Kostenarten entspricht den Gruppierungsnummern des HKR, es wurden nur jeweils eine 0 an die erste bzw. letzte Stelle der Gruppierungsnummer angefügt (z.B. 5200 Verwaltungs- u. Zweckausstattung/HKR = KA 052000 Verwaltungs- u. Zweckausstattung/KLR-Infoma)
- ≪ Kostenstellen, die Nummerierung erfolgte in Anlehnung an die Fachbereichsnummer (z. B. FB 33 Verkehrswesen = KST 3300 Verkehrswesen); Ausnahme bildete hier die Kostenstellenummerierung der Querschnittsämter, hier wurde jeweils die Ziffer 9 als erste Zahl vorweggestellt (z. B. FB 13 Personalwesen = KST 9130 Personalwesen)
- ≪ Kostenträgerstruktur, auch hier wurde der Bezug zur Fachbereichsnummer hergestellt (siehe Beispiel)

Kennzahlen

Sinnvolle Leistungskennzahlen pro Aufgabe sind die Grundlage für ein effizientes Controlling. Sie sind Informationsgrundlage der Fachbereichsleiter, um auch über die Qualität Aussagen treffen zu können. Solche Kennzahlen wurden zwischen Fachbereichsleiter und Controller ermittelt, z.B. Anzahl von betreuten Jugendlichen, Dauer der Betreuung, Anzahl der untersuchten Kinder, Anzahl der bearbeitenden Anträge, Anzahl der Teilnehmer etc.

Diese Leistungskennzahlen bil-

mationen für Entscheidungen von Mandatsträgern, Verwaltung und Bürgern. Interessant für die Stadt sei auch der Datenaustausch mit Ingenieurbüros und Architekten.

Beispiel Freystadt

Willibald Gailler, 1. Bürgermeister der Stadt Freystadt i.d.Opf., erklärte, dass die GIS-Nutzung ein wichtiger Baustein für eine bürgernahe, moderne und leistungsfähige Verwaltung sei. Er schilderte die zeitaufwändige Arbeitsweise in der Verwaltung bis zum GIS-Einsatz 1995 und verglich sie mit der jetzigen, deutlich effizienteren Arbeitsweise. Die Vorteile und die Notwendigkeit der erforderlichen Investitionen seien für die Bürgerinnen und Bürger offensichtlich, wenn z.B. bei Versammlungen in kürzester Zeit ein Plan mit den einschlägigen Informationen präsentiert werden könne. GIS sei ein wesentlicher Beitrag zu bürger-

den zudem eine wichtige Planungsgrundlage zur Ermittlung des Kostenstellenbudgets eines Fachbereichs, d. h. schwankende Leistungskennzahlen beeinflussen die Höhe des Budgets. Aufgrund dieser Fakten werden auch Make-or-Buy-Entscheidungen getroffen.

Budgetierung

Damit die einzelnen budgetierten Fachbereiche Interesse an einer stetigen Optimierung ihrer Leistungen haben, müssen sie auch an den Erfolgen der wirtschaftlicheren Aufgabenerfüllung teilhaben. Im Günzburg geschieht dies grundsätzlich dadurch, dass nicht einzelne Einnahmen und Ausgaben zur Aufgabenwahrnehmung festgeschrieben werden, sondern ein Jahres-End-Ergebnis fixiert wird. Maßgeblich hierbei ist die individuelle Interessenslage der Fachbereiche unter der Berücksichtigung der Ziele:

- ≪ Steigerung der Mitarbeiterzufriedenheit (Arbeitsqualität),
- ≪ Steigerung der Kunden-/Bürgerzufriedenheit (Qualität der Leistungen) und
- ≪ nachhaltige Verbesserung der Aufgabenwahrnehmung.

Unterjährig ist es dem Budgetbereich überlassen, flexibel - aber dennoch auf Basis der vereinbarten Budgetregeln - mit bestimmten Einnahme- und Ausgabearten umzugehen. Darüber hinaus ist es wichtig, dass die managementbedingten Budgetreste in das Folgejahr übernommen werden können.

Flexiblere Verwendung

Diese flexiblere Mittelverwendung lässt sich zum Beispiel für weitergehende Fortbildungsmaßnahmen heranziehen oder für investive Maßnahmen zur Verbesserung der Abläufe (Qualitätsverbesserung durch Verringerung der Wartezeit oder weitere Steigerung der Wirtschaftlichkeit) im Zuge einer Einführung von EDV verwenden.

Die Höhe einer Restübertragung in das Folgejahr kann von Fall zu Fall und von Fachbereich zu Fachbereich unterschiedlich sein. Eine Spannweite von bis zu 250.000,00 Euro ist dabei möglich.

KLR als Grundlage der Organisationsoptimierung

Die KLR ist kein Selbstzweck, das heißt, der Zweck und der dazu notwendige Aufwand müssen ständig hinterfragt werden. Sie muss gepflegt (Strukturverwaltung, Berichtsdefinition und -fortschreibung etc.), Daten erfasst (Input) und Auswertungen erstellt werden (Output). Im Gegenzug liefert sie Steuerungsinformationen zur ständigen Verbesserung der Mitarbeiter/Innen-Orientie-

freundlicher Beratung. Dieses werde in der Bauverwaltung eingesetzt, in der Hauptverwaltung und in der Kämmerlei, dort z.B. für Beitragsfestsetzungen oder die Ermittlung von Außenmaßen von Gebäuden.

Beispiel Prien

Christian Fellner schilderte für den Markt Prien am Chiemsee die Erfahrungen seiner Heimatgemeinde. Durch den gesetzlichen Auftrag zur Führung eines Kanalkatasters sei man auf GIS aufmerksam geworden. Da sich eine gemeinsame Lösung mit anderen Chiemseegemeinden zur Nutzung von Synergieeffekten anbot, hätten sich fünf Gemeinden zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Fellner betonte, dass die Belastung für den gemeindlichen Haushalt tragbar sei, wenn der Aufbau des Informationssystems schrittweise und bedarfsorientiert erfolge.

rung, der Wirtschaftlichkeit und dadurch auch der Bürgerzufriedenheit.

Optimierung der Abläufe

Im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung zeigte sich im Landratsamt Günzburg neben der Umsetzung der Budgetierung die Optimierung der Ablauforganisation als umfangreichste Aufgabe. Sie wirkte sich im einen oder anderen Fall auch auf den Einsatz des Personals aus, wenn sich herausstellte, dass sich Verfahrensabläufe verbessern und Aufgaben z.B. neu zuordnen oder zusammenfassen ließen.

Zeit- und Kostenreduktion

Die Durchführung der eingehenden Organisationsuntersuchungen durch externe Berater wurde dabei erheblich durch den Zugriff auf die Daten der Kosten- und Leistungsrechnung erleichtert. Als Untersuchungsba- sis reduzierten sie den Zeit- bzw. Kostenaufwand der Berater erheblich.

So liefern die Daten der KLR wichtige Informationen zur Identifizierung der Aufgaben/Produkte mit den größten Kostenanteilen an den Gesamtkosten einer Kostenstelle und höchsten Einzelfallkosten (Produktkosten pro Fall). Darüber hinaus zeigen sie die Transparenz der internen Leistungsverflechtungen auf und helfen, pro Kostenstelle die produktiven und allgemeinen Stunden (z. B. Urlaub) zu ermitteln.

Fazit

Eine Verwaltungsmodernisierung im Bereich Betriebswirtschaft ist ohne Kosten- und Leistungsrechnung, die auf einer anwenderfreundlichen Software basiert, auf die Dauer nicht möglich. Die benutzerorientierte KLR-Software newsystem Control Plus bietet ein sehr großes Spektrum an Informationen, um ein Unternehmen erfolgreich zu steuern.

Führungskräfte erhalten beispielsweise die Möglichkeit, ständig ihre vorhandenen Strukturen zu überprüfen. Gleichzeitig ist durch die Budgetverantwortung bei allen Mitarbeitern das Kostenbewusstsein gestiegen. Und auch in der Bevölkerung konnte das Image des Landratsamtes Günzburg als modernes Dienstleistungsunternehmen spürbar gesteigert werden.

Für das Jahr 2005 ist die Einführung eines neuen Rechnungswesens geplant. Die Anforderungen an das neue System sind bereits klar definiert. In Bayern noch nicht geklärt sind, wird in Günzburg eine Doppellösung (Kameralistik und Doppik) angestrebt. ≪

GeoLIS

Dieter Sinning vom Landratsamt Starnberg stellte das Geographische Landkreis Informationssystem Starnberg (GeoLIS) vor. In GeoLIS werden die Geobasisdaten der Vermessungsverwaltung mit den Fachdaten des Landkreises, der Kommunen und der höheren Landesplanungsbehörde verknüpft.

Testanwender

Künftig sollen die Kommunen über das Behördennetz auf das GeoLIS zugreifen können. Sinning erläuterte die Argumente für die GIS-Einführung im Rahmen der politischen Abwägung. Nach einer Kostenübersicht zeigte er verschiedene Einsatzbeispiele und erwähnte, dass der Landkreis Starnberg Testanwender für den Onlineabruf von ALB-Daten sei, der unter Begleitung des Datenschutzbeauftragten stattfindet. **DK**

Geoinformationssysteme im ländlichen Raum

Informationsveranstaltung von Bayerischem Gemeindetag und Bayerischer Vermessungsverwaltung

„GIS im ländlichen Raum“ lautete das Thema einer gemeinsamen Fachtagung des Bayerischen Gemeindetags und der Bayerischen Vermessungsverwaltung in München. Rund 120 bayerische Kommunen waren durch ihre Bürgermeister oder Stellvertreter repräsentiert.

Einführende Grußworte sprachen der Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, Gerhard Flaig, in Vertretung von Herrn Staatsminister Prof. Dr. Falthausen, sowie der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl.

Gelungene Plattform

Gerhard Flaig wertete die Veranstaltung als Indiz dafür, dass der im Sommer 2002 von den kommunalen Spitzenverbänden und dem Freistaat Bayern unterzeichnete „eGovernment-Pakt“ zu leben beginne. Damals wurde unter anderem der Wille zur engen Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und dem Freistaat Bayern bekundet, der Aufbau eines neuen Kommunikationsnetzes für Behörden und die Verfügbarkeit einer Geodateninfrastruktur. Uwe Brandl, neugewählter Präsident des Bayerischen Gemeindetags, lobte seinerseits die Veranstaltung als eine gelungene Plattform für Informations- und Erfahrungsaustausch. „GIS“ sei nach seinem Dafürhalten auch als Abkürzung für „Gemeinden informieren sich“ zu verstehen. Beide Seiten betonten, dass zwischen den Kommunen in Bayern und der Bayerischen Vermessungsverwaltung seit langem ein sehr guter Kontakt gepflegt wird.

Beispiel Passau

Im anschließenden Fachvortrag zeigte der Leiter der Bayerischen Vermessungsverwaltung, Prof. Dr. Josef Frankenberger, welchen Beitrag die Bayerische Vermessungsverwaltung mit ihren Daten zum Aufbau eines kommunalen GIS leisten kann und welche Vorteile ein GIS für die Kommune bringt. Am Beispiel der Stadt Passau präsentierte er in einer Simulation die Auswirkungen verschiedener Hochwasserpegel. Als Grundlage für die Simulation dienten Luftbilder vom Stadtgebiet und ein digitales Geländemodell - beides Basisdaten, die die Bayerische Vermessungsverwaltung zur Verfügung stellt.

Zudem hob Frankenberger

die Bereitschaft hervor, die Kommunen bei der Einführung eines GIS beratend zu unterstützen. Dazu wird unter Federführung des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden und dem „Runden Tisch GIS“ der TU München ein GIS-Leitfaden für Kommunen erstellt. Er soll den Kommunen helfen, bei der Beschaffung ein für sie passendes System auszuwählen und so Fehlinvestitionen zu vermeiden.

Beispiel Pfaffenhofen

Hans Prechter, 1. Bürgermeister der Stadt Pfaffenhofen an der Ilm, beschrieb den Weg seiner Stadt zum GIS. Die Frage nach einem GIS hätte sich schon seit längerem gestellt und sei mit einem eindeutigen „Ja“ beantwortet worden. Der zuständige Sachgebietsleiter, Walter Karl, beschrieb aus seiner Sicht den Einführungsprozess für das städtische GIS. Er empfahl ein abgestuftes Vorgehen, aufbauend auf Katasterkarte und Eigentümernachweise; sukzessiv seien dann Leitungsdaten, Bauleitplanung und externe planerische Fachdaten einzuspielen. Für die Auswahl der zu erfassenden Daten sei aber ausschlaggebend, dass diese auch mit dem vorhandenen Personal und den vorhandenen Haushaltsmitteln aktuell gehalten werden könnten.

GIS-Lösungen

In kurzen Vorträgen präsentierten drei Gemeinden und der Landkreis Starnberg ihre GIS-Lösungen. Hartmut Bräuer, Bürgermeister der Stadt Gerolzhofen, erläuterte die Vorteile des GIS anhand der Dokumentation und Verwaltung der Kanaldaten und belegte sie an praktischen Beispielen, z.B. der Auskunft über verschiedenste Kanaldetails, den Kanalzustand und die Durchführung von Kanalsanierungen. Eingesetzt werde das GIS in Gerolzhofen daneben für die Verwaltung des Wasserleitungsbestands, die Grundstücksauskunft und für Planungsgrundlagen. Das GIS biete eine Vielzahl fundierter Infor-

Von der Kameralistik zum E-Business:

DATEV mit spezieller Branchenlösung und umfassender Beratung

Mit einer speziellen Branchenlösung und umfassender Beratung unterstützt DATEV öffentliche Institutionen bei der Einführung effizienter Prozesse und Organisationsstrukturen im Finanzwesen. Dabei gehört auch die Umstellung der Kommunen auf doppelte Buchführung zu den Leistungen des Unternehmens. Außerdem bietet DATEV für das E-Government, die Einführung elektronischer Abläufe in Behörden, mit e:secure ein Sicherheitspaket inklusive elektronischer Signatur.

Die Modernisierung der Verwaltung beschränkt sich nicht auf die Einführung elektronischer Prozesse. Als Dienstleister ihrer Bürger müssen Behörden ihren Erfolg zunehmend an wirtschaftlichen Gesichtspunkten messen. Gerade auf kommunaler Ebene geht es zunächst darum, die Institutionen wirtschaftlich zu restrukturieren. Im zweiten Schritt kann dann ein echtes E-Business realisiert werden

Vorreiter Putzbrunn

Ein wichtiges Element bei der Modernisierung von Kommunen ist deren Umstellung von der Kameralistik auf doppelte Buchführung (Doppik). Als erste Kommune Bayerns hat die Gemeinde Putzbrunn mit Hilfe

der DATEV den Umstieg auf ein kaufmännisches Rechnungswesen vollzogen.

Zuverlässige Abrechnung

Öffentliche Institutionen unterstützt DATEV in enger Abstimmung mit deren Steuerberatern mit einer Branchenlösung für kommunale Unternehmen. Alle Rechtsformen vom kommunalen Zweckverband bis hin zur Kapitalgesellschaft lassen sich damit zuverlässig abrechnen. Im Einzelnen enthält die Lösung Programme für die Finanzbuchführung, den Jahresabschluss, den Zahlungsverkehr, die Kostenrechnung, die Anlagenwirtschaft, die Lohn- und Gehaltsabrechnung und den Wirtschaftsplan von kommunalen Betrieben.

Kommunale Strategien

Darüber hinaus bietet DATEV umfassende Beratungsleistungen für kommunale Institutionen an. Diese beinhalten kommunale Strategien, Controlling, Organisations-, Informations- und Kommunikationsmanagement, Personalmanagement sowie standardisierte oder individuelle Workshops und Schulungen zu verschiedenen kommunalen Themen.

Neben der Optimierung der finanzwirtschaftlichen Grundlagen gilt es auch, die täglichen

Abläufe in den Kommunen zu rationalisieren. Schnelle Versorgung mit Informationen, die Vermeidung von Papierablagen und eine erweiterte Verfügbarkeit der Verwaltung sind die Hauptgründe, die für E-Government sprechen. Zentrale Komponente ist dabei die Sicherheit.

Authentizität gewährleisten

Um Verwaltungsakte rechtskräftig auf elektronischem Weg abwickeln zu können, muss die Authentizität des Absenders von Dokumenten ebenso eindeutig gewährleistet sein wie die Unveränderbarkeit der Inhalte. Mit dem SmartCard-basierten Sicherheitspaket e:secure und der qualifizierten elektronischen Signatur bietet die DATEV hierfür die höchste Sicherheitsstufe. ☞

Mit elektronischer Signatur Steuererklärung abgegeben

DATEV-Mitglied ist erster Nutzer von Elster II

Jüngst ist die erste elektronische Steuererklärung abgegeben worden, die mit einer elektronischen Signatur unterzeichnet ist. Erster Nutzer dieser Möglichkeit, die Rahmen des Pilotprojektes Elster II seit dem 26. September 2002 für Einkommensteuererklärungen besteht, ist Dr. Marcus Staub, Steuerberater aus Partenstein. „Für Steuerkanzleien bedeutet die papierlos signierbare Steuererklärung eine weitere Vereinfachung“, kommentiert DATEV-Mitglied Staub das Projekt.

„Dringend erforderlich zur größeren Verbreitung dieses Verfahrens sind weitere Einsatzmöglichkeiten der für die elektronische Unterschrift erforderlichen SmartCard und dann natürlich der Wegfall der Papierbelege.“

Pilotversuch

Elster II ist ein Pilotprojekt der Finanzverwaltung zur Einbindung der elektronischen Unterschrift in die digitale Steuererklärung. An diesem Pilotversuch beteiligen sich zunächst die Länder Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Saarland. Das Projekt ist die Weiterentwicklung der beiden bisherigen Verfahren zur elektronischen Übermittlung von Steuererklärungs- und Bescheidendaten, dem DATEV-Verfahren zur EDÜ und ELSTER I. Seit Einführung des DATEV-Verfahrens im Jahr 1994 haben Mitglieder der DATEV mehr als zwei Millionen Steuererklärungen elektronisch an die Finanzverwaltung übermittelt.

Langfristiges Ziel des Elster II-Projektes ist die medienbruchfreie, vollelektronische Kommunikation mit den Finanzbehörden, welche sowohl der Verwaltung als auch den

Bürgern und Unternehmen nutzt. Auf dem Weg dahin ist eine papierlose, vollelektronische Steuererklärung, die die Abgabe eines Papierdokuments mit eigenhändiger Unterschrift ersetzt, ein wichtiger Schritt.

Public-Private-Partnership

Im Rahmen der Public-Private-Partnership der beteiligten Länder mit DATEV und Partnern aus der Kreditwirtschaft haben zunächst etwa 15.000 Anwender die Möglichkeit, ihre Steuererklärung elektronisch zu signieren. Ermöglicht wird das Projekt mit Hilfe der e:secure-Card, die von der DATEV oder über die Kammern der steuerberatenden, wirtschaftsprüfenden und rechtsberatenden Berufe ausgegeben wird, sowie mit den signaturfähigen SmartCards der teilnehmenden Kreditinstitute.

Vorreiter bei der Nutzung der elektronischen Unterschrift sind Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte sowie deren Kammern. Für diese Berufsgruppen existieren heute die meisten alltäglichen Anwendungsmöglichkeiten. Ihnen bietet DATEV mit der qualifizierten elektronischen Unterschrift die höchste Sicherheitsstufe. ☞

BayernOnline:

Vorbildwirkung für Projekte im In- und Ausland

Laut Staatskanzlei-Chef Erwin Huber haben die Landtagsgrünen von BayernOnline keine Ahnung: Wegen BayernOnline stehe der Freistaat heute in der Spitzengruppe der IuK-Standorte der Welt.

Huber: „BayernOnline ist das Rückgrat und Nervensystem des High-Tech-Standortes Bayern, der heute im deutschsprachigen Raum im Bereich Multi-Media auf Platz eins steht, in Europa auf einer Stufe mit dem Großraum London ist und weltweit zu den fünf interessantesten High-Tech-Standorten überhaupt gehört. Damit wurden tausende Zukunftsarbeitsplätze im Freistaat Bayern angestoßen und gesichert.“

BayernOnline wurde zum Vorbild für viele vergleichbare Initiativen, wie es sie heute nahezu in allen deutschen Ländern und im Ausland gibt. Die Bertelsmann Stiftung hat deshalb BayernOnline als welt-

weit beste Initiative zur Vermittlung von Nutzerkompetenz für die Bürger ausgezeichnet.

Virtueller Marktplatz ein Erfolg

Auch was die Grünen von Virtuellen Marktplatz verbreiten, ist falsch. baynet wurde 1999 europaweit ausgeschrieben. Alle 80 Regionalportale sind online. Nach den neuesten Zahlen erfolgen monatlich rund 300.000 Besuche auf dem Marktplatz und baynet wurde vom Europäischen eCommerce Verband in der Kategorie „Beste Initiative im öffentlichen Sektor“ mit dem ersten Platz ausgezeichnet. ☞

Microsoft kritisiert eigene Linux-Strategie

„Halloween-Paper“ beschreibt Vorgehensweise als kontraproduktiv

Berlin - Der Computerkonzern Microsoft hat in einem internen Papier die eigene Strategie zum Umgang mit Linux als nicht zielführend und zum Teil sogar selbstschädigend erkannt. Im Rahmen des kürzlich veröffentlichten „Halloween-Paper“ gibt der Konzern bekannt, die Angriffe auf die Open-Source-Gemeinde hätten dem eigenen Unternehmen offenbar mehr geschadet als genutzt.

Im Rahmen des jährlichen Rundschreibens waren Umfragen unter den Nutzern zum Thema Open-Source-Software (OSS) durchgeführt worden. Wie sich herausstellte habe Kritik an OSS oder Linux keinen Effekt, so die Kernaussage der Untersuchung.

Problembereich

Microsoft kam zu dem Schluss, dass die durchgeführten FUD-Angriffe (Fear, Uncertainty, Doubt) nicht nur ihre Wirkung verfehlen, sondern offenbar auch dem eigenen Ansehen stark geschadet haben. Als Problembereich erkannte der Konzern auch den Bereich Total Cost of Ownership (TCO), vor allem im internationalen Bereich (Frank-

reich, Deutschland, Japan) vermerkt das Papier Schwächen in der Positionierung. Rund 40 Prozent der Befragten nennen geringe TCO als wichtigsten Grund OSS zu nutzen, mehr als 81 Prozent sind mit dem Umgang mit OSS vertraut (77 Prozent im Umgang mit Linux). Vor die Entscheidung gestellt ziehen 78 Prozent OSS vor, bei Linux ist diese Zahl mit 86 Prozent noch höher, während nur 39 Prozent mit Microsofts „Shared Source Initiative“ vertraut sind.

Als Konsequenz will sich Microsoft künftig mit Angriffen auf die Open-Source-Gemeinde zurückhalten, der Fokus soll stattdessen verstärkt auf dem Ausbau des Shared-Source-Bereiches und der Senkung der TCO liegen. ☞

CeBIT trotz der Konjunkturflaute

Die CeBIT trotz der Konjunkturflaute und stärkt die Branche als „Basislager“ für den Aufschwung im Frühjahr 2003. Sie bietet die komplette Ausrüstung an erforderlichen neuen Technologien und schafft die richtigen Kontakte für den „Aufstieg“. Mit 7 074 Ausstellern aus 65 Ländern und einer Nettofläche von mehr als 361 000 Quadratmetern ist sie auch im kommenden Jahr vom 12. bis 19. März ungefochten die Nr. 1 der internationalen Messen für Informations- und Telekommunikationstechnik. Der Abstand zu anderen Messen hat sich noch einmal deutlich vergrößert. Der komplette Weltmarkt trifft sich in Hannover.

Die Unternehmen der ITK-Branche setzen Prioritäten und entscheiden sich bei einer Messebeteiligung für ihre Leitmesse. Und das aus gutem Grund: Die CeBIT als größte Messe der Welt bietet das umfangreichste Kundenpotenzial weltweit und ein Höchstmaß an Internationalität. Sie gibt den Gesamtüberblick über die aktuellen ITK-Technologien und ist „Face-to-face-Treffpunkt“ für Top-Manager aus aller Welt. Sie gibt Impulse für neue Geschäfte und legt die zukünftige Marschrichtung der Branche fest.

Die starke internationale Ausprägung der CeBIT kommt sowohl bei den ausstellenden Unternehmen als auch bei der Besucherstruktur zum Ausdruck. 2 767 Unternehmen haben sich direkt aus dem Ausland angemeldet. Erstmals sind 65 Länder vertreten. Allein aus Asien und Australien nehmen 1 170 Firmen teil - das sind über 42 Prozent der gesamten ausländischen Beteiligung. Sie belegen mehr als 33 000 Quadratmeter. Damit findet die größte Messe dieser Region nicht in Asien, sondern in Hannover statt.

Das Ausstellungsspektrum der CeBIT 2003 repräsentiert das komplette Weltmarktangebot professioneller ITK-Technologien. Besonderes Augenmerk liegt im kommenden Jahr auf der Verschmelzung der Technologien. IT und TK sind kaum noch zu trennen. Vor allem die Segmente Fotografie und Telekommunikation wachsen zusammen. Weitere Top-Themen der kommenden CeBIT sind unter anderem Breitbandkommunikation, mobile Kommunikation und drahtlose LANs, IT-Sicherheit, Speichersoftware und E-Government.

Angebotsschwerpunkte

Die Angebotsschwerpunkte der CeBIT 2003 lauten „IT Equipment & Systems“, „Telecommunications & Networks“, „Software & Services“, „HR - Human Resources, Automatic Data Capture“, „IT Security & Card Technology“, „Banking Technology & Financial Services“ sowie „future parc - business meets research and new technologies“ und „CeBIT Job & Career Market“.

Zahlreiche Gemeinschafts- und Sonderpräsentationen der CeBIT 2003 bieten in konzentrierter Form Informationen zu ausgewählten Bereichen der ITK-Branche. Die „World of Solutions“ und der „Internet-Park“ in Halle 6 stellen neue Software-Angebote vor und diskutieren die Einsatzmöglichkeiten des E-Business. Im Forum „Human Resource Competence Center (HRCC)“ in Halle 9 geht es rund um HR-Software-Lösungen und die dazugehörigen Services. Das „enac europe“ in Halle 11 gibt Software-Tipps für Kommune, Staat und Wirtschaft. Das „Network Information Center (NIC)“ in Halle 15 zeigt neue Entwicklungen und Anwendungen der Netzwerktechnik. Lösungen für die IT-Sicherheit bietet die Gemeinschaftsschau „CeHS - Centrum für InformationsSicherheit“ in Halle 17. „Equity World“, ebenfalls in Halle 17, informiert über die Beschaffung von Startkapital und Möglichkeiten der Wachstumsfinanzierung. Die Veranstaltung „BANK-FINANZ-SYSTEME“ in Halle 18 liefert Lösungen für Bank- und Finanzdienstleister. ☞

Stadtbücherei Würzburg:

„Stadtbibliothek des Jahres 2002“

Die Wahl der Stadtbücherei Würzburg zur „Stadtbibliothek des Jahres 2002“ fand bundesweite Beachtung. In der Auscheidung um den nationalen Bibliothekspreis wurde sie als beste Stadtbücherei in Deutschland ausgewählt.

Die Stadtbücherei Würzburg war als einzige der nominierten Bibliotheken von zwei voneinander unabhängigen Fachgremien vorgeschlagen worden, was bei der Prämierung auch besondere Anerkennung fand. Der hochkarätig besetzten Jury gehörten ein Mitglied der Bundesregierung, ein Mitglied der Kultusministerkonferenz, ein Vertreter der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius, ein Mitglied des Deutschen Städtetages, ein Vertreter der Bertelsmann Stiftung sowie zwei Mitglieder des Bundesvorstandes des Deutschen Bibliotheksverbands an.

Fachliche Kompetenz

In der Begründung der Jury heißt es: „Die Jury war von den beispielgebenden Leistungen, der fachlichen Kompetenz, der Benutzerfreundlichkeit und dem Service [...] tief beeindruckt.“ Hervorgehoben wurde die wegweisende Arbeit des Stadtbücherei-Teams in den unterschiedlichsten Bereichen. Ausschlaggebend waren die exzellente Kundenorientierung der Stadtbücherei, ihre medienwirksame Öffentlichkeitsarbeit, die gezielte Leseförderung, ihre Erfolge beim Einsatz neuer Technologien und die wirtschaftliche Betriebsführung.

Die Stadtbücherei - das sind

die Hauptstelle im Falkenhaus, die Zweigstellen Heidingsfeld, Heuchelhof, Versbach, Zellerau und in Lengfeld - ist insgesamt 104 Stunden in der Woche für die Bürger geöffnet; davon 45 Stunden im Falkenhaus - dort auch samstags bis 14 Uhr und donnerstags bis 19 Uhr.

Der Aufwärtstrend der Bibliothek scheint ungebrochen. Erstmals wurde im Jahr 2001 die Millionengrenze bei den Entleihungen überschritten und 2002 gab es erneut einen kräftigen Nutzungszuwachs.

Mehr als 1.250.000 Medien gingen im vergangenen Jahr über die Verbuchungstheken - 136.000 mehr als im Vorjahr; den Löwenanteil bestreitet die Hauptstelle im Falkenhaus mit fast 1,1 Millionen Entleihungen. Dort hat die Nutzung seit 1995, dem letzten Jahr vor dem Umbau, von damals 231.000 Medien um mehr als 869.000 Entleihungen zugenommen. Das bedeutet eine Steigerung um 376 % im Falkenhaus.

Bezogen auf das Gesamtsystem der Stadtbücherei hat sich die Nutzung seit 1995 weit mehr als verdoppelt - von 556.000 auf heute 1,25 Millionen Entleihungen.

Die Stadtbücherei konnte trotz der hohen Ausgangslage ihr Angebot so positiv darstellen, dass die Ausleihquote im Gesamtsystem im Jahr 2002 nochmals um fast 10 % stieg. In

der Hauptstelle im Falkenhaus beträgt der Zuwachs sogar 15 %.

Die Stadtbücherei Würzburg zählt damit zu den am meisten besuchten und am besten genutzten Stadtbibliotheken in Deutschland. Maßgeblich dafür sind die Besuche (5,5; Durchschnitt 2,5) und Entleihungen (9,7; Durchschnitt 5,5) pro Einwohner.

Der enorme Zuwachs in den letzten Jahren musste ohne Zusatzpersonal, ja sogar mit reduziertem Personalkegel, bewältigt werden.

Fast 715.000 Besucher nutzten 2002 die Stadtbücherei; allein ins Falkenhaus kamen etwa 645.000 Besucher. Etwa 2.200 Personen werden im Tagesdurchschnitt gezählt, die lesen, ausleihen, in den Regalen stöbern, im Internet surfen oder Ausstellungen und Lesungen besuchen. Die Stadtbücherei ist für viele ein überaus geschätzter Aufenthaltsort, an dem man sich in Ruhe zurückziehen, schmökern oder arbeiten kann.

Nur ein Drittel der Besucher (35 %) wohnt außerhalb; 65 % der Entleiher sind Würzburger Bürgerinnen und Bürger. Diese Relation ist in den letzten Jahren relativ stabil geblieben.

Die Stadtbücherei erzielte im vergangenen Jahr etwa 8 % mehr Einnahmen als im Vorjahr; die Einnahmen haben sich in den letzten zehn Jahren versiebenfacht. Auch die Kostendeckung konnte in den letzten Jahren erhöht werden und lag 2002 bei knapp 21 % (im Jahr 1999 waren es erst 7,9 %); ein erhebliches Über dem Durchschnitt liegendes Wert.

Die Bibliotheksleiterin wurde als eine von fünf Experten in die bundesweit tätige Managementkommission des Deutschen Bibliotheksverbandes berufen. Mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bibliothek waren gefragte Experten bei Kongressen, Fortbildungen und in Fachzeitschriften.

Die Stadtbücherei wurde von der Bertelsmann Stiftung unter vielen Bewerbern als Projektpartner für das renommierte Internationale Netzwerk Öffentli-

cher Bibliotheken ausgewählt. Weltweit können nur 15 Bibliotheken daran teilnehmen. Weitere Mitglieder sind beispielsweise die Stadtbibliotheken in Singapur, Toronto, Los Angeles oder Stockholm.

Die Recherchemöglichkeit in den Bibliothekskatalogen über das Internet erzielt große Resonanz - Verlängerung, Vorbestellung, Recherche im Medienbestand sind möglich. Die Homepage der Stadtbücherei wurde von 119.616 virtuellen Besuchern genutzt; im Vorjahr waren es erst 43.323.

Infoservice: Als erste Bibliothek in Deutschland bietet die Stadtbücherei den Info-Service an. Damit kann man sich über Neuerwerbungen zu den eigenen Interessengebieten informieren lassen, sich Mitteilungen zu vorbestellten Medien per SMS oder E-Mail zusenden lassen oder einen Newsletter abonnieren. Das Projekt wurde im Rahmen des Internationalen Bibliotheksstipendiums von der Bertelsmann Stiftung unterstützt.

Die Vermittlung des Umgangs mit den neuen Informationstechnologien ist auch weiterhin ein Arbeitsschwerpunkt.

Die Nachfrage zur Vermittlung des sinnvollen Umgangs mit den „Neuen Medien“ ist groß und die Informationsspezialisten der Stadtbücherei sind hierbei sehr gefragt. Eine Kooperation mit dem Modellprojekt PC-BINE ist angelaufen.

Über 8.000 Menschen kamen im vergangenen Jahr zu Lesungen, Aktionen, Ausstellungen und Führungen. Besonders die etwa 150 Führungen von Schulklassen sind eine wichtige Hinführung zum Buch. Daneben gibt es Klusensätze, Medienkisten, Vorleseangebote und weitere Angebote zur Leservermittlung.

Beim „Literarischen Frühling“, beim „Literarischen Herbst“ sowie bei der Jugendbuchwoche waren wieder hochkarätige Autoren zu Gast. Die Veranstaltungsreihen sind ein fester Bestandteil des Würzburger Kulturlbens und finden inzwischen auch überregional Beachtung. Die Veranstaltungen für Erwachsene waren auch wirtschaftlich erfolgreich und konnten kostendeckend durchgeführt werden.

Oberbayerischer Bibliotheksverband:

Fritz Stahl neuer Vorsitzender

Der Bibliotheksverband Oberbayern e.V. (BVO) ist ein von mehreren Kommunen gegründeter gemeinnütziger Verein zur Unterstützung von Bibliotheken. Seine 120 Mitglieder sind in der Regel die Bibliotheksleiter. Auch die Stadt Traunstein gehört seit Jahrzehnten dem Verband an - sie war diesjähriger Gastgeber einer Mitgliederversammlung, zu der zahlreiche Bürgermeister und bibliothekarische Fachpublikum nach Traunstein anreisten.

Zweck des Bibliotheksverbandes ist die direkte Förderung oberbayerischer Bibliotheken. Er berät in Fragen der praktischen Bibliotheksarbeit und übernimmt alle formalbibliothekarischen und buchtechnischen Arbeiten. Daneben fungiert der BVO als Interessensvertretung und informelles Bindeglied zwischen den einzelnen Mitgliedsbibliotheken, den überregionalen Bibliotheksverbänden und staatlichen Einrichtungen.

Wahl des Vorstandes

Wichtigster Tagesordnungspunkt war die Neuwahl des Vorstandes, da der Vorsitzende, Wasserburgs ehemaliger Bürgermeister Dr. Martin Geiger, ebenso wie sein Stellvertreter, der ehemalige Landrat Jakob Strobl, inzwischen aus ihren Ämtern ausgeschieden sind. Bei den Neuwahlen wurde Traunsteins Oberbürgermeister Fritz Stahl zum ersten

Vorsitzenden gewählt, zu seinem Stellvertreter Bad Aiblings Bürgermeister Felix Schwaller.

Internet-Fortbildungsangebote

An die Mitgliederversammlung schloss sich in der Stadtbücherei eine Fortbildungsveranstaltung an. Unter dem Thema „Fokus Kunde - Internet-Fortbildungsangebote für Bibliotheken“ stellte eine Mitarbeiterin der Fa. Ekz-Bibliotheksservice Internetangebote vor, die es Mitarbeitern in Bibliotheken ermöglicht, sich am Arbeitsplatz beruflich weiterqualifizieren und einen verbesserten Service anzubieten, ohne dass hierzu umfangreiche Schulungen und Dienstreisen erforderlich wären. Mit einer Besichtigung der Stadtbücherei und dem fachlichen Gedankenaustausch der angereisten Bibliotheksleiter endete die Traunsteiner Begegnung. DK

§ GZ Aktuelle Rechtsprechung §

Haftung gegenüber Ansprüchen der Kommune auf Müllgebühren

Vermieter haften gegenüber einer Kommune, welche die Abfallentsorgung als hoheitliche Aufgabe organisiert hat, für deren Ansprüche auf Müllgebühren, auch wenn der Mieter eines Anwesens während der Mietzeit die Entsorgungskosten selbst mit dem Entsorger abgerechnet hat. Nach Ansicht des Obergerichtes (OVG Rheinland-Pfalz in Koblenz (Az.: 12 A 10107/02) kann das Risiko des Wegfalls der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Mieters nicht ohne weiteres auf die Allgemeinheit überwälzt werden.

Im konkreten Fall wurde ein Haus vermietet und der Mieter verpflichtete sich, sämtliche Ver- und Entsorgungslasten direkt mit den zuständigen kommunalen Unternehmen abzurechnen. Der Mieter geriet in Vermögensverfall, konnte nicht mehr zahlen und die Kommune wollte die Müllgebühren beim Vermieter eintreiben. Der argumentierte, er habe nichts mit dem Mieter zu tun und bleibe ohnedies schon auf Mietrückständen sitzen. Nach Ansicht des OVG ist der Vermieter, sprich Eigentümer, aber nachrangiger Kostenschuldner, der für anfallende Gebühren auf seinem Grundstück gerade zu stehen habe.

Risiko des Rückgriffs durch Entsorger

Denkt man an die Interessenslage des Vermieters, scheint das Urteil zunächst unbillig. Richtigerweise wird man aber zugestehen müssen, dass im Normalfall der Eigentümer Kostenschuldner für öffentlich-rechtliche Gebühren auf seinem Grundstück auch im Falle der Vermietung bleibt und diese dem Mieter als Nebenkosten in Rechnung stellt. Er kann sich dann für den Insolvenzfall durch Nebenkostenvorauszahlungen oder die Kautionsicherung. Wenn sich ein Vermieter die Arbeit nicht machen will und diese auf den Mieter überträgt, bleibt ihm das Risiko des Rückgriffs durch den Entsorger. Insofern ist das Urteil auch ein Riegel gegen missbräuchliche Gestaltungen zu Lasten der Allgemeinheit. mpa

Befangenheit eines Ratsmitgliedes im Bebauungsplanverfahren

Nach dem Kommunalrecht verbietet sich die Mitwirkung eines Gemeinderats an einer Entscheidung, die ihm oder nahen Angehörigen Vorteile bringt.

Bei dieser Ausgangslage hat sich Obergericht Saarland im Urteil vom 30.8.2001 - 2 N 1/00 - mit einem Sachverhalt befasst, wo es um einen Bebauungsplan ging. Ein Ratsmitglied hatte sich am Planaufstellungsbeschluss sowie in zwei nachfolgenden Gemeinderatssitzungen betätigt, in denen über die Behandlung der von den Trägern öffentlicher Belange sowie von Bürgern vorgebrachten Anregungen und Bedenken beraten und entschieden wurde.

Jedoch hatte das Ratsmitglied als „Betreuer“ seines Schwiegervaters vorher an dem Verkauf von im Plangebiet gelegenen Grundstücken mitgewirkt. Weiter hatte die Schwester des Ratsmitgliedes in der gleichen Zeit ihr gehörende Grundstücke an einen Erwerber verkauft, der die Planung verhindern wollte.

„Angehörige“ im Sinne des Gemeinderechts

Sowohl bei dem Schwiegervater als auch bei der Schwester des Ratsmitgliedes handelte es sich um „Angehörige“ im Sinne des Gemeinderechts. Da das Kommunalrecht die Zielsetzung hat, bei der Mandatsausübung entstehende Interessenkonflikte auszuschließen, die auf einer persönlichen oder sachlichen Beziehung zum Beratungsgegenstand und zur Beschlussfassung beruhen, soll das Vertrauen der Bürger in eine saubere Kommunalverwaltung erhalten und gestärkt werden.

Deshalb ist die Möglichkeit eines unmittelbaren Vorteils oder Nachteils dann anzunehmen, wenn ein ehrenamtlich Tätiger oder eine ihm nahe stehende Person in Bezug auf den Beratungs- oder Entscheidungsgegenstand ein Sonderinteresse hat, das durch die Beratung oder Beschlussfassung direkt berührt und zu einer Interessenkollision führen kann, die die Besorgnis rechtfertigt, der ehrenamtlich Tätige werde nicht zum Wohle

der Allgemeinheit handeln. Insofern geht es bereits darum, den „bösen Schein“ zu vermeiden. Ob ein solcher Sachverhalt gegeben ist, muss aufgrund einer wertenden Betrachtung des Einzelfalles nach Maßgabe eines objektiven Dritten beurteilt werden, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass eine das Verfahren zur Aufstellung von Bauleitplänen geradezu blockierende Handhabung der Befangenheitsvorschriften gegen das Bundesrecht verstoßen würde.

So besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass ein Gemeinderatsmitglied von der Mitwirkung an einem Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplans ausgeschlossen ist, wenn er selbst eine oder eine ihm nahe stehende Person Eigentümer von Grundstücken im künftigen Plangebiet ist. In dem konkreten Fall bestand nun eine Beziehung des Gemeinderatsmitglieds zu innerhalb des Plangebiets gelegenen, mittlerweile aber verkauften Grundstücken in dreifacher Hinsicht. Zum ersten war Eigentümer eines Grundstücks bis zur Übertragung auf den Dritten der Schwiegervater; zum anderen war das Ratsmitglied bei dem Grundstücksgeschäft als Betreuer und damit als Vertreter seines Schwiegervaters aufgetreten. Zum dritten hatte auch die Schwester des Ratsmitglieds in der fraglichen Zeit ein innerhalb des Plangebiets gelegenes Grundstück veräußert.

Jedoch waren die Grundstücksgeschäfte zustande gekommen, als der Betreffende noch nicht Ratsmitglied war. Mithin war ein unmittelbarer Vorteil oder Nachteil des Schwiegervaters oder der Schwester des Ratsmitglieds nicht erkennbar.

Unter diesen Umständen konnte die Unbefangenheit des Ratsmitgliedes nicht zweifelhaft sein; er durfte an dem Bebauungsplanverfahren mitwirken. Dr. O.

Leitmesse I.H.M. wird 2003 noch attraktiver

Gestraftes Rahmenprogramm, Fachvorträge und Preisverleihungen werden besuchergerecht angeboten

Sehr hoch hat die Gesellschaft für Handwerksmessen ihre Ziele für die I.H.M. 2003 in München gesteckt: Die Leitmesse des Handwerks und des Mittelstands soll die über 200.000 erwarteten Fach- und Privatbesucher während der siebentägigen Messedauer vom 13. bis 19. März 2003 „fit for business“ machen und ihnen einen optimalen Informationsnutzen bieten. Aus diesem Grunde ist das Messeangebot der I.H.M. wieder klar und übersichtlich in die Bereiche Business und Lifestyle gegliedert. Beide Bereiche ergänzen sich gegenseitig.

Der Business-Bereich unterstützt mittelständische Betriebe und Führungskräfte bei ihren betrieblichen Ausrüstungs- und Investitionsentscheidungen. Sie finden dort Angebote und Ideen zu den Themen Produktion und Material, Logistik und Dienstleistungen, Management und Büro, aber auch zahlreiche Anregungen für Existenzgründungen, Betriebsweiterstellungen und -erneuerungen. Vorgestellt werden neue Maschinen und Ladeneinrichtungen, Zubehör für das Fleischer- und Bäckerhandwerk, Informations- und Kommunikationstechniken, Büroausstattungen sowie behindertengerechte Arbeitsplatzeinrichtungen. Das Neueste zum Thema Investitions- und Ausrü-

stungsbedarf für die Metallbearbeitung, Metallverarbeitung und Schweißtechnik wird ebenfalls hier angeboten. Stärker als im Vorjahr sind Sicherheitstechnik, Arbeitsschutz, Umwelt- und Solartechnik vertreten. Die Angebotspalette im Businessbereich, der den Bedarf von über neunzig Handwerksberufen widerspiegelt, wäre jedoch ohne Lagertechnik, Werkstatteinrichtungen und -bedarf oder Investitions- und Ausrüstungsbedarf für die Holz- und Kunststoffbearbeitung, Befestigungstechnik, Elektrowerkzeuge und Baumaschinen unvollständig. Um die Besucher des Business-Bereichs „fit for Business“ zu machen, wird parallel zum Messeangebot ein gleichlautendes

I.H.M.-Forum mit Fachvorträgen angeboten. Darin gibt es u. a. neue Marktpotenziale im IT-Bereich, neue Marketingideen und neue Möglichkeiten der Finanzbeschaffung.

Lifestyle

Wieder einen hohen Stellenwert auf der kommenden I.H.M. wird der Lifestyle-Bereich einnehmen. Er bietet Kunsthandwerk, Schmuck und Design, Gestaltungsideen für Gärten und Wellness, Bau und Ausbau. Wer hier als Fachbesucher oder als Privatmann fachlich beraten werden will und Hochwertiges einkaufen möchte, ist im Lifestyle-Bereich der I.H.M. an der richtigen Stelle. In insgesamt fünf Hallen wird die „Welt des Wohnens“

(Wohnvisionen, klassisches Wohnen, Landhaus und Musikinstrumente), „Wohnen nach Maß“ (Ausbau, Küche und Bad), „Kunsthandwerk und Schmuck“ und „Die Welt zu Gast“ präsentiert. Ausländische Gemeinschaftsbeteiligungen und zahlreiche Einzelaussteller aus dem Ausland verleihen besonders dem Lifestyle-Bereich viel internationales Flair.

Das vielschichtige und breite Angebot der I.H.M. 2003 wird durch rund fünfzehn Sonder- und Leistungsschauen ergänzt. Das Spektrum reicht von der gläsernen Backstube und Wurstküche über Kfz-Sonderschauen und dem Ausstellerforum bei der Sonderschau „IT + Internet live“ bis hin zu kunsthandwerklichen Leistungsschauen, wie denen zum Thema Schmuck und Talente.

Um einerseits die Kreativität des Handwerks und der mittelständischen Wirtschaft unter Beweis zu stellen, andererseits aber auch die Rolle der I.H.M. als Motivationsinstrument zu nutzen, werden auf der kommenden Veranstaltung wieder wichtige, hoch dotierte Preise verliehen. ☞

Oberbayerischer Kulturpreis 2003 für zwei Theatermänner

Prof. Hellmuth Matiasek, Präsident der Bayerischen Theaterakademie, und der Regisseur, Schauspieler und Autor Imo Moszkowicz erhalten den Oberbayerischen Kulturpreis 2003. Die höchste Auszeichnung des Bezirks Oberbayern auf kulturellem Gebiet ist mit je 5.200 Euro dotiert.

Mit Hellmuth Matiasek und Imo Moszkowicz werden zwei Persönlichkeiten ausgezeichnet, die sich besonders um die oberbayerische Theaterszene verdient gemacht haben.

Hellmuth Matiasek

Prof. Hellmuth Matiasek, der seit dem Jahr 2000 die Bayerische Theaterakademie August Everding leitet, wurde 1931 in Wien geboren. Anschließend an sein Studium am Max-Reinhardt-Seminar und an der Universität Wien war er Intendant am Landestheater Salzburg und am Theater Braunschweig und ging dann als Direktor der Otto-Falckenberg-Schule nach München. Nach einem Intermezzo als Generalintendant in Wuppertal kehrte er nach München zurück, wo er von 1983 bis 1996 als Intendant des Gärtnerplatz-Theater leitete. Mit zahlreichen Inszenierungen im In- und Ausland machte sich Matiasek weit über die Grenzen Deutschlands hinaus einen Namen. Seit dem Sommer 1998 widmet er sich den Carl-Orff-Festspielen im Kloster Andechs

als künstlerischer Leiter des Konzertprogramms und der Festspiele.

Imo Moszkowicz

Der Schauspieler und Regisseur Imo Moszkowicz wurde unter anderem als Leiter der Kreuzgangspiele in Feuchtwangen bekannt. 1925 in Ahlen geboren, wurde er 1942 mit der Familie nach Auschwitz verschleppt, wo seine Mutter und die sechs Geschwister ermordet wurden. Seine Bühnenkarriere begann 1945 bei der Jungen Bühne Warendorf, anschließend kam er als Regieassistent zu Gustav Gründgens und Fritz Kortner. Moszkowicz inszenierte über hundert Aufführungen an bedeutenden Theatern im deutschsprachigen Raum, außerdem in Santiago de Chile, Sao Paolo und Tel Aviv. Mehr als 200 Fernsehfilme entstanden unter seiner Regie. Imo Moszkowicz lebt seit über 30 Jahren in Ottobrunn, wo er vor einigen Jahren das „Podium des Wortes“ gründete, das mit Schauspielern aus Bayern Lesungen veranstaltet. ☞

samt Kelheim integriert werden, auf die dann die kreisangehörigen Gemeinden via Kommunales Behördennetz Zugriff haben.

Besonderes Merkmal von w³GIS ist, dass es sich bei dem Verfahren um eine vom Auskunftsarbeitsplatz bis hin zum Expertenarbeitsplatz durchgängige WEB-Lösung handelt. So können lokale Daten, z. B. Kanalhaltungsdaten, die in der Gemeinde vorliegen, über das w³GEOportal mit Daten (z. B. Überschwemmungsgebiete) vom Geodatenserver am Landratsamt beliebig überlagert werden.

Blick in die Zukunft

Langfristig werden auch die Bürger auf den Webseiten des Landkreises Digitale Karten und Informationen z. B. über freie Bauplätze oder Gewerbegebiete mit entsprechenden baulichen Festsetzungen, deren Erschließung und Verkehrsanbindung (ÖPNV) etc. abrufen können.

Mit diesen neuen internetfähigen Anwendungsverfahren ist

ein erster Schritt hin zur praktischen Einführung von eGovernment im Bauamt getan worden. Ein weiterer Ausbau, der die kommunale Ebene der Kommunikation sinnvoll ergänzt, ist geplant. Dann sollen sich auch die Behörden des Freistaates, die in das Genehmigungsverfahren einzubeziehen sind, über Internet mit dem Kreisbauamt austauschen.

Problemlose Auskunft

Ganz besonders wichtig im Projekt ist, dass auch die heimischen Architekten und Bauingenieure künftig ihre Anträge online einreichen und Auskünfte einholen können. Und der dazu berechtigte Bürger selbst kann dann vom heimischen PC über die Internetseiten des Landratsamts jederzeit Einblick in den Sachstand seines Vorhabens nehmen. Hierfür sind jedoch noch entsprechende rechtliche Vorgaben und Regelungen von Nöten, um auf einem einheitlichen Standard zu operieren und größtmögliche Sicherheit zu garantieren. ☞

Regionale Produkte aus dem Landkreis Eichstätt:

Neue Datenbank im Internet

Regionale Produkte aus dem Landkreis können ab sofort auch direkt im Internet gefunden werden. Unter der Adresse www.landkreis-eichstaett.de kann die Datenbank für regionale Produkte aufgerufen werden.

Bei der Zusammenstellung attraktiver regionaler Produkte ging es in erster Linie um Produkte mit speziellem Bezug zum Landkreis. In dieser Datenbank können die Bürger sich einfach und schnell informieren, welche Produkte in der Region produziert werden und wo diese bezogen werden können. 71 Firmen aus dem Landkreis stellen ihre regionale Produktpalette in dieser Datenbank vor.

Dabei ist von „A“ wie Ammonitenschmuck bis „Z“ wie Zinngießerei fast alles vertreten. Die Datenbank kann dabei nach Produkten, Orten oder Anbietern durchsucht werden und liefert schnell die entsprechenden Angebote mit Firmennamen, Anschrift, Telefonnummer, Faxnummer und der E-mail-Adresse einschließlich der Öffnungszeiten.

In der Datenbank sind viele verschiedene Branchen vertreten. Wichtig waren natürlich die Landwirte aus dem Landkreis, die sich mit ihren individuellen

Landwirtschaftsprodukten vorstellen. Daneben sind beispielsweise auch Hofläden mit ökologischem Landbau und kontrollierter Erzeugung eine gute Adresse für Qualitätsprodukte. Interessante Angebote für den Endverbraucher bieten die verschiedenen Werksverkäufe mit z. B. hochwertiger Damenmode, Schuhen oder Berufs- und Freizeitkleidung. Auch dem Handwerk wurde ein breiter Raum eingeräumt.

So können die Bürger u. a. aus folgenden Branchen auswählen: Goldschmied, Ziegelei, Hausbau, Sägewerk, Metallverarbeitung, Schreinerei, Schnitzerei, Zimmerei, Zinngießerei, Stein- und Schotterwerk, Brauerei, Fleischerfachgeschäft, Imkerei und Back-Service.

Anbieter regionaler Produkte finden die Voraussetzung für einen kostenlosen Eintrag auf den Internetseiten bzw. erhalten unter Tel. 08421/70-259 weitere Auskünfte. **DK**

Digitales Bauamt im Landkreis Kelheim

Das Landratsamt Kelheim ist erfolgreich dabei, die Bearbeitung von Baugenehmigungs- und anderen bauaufsichtlichen Verfahren auf eine neue Qualität der digitalen Bearbeitung umzustellen. Nachdem im Bauamt des niederbayerischen Kreises bereits seit knapp drei Jahren das Baugenehmigungsverfahren OTS BAU der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung (AKDB) im Einsatz ist, werden seit diesem Jahr weitere Software-Komponenten eingesetzt, mit denen eine ämterübergreifende Vorgangsbearbeitung im Kommunalen Behördennetz möglich wird.

Auch in den Kreisgemeinden wurden neue DV-Verfahren der AKDB eingeführt, um medienbruchfrei mit dem Landratsamt zu kommunizieren.

Nach Einreichung eines Antrags bei der zuständigen Gemeinde werden die Daten dort in dem Fachverfahren TERAwin BAN erfasst und geprüft. Danach erfolgt die Weitergabe der Antragsdaten auf elektronischem Weg an das Landratsamt zur Genehmigung des betreffenden Vorhabens. Mit einem speziellen Einleseprogramm werden die Daten im Landratsamt in den dortigen Datenbestand integriert und schließlich wie bisher - im Anwendungsverfahren OTS BAU weiter bearbeitet. Der Vorteil dieser Verbundlösung auf Kreisebene liegt darin, dass Daten nur einmal digitalisiert werden. Somit wird ein Arbeitsgang eingespart und Fehlerquellen werden verringert. Außerdem gelangen die Daten schneller als bisher in das Kreisbauamt - nämlich auf Knopfdruck.

Recherchemöglichkeiten

Die Gemeinden haben während der gesamten Bearbeitungszeit mit Hilfe eines internetfähigen Software-Moduls die Möglichkeit, den aktuellen Sachstand der Vorgangsbearbeitung im Landratsamt einzusehen. Hieraus ergibt sich ein neuer Service der Gemeindeverwaltungen für die Bauherren, die sich direkt bei ihrer Gemeinde entsprechende Auskünfte einholen können. Ähnliche Recherchemöglichkeiten im Rahmen des Kommunalen Behördennetzes stehen den Mitarbeitern des Kreisbauamtes zur Verfügung. Da die Informationen in Sekunden abrufbar sind, entsteht auch hier ein Zeitgewinn

bei den umfangreichen Prüfungsabläufen.

Eine weitere Programmfunktion ermöglicht es auch den anzuordnenden Fachstellen innerhalb des Landratsamts, ihre Stellungnahmen zu den Vorhaben in elektronischer Form sofort über das Netz an das Bauamt zu geben. Auch hier wird das Papier nach und nach verdrängt. Dadurch erfolgt eine Beschleunigung des gesamten Verfahrens. Ziel ist es, dem Bürger noch schneller als bisher seine Genehmigungen erteilen zu können.

Neben der Einführung der neuen Bauantrags- und Baugenehmigungssoftware TERAwin BAN bzw. OTS BAUweb wurde auch ein landkreisweites Geographisches Informationssystem installiert. In dem Verfahren w³GIS stehen nun sowohl den Mitarbeitern in den kreisangehörigen Gemeinden und Zweckverbänden als auch dem Landratsamt umfassende digitale Karten und orthographische Fotos zur Verfügung. Schnittstellen zwischen den Verfahren sorgen für einen schnellen und bequemen Wechsel zwischen der Bausoftware und dem GIS.

Einsatzfelder

Zum Einsatz kommen neben der flächendeckenden Digitalen Flurkarte (DFK vom Vermessungsamt) die unterschiedlichsten Topographischen Karten TK 25 bis UEK 500 sowie Thematischen Karten (Satellitenbilder, Umweltkarten, Wasserschutz- und Naturschutzgebiete, Raumordnungskataster, Bauleitpläne inkl. Festsetzungen etc.). Nach und nach sollen auch die ca. 1.200 analogen Bebauungspläne in den zentralen Geodatenserver am Landrat-

Edmund Stoiber beim Neujahrsempfang der schwäbischen Wirtschaft:

Plädoyer für „mehr Luft zum Atmen“

Augsburg (jdt). Eine Politik, die dem Mittelstand und dem selbstständigen Unternehmer „wieder mehr Luft zum Atmen lässt“, forderte der Bayerische Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber beim Neujahrsempfang der schwäbischen Wirtschaft, zu dem die IHK für Augsburg und Schwaben eingeladen hatte. Mit der Kritik an der rot-grünen Bundesregierung, die zu verantworten habe, dass Deutschland zu einem „Sanierungsfall“ geworden sei, verband Stoiber den Aufruf zu einer grundsätzlichen Richtungsänderung der deutschen Wirtschaftspolitik. Es bedürfe wieder einer klaren ordnungspolitischen Handschrift, „die unternehmerische Tatkraft fördert statt bremst, die Mut zu Investitionen macht und die Leistung belohnt“.

Von der Industrie- und Handelskammer für Augsburg und Schwaben wurde der Neujahrsempfang mit der Einweihung ihres neuen Veranstaltungszentrums mit Service-Center verbunden. Neubau und Umbau erforderten einen Aufwand von rund 13,7 Millionen Euro.

Zahlreiche Ehrengäste

Unter den rund 650 Ehrengästen konnte IHK-Präsidentin Hannelore Leimer neben dem

Ministerpräsidenten die beiden schwäbischen Kabinettsmitglieder, Landwirtschaftsminister Josef Müller und Sozialstaatssekretär Georg Schmid, Regierungspräsident Ludwig Schmid, Bezirkspräsident Dr. Georg Sinnacher, Weihbischof Dr. Anton Losinger, den Augsburger Oberbürgermeister Paul Wengert, Handwerkskammer-Präsidenten Manfred Rudel und weitere Repräsentanten des öffentlichen Lebens begrüßen. Von einem „besonderen Zei-

chen nach Außen“ sprach Präsidentin Leimer im Zusammenhang mit der von beiden Vollversammlungen beschlossenen Fusion mit der bisher selbstständigen IHK Lindau ab 1. Januar 2004 zu einer gemeinsamen „IHK Schwaben“. Diese Zusammenführung habe „Signalwirkung über Schwaben und Bayern hinaus“. Die schwäbische Wirtschaft werde hiermit „noch schlagkräftiger“. Dieser mutige Schritt sei eine klare Wegweisung auch angesichts des Tatbestandes, dass es in Deutschland noch über 80 Industrie- und Handelskammern gebe. Die Handwerksorganisation komme bundesweit nur mit 55 Kammern aus.

Jungbrunnen

Dem Gruß an den Lindauer Präsidenten-Kollegen Peter Kürn fügte die Rednerin einen Dank für die gemeinsame Arbeit an. Dem Erweiterungsbau der IHK an der Stettenstraße 1 + 3 in Augsburg komme im Übrigen als Ort der Weiterbildung die Rolle eines „Jungbrunnens für die schwäbische Wissensgesellschaft“ zu. Mit dem Zusammengehen mit Lindau vertrete die künftige IHK als schwäbischer Wirtschaftsdienstleister Nr. 1 nahezu 100.000 Unternehmen im Regierungsbezirk. Dies werde die zweitgrößte IHK in Bayern.

Chaotischer Start

Dankesworte für aktive Unterstützung der Aktivitäten der IHK galten Ministerpräsident Stoiber und Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu. Der Bundesregierung bescheinigte Hannelore Leimer einen „chaotischen Start“. Der notwendige innere Ruck sei leider ausgeblieben und die schlimmsten Befürchtungen hätten sich bewahrheitet: „Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sind noch viel schlechter und besorgniserregender geworden“.

Ministerpräsident Stoiber, von Präsidentin Leimer als „Vordenker und kraftvoller Lenker unseres Landes“ willkommen geheißen, beglück-

wünschte die IHK zum Neubau und auch zur kommenden Fusion mit der IHK Lindau. Besondere Anerkennung sagte der Kabinettschef der Präsidentin Leimer zu ihrer großen Tatkraft mit Charme, registrierend, dass die schwäbische Kammer als einzige in Deutschland eine Frau an ihrer Spitze habe. Der Dank wurde ausgedehnt auf die Qualität der Arbeit bei der IHK in Schwaben und auf das vielfältige tausendfache ehrenamtliche Engagement der Mitglieder.

Regionalkonferenz

Der im April vorgesehenen Regionalkonferenz mit dem bayerischen Wirtschaftsministerium räumte Stoiber spezielle Bedeutung ein. Dabei werde man ausloten, was notwendig werde, um Schwaben weiter nach vorne zu bringen. Den schwäbischen Kabinettsmitgliedern Müller und Schmid bestätigte der Ministerpräsident, sie seien in der Staatsregierung mit großer Vehemenz im Einsatz für den Regierungsbezirk.

Strukturwandel bewältigt

Schwaben wurde von Stoiber ein leistungsfähiger Standort genannt mit starken Entwicklungspotentialen, ein Zugpferd und eine starke Säule der Wirtschaftsentwicklung in Bayern. Ein Kompliment galt der Bewältigung des tief greifenden Strukturwandels in der einst so bedeutsamen Textilbranche im Raum Augsburg, mit früher rund 20 000 und heute nur noch 800 Beschäftigten. Jetzt hätten Augsburg und Schwaben wieder eine vergleichsweise gute Beschäftigungslage. Die Arbeitslosenquote liege mit 6,1 Prozent deutlich unter dem Landesdurchschnitt (6,7 Prozent). Und in der Lehrstellenbilanz könne sich Schwaben ebenfalls sehen lassen. Ende des Ausbildungsjahres im September 2002 habe es 239 nicht vermittelte Bewerber und 687 unbesetzte Stellen gegeben.

Ausbau der A 8

Ungeachtet des negativen Soges der rot-grünen Politik hätten Schwaben und Augsburg, so Stoiber, gute Voraussetzungen, die gegenwärtige Konjunkturkrise besser zu überstehen als andere. Nötig seien ein „schlüssiges Standortmarketing“, die schon angelaufene Zusammenarbeit mit den angrenzenden württembergischen Regionen und eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Stoiber dazu: „Dazu gehört vor allem die völlig überlastete Autobahn A 8, die wichtigste Straßenverbindung der Region nach München. Wir bemühen uns darum, den Ausbau dieser Autobahn schneller voranzubringen. Unser Ziel ist es, nach wie vor die A 8 noch in diesem Jahrzehnt von München bis Ulm durchgehend sechsspurig befahrbar zu machen“. Das werde aber wohl nur mit einem privaten Betreibermodell mit Mitteln aus der geplanten Lkw-Maut möglich sein.

Zu den Schwerpunkten der Zukunftsentwicklung rechnete der Ministerpräsident u.a. den Ausbau des Flugplatzes Augsburg, das Kompetenzzentrum Umwelt Augsburg-Schwaben die Bahn-Ausbaustrecke Neu-Ulm - Augsburg - München und das Anwenderzentrum für Material- und Umweltforschung Augsburg. Der Mittelstand bedürfe einer gezielten Förderung, Fortschritte werde es geben mit der „Bayerischen Mittelstandsoffensive“, die ein positives Gegenmodell bilde zur „Wiesbader Erklärung“ des Bundeswirtschaftsministers, was in seinen Auswirkungen „geradezu lächerlich“ sei.

Bayerischer Untermain:

Modellregion für Flächensparen

Die Bemühungen der Verantwortlichen in der Region Bayerischer Untermain beim sparsamen Umgang mit Flächenverbrauch erfährt eine besondere Unterstützung. Das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen hat die Region in Absprache mit dem Vorsitzenden des Regionalen Planungsverbandes, dem Aschaffener Landrat Dr. Ulrich Reuter, als eine von zwei bayerischen Modellregionen ausgewählt. In den kommenden Monaten sollen Wege für ein regionales Flächenressourcen-Management untersucht werden.

Als zweite Modellregion neben dem Bayerischen Untermain ist der Raum Augsburg vorgesehen. Die Ergebnisse aus beiden Regionen sollen dann in eine bayernweite Empfehlung zum Flächensparen auf regionaler Ebene einmünden. Mit dieser Initiative will die Bayerische Staatsregierung das bereits vorhandene Kommunale Flächenressourcen-Management ergänzen.

Der Bayerische Untermain sei als Modellregion deshalb besonders interessant, weil hier aufgrund der räumlichen Gegebenheiten bereits ein hohes Bewusstsein für einen sparsamen Flächenverbrauch vorhanden sei und dieses Ziel im Rahmen des Regionalmarketings bereits angegangen wurde, betonte Ministerialrätin Christina von Seckendorff vom Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen. Zudem handle es sich um einen der wenigen Räume in Bayern mit anhaltendem Bevölkerungswachstum - und dies bei zunehmend geringer werdenden Außenentwicklungsmöglichkeiten der Gemeinden.

An einem Strang

In einem ersten Workshop im Landratsamt Aschaffenburg, bei dem die Spitze des Regionalen Planungsverbandes mit den Landräten Dr. Ulrich Reuter, Aschaffenburg und Roland Schwing, Miltenberg, sowie den Bürgermeistern Walter Scharwies, Alzenau, und Michael Berninger, Erlenbach, wie auch die Regierung von Unterfranken und das Planungsamt der Stadt Aschaffenburg vertreten waren, bestand Einigkeit, flächenschonende Konzepte nur gemeinsam mit den Gemeinden zu erarbeiten.

Nachdem ohnehin bereits ein Großteil der Regionsflächen durch die bestehenden landwirtschaftlichen Schutzbestimmungen einer Nutzung als Siedlungsflächen entzogen sind, so ein Ergebnis des Workshops, ist eine Verschärfung von Regionalplänen nicht der richtige Weg. Vielmehr sollten den Gemeinden Hilfestellungen angeboten werden für einen sparsamen und effektiven Flächenverbrauch. Beratung und Kooperation sowie eine gemeinsame Datenbasis sollten deshalb im Vordergrund von

regionalen Initiativen stehen.

Mit diesen grundsätzlichen Vorgaben aus der Region wird das vom Ministerium beauftragte Institut Lars-Consult aus München in den nächsten Wochen eine Studie für eine regionale Umsetzung erarbeiten. Diese soll im Frühjahr der Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbandes vorgestellt werden.

Falls die Region Bayerischer Untermain sich dann entscheidet, die Vorschläge aus der Studie aufzugreifen, hat sie im Rahmen des Modellprojektes gute Aussichten auf fachliche und finanzielle Unterstützung durch den Freistaat. **DK**

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Peter Müller

Jens Korn (KPV)

Lutz Roßmann (Landtag)

Brigitte Scherible (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 37 vom 01.01.2003

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Kulturpolitischer Arbeitskreis der CSU München Land:

„Kunst im Landkreis“

Zum zweiten Mal engagiert sich der Kulturpolitische Arbeitskreis der CSU im Landkreis München mit einer Kunstausstellung.

Im Kallmann-Museum in Ismaning, diesem lebendigen, kulturellen Zentrum im Landkreis München, eröffnet am 14. Februar (bis 16. März) die neue Ausstellungsreihe 2003 „Kunst im Landkreis“ mit modernen Malern und Bildhauern, dem „Künstler-Oktett“ Dietrich Bartscht, Andreas Bindl, Lothar Fischer, Helmut Pfeuffer, Heike Pillemann, Walter Raum, Helmut Sturm und Walter Tafelmaier.

Die künstlerische Beratung haben Frau Prof. Dr. Carla Schulz-Hoffmann, Bayerische Staatsgemäldesammlungen, sowie Prof. Dr. Andreas Kühne und Prof. Rudi Tröger übernommen. Schirmherr dieser exzellenten Ausstellung ist Landrat Heiner Janik.

Für den Arbeitskreis bedeutet das kulturelle Engagement dem Selbstverständnis der CSU nach, sich mit aktuellen, künstlerischen Strömungen der Kul-

tur auseinanderzusetzen und neue Entwicklungen voranzubringen - in der Gesellschaft wie in der Kunst - sozusagen als gleichwertige Facette der politischen Kultur unserer Gegenwart. Ziel des Arbeitskreises, so die 1. Vorsitzende Ursula Kober, ist ferner, ganz unterschiedliche kulturelle Veranstaltungen im Landkreis München zu fördern. Dazu gehören Präsentationen herausragender Arbeiten der Leistungskurse Kunst, zudem Ausflüge, um die Heimat und bayerische Kultur kennen zu lernen, und Lehrern Führungen in der Pinakothek der Moderne anzubieten.

Termine: Kunstausstellung „Kunst im Landkreis“ vom 14. Februar bis 16. März 2003 im Kallmann-Museum, Ismaning; im Mai 2003 ist die Ausstellung im Landratsamt München und im September 2003 im Bürgerhaus in Pullach/Isartal zu sehen.

Tourismuswerbung auf neuen Wegen:

Mit dem Radiomobil auf Deutschlandtour

Neue Wege in der touristischen Werbung „fährt“ im wahrsten Sinn des Wortes das Passauer Land. Landrat Hanns Dorfner hat das Radiomobil der Öffentlichkeit vorgestellt. Ein BMW X5 wird ab Februar 2003 als Werbeträger in Deutschland unterwegs sein. Das Fahrzeug ist dabei technisch zu einem mobilen Rundfunkstudio umgebaut und verfügt darüber hinaus über Stellflächen für die Präsentation von Werbematerial und Technik für die Moderation zum Publikum.

So ausgerüstet macht sich das Radiomobil auf Reisen, um in hoch frequentierten Einkaufszentren oder bei Kaufhäusern Stellung zu beziehen und kräftig für das Passauer Land zu werben.

Die Besonderheit an dieser Tour ist jedoch die Kooperation mit verschiedenen Firmen, die das Radiomobil als Attraktion ankündigen und durch Quiz und Verlosungen zusätzlich Publikum anziehen. Die Übertragungstechnik macht es dabei möglich, dass die örtlichen Radiosender auf Sendung gehen können und nicht nur über das Passauer Land berichten, sondern auch über die Anwesenheit des Wagens, der die Logos und Werbeaufschriften des Urlaubsgebietes trägt.

Diesen neuen Weg zum Kunden, also zum zukünftigen Gast, hat in der Vergangenheit in dieser speziellen Form noch kein Urlaubsgebiet beschränkt. Bisher war der Kontakt zum Gast nur über Freizeitausstellungen möglich. Solche finden allerdings nur in wenigen Großstädten

Deutschlands statt. Insbesondere die Bewerbung in den neuen Bundesländern soll zudem das Ziel dieser Werbetouren sein. Wichtig ist dem Tourismusverband dabei, dass das Passauer Land nicht wartet bis ein Gast kommt, sondern sich in den Quellgebieten der möglichen Urlauber und Kurgäste vorstellt.

Auch die Tourist-Informationen des Passauer Landes nutzen diese einmalige Gelegenheit, um sich an der Bewerbung in den einzelnen Quellgebieten der künftigen Gäste zu beteiligen.

Erfreulicherweise ist das Interesse der überregionalen Medien schon jetzt erkennbar groß. So haben die westfälischen Lokalsender aus Herne, Bochum, Wattenscheid, Essen und Duisburg, sowie in Baden Württemberg die Sender von Karlsruhe, Baden-Baden und Stuttgart, bereits Termine zur Berichterstattung im Programm.

Neugierig gemacht hat aber auch die Passau-Card als elektronische Gästekarte. Die bisherige Einmaligkeit dieses Produktes mit den Funktionen einer Kurkarte, mit freiem Eintritt zu rund 80 Freizeitattraktionen und sozusagen als besondere „Dreingabe“ auch mit dem gesamten öffentlichen Nahverkehr von Bahn und Bus, ist den Medien eine ausführliche Berichterstattung wert.

Nach wie vor ist dieses dem Gast dienende Produkt Pilotprojekt in Deutschland. Im Ausland gibt es die Karte mit den gleichen Funktionen seit kurzem auch in Südtirol und in den Niederlanden.

Rosenheimer Stadt-Umland-Gespräch:

Kooperation statt Konkurrenz

Wie der drohenden Verödung der Innenstädte begegnet werden kann

Der Siegeszug der Verbrauchergroßmärkte vor den Toren der Städte und das damit einhergehende Sterben der traditionellen Geschäfte in den Innenstädten ist mittlerweile ein ernstes Problem: Die Innenstädte drohen zu veröden. So nahm es nicht Wunder, dass das zweite Rosenheimer Stadt-Umland-Gespräch zum Thema „Stadtnahe Einzelhandelszentren und ihre Auswirkungen auf die Innenstädte“ im Kultur- und Kongresszentrum der Stadt bei Kommunalpolitikern, Behörden- und Verbandsvertretern sowie Wissenschaftlern regen Zuspruch fand.

Das Thema hatte wohl nicht zuletzt auch deshalb viele Kommunalpolitiker aus der Region angelockt, weil nach dem Muster der „Regensburg Arcaden“ nach den Planungen der Essener Firma „Management für Immobilien“ -Mfl- auch in Nähe des Rosenheimer Bahnhofes ein rund 18.000 qm großes Einkaufszentrum, die „Rosenheim Arcaden“ entstehen soll. Doch scheint derzeit eine Mehrheit für ein solch groß dimensioniertes Vorhaben im Rosenheimer Stadtrat mehr als fraglich.

„Rosenheim Arcaden“ nach Regensburger Vorbild?

Nach den Erfahrungen anderer Städte, wie zum Beispiel Bayreuth oder Regensburg, mit Einzelhandelsgroßprojekten und ihren Auswirkungen auf die Läden und Geschäfte in den Stadtkernen, wollen die Vertreter der Stadt ihre Entscheidung sehr sorgfältig prüfen und abwägen.

Beispiel Bayreuth

Einen wichtigen Beitrag zur weiteren Diskussion steuerte Professor Dr. Rolf Monheim von der Universität Bayreuth bei. Monheim hatte den Bau eines stadtnahen Einkaufszentrums in Bayreuth und seine Folgen für den Einzelhandel über mehrere Jahre wissenschaftlich begleitet. Das Einkaufszentrum, stellte der Wirtschaftswissenschaftler fest, zeichne sich ohne Frage durch

„hervorragende Professionalität“ aus. Zudem täten 1200 Parkplätze ein Übriges, um Kaufwillige anzulocken. Die Folgen für die Läden in der Innenstadt aber seien gravierend. Fünf Jahre nach Eröffnung des Einkaufszentrums hätte rund ein Sechstel der Geschäfte in der Innenstadt aufgegeben. Die Ladenlokale stünden heute leer.

Ladeninhaber trifft Mitverantwortung

Nach Auffassung des Bayreuther Wissenschaftlers sei dies aber keine unabwendbare Entwicklung gewesen. Vielmehr träge die Inhaber der Einzelhandelsgeschäfte ein gerüttelt Maß an Mitverantwortung. Sie haben es in seinen Augen versäumt, auf den großen Konkurrenten wirkungsvoll zu reagieren. Als bedrohtes Beispiel nannte er die höchst unterschiedlichen Ladenöffnungszeiten in der Innenstadt von Bayreuth. Wenn nahezu alle Läden andere Öffnungszeiten aufwiesen, schrecke dies potenzielle Kunden ab. Aber auch die Hauseigentümer haben, wie Monheim feststellte, zum Ladensterben beigetragen. Sie hätten ihre Mietzinsforderungen vielfach nicht den gesunkenen Ertragschancen ihrer Mieter angepasst.

Planungsrecht

Dass das Problem nicht allein mit dem planungsrechtlichen Instrumentarium in den Griff zu bekommen ist, machte Gerhard

Herderich vom Bayerischen Umweltministerium deutlich. Kurzerhand verbieten könne man die Discounter nicht. Auch sie könnten sich letztlich auf die vom Grundgesetz gewährleistete Berufsfreiheit berufen.

Intaktes Innenstadtgefüge

Im Übrigen gelte in Bayern für das Kriterium der planungsrechtlich relevanten Großflächigkeit ein Wert von 1.200 Quadratmetern Geschossfläche. Bis zu dieser Geschossflächenzahl sei damit die Errichtung von Großmärkten grundsätzlich in jeder Gemeinde möglich. Für größere Einzelhandelsprojekte sehe das Landesentwicklungsprogramm zumindest eine Obergrenze von 25 Prozent Anteil innenstadtrelevanter Artikel im Sortiment vor. In diesem Zusammenhang bescheinigte der Planungsexperte Rosenheim ein relativ intaktes Innenstadtgefüge. Wie Herderich weiter ausführte, stelle er in jüngster Zeit ein besonderes Interesse für Factory-Outletcenter (FOC) fest. Hierzu erreichten ihn zahlreiche Anfragen von Kommunen und Unternehmen.

Einzelhandel in schwierigem Umfeld

Der Marktforschungsleiter der BBE-Handelsberatung, Joachim Stumpf, sieht den Einzelhandel in einem schwierigen Umfeld. Das Einzelhandelsklima habe sich deutlich verschlechtert. 2002 seien die Umsätze um 2,4 Prozent eingebrochen, nachdem diese 2001 bereits um 0,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken waren. Der Umsatzrückgang 2002 sei nicht nur der seit Jahren stärkste Einbruch, er sei auch einzig innerhalb der Europäischen Union. Besonders dramatisch stellen sich dabei die Einbrüche in der Textil- und Möbelbranche mit acht bzw. zwölf Prozent dar. Ungeachtet dessen wachsen aber nach den Feststellungen des Referenten die Einzelhandelsflächen weiter. Expandieren würden jedoch insbesondere Fachmärkte, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte. Dies ginge bei der derzeitigen Kaufzurückhaltung zu Lasten der Kleinen. Entwicklungsperspektiven sieht Stumpf in den Stadtteilen und Quartierszentren größerer Städte für die sogenannte Nahversorgung.

Bekanntnis zum Mittelstand

Ein klares Bekenntnis zum Mittelstand und zu den in der Stadt gewachsenen Einzelhandelsstrukturen legte der Rosenheimer Landtagsabgeordnete Adolf Dinglreiter ab. Dinglreiter, Vorsitzender des Landtagsausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Technologie, betonte, diese gewachsenen Strukturen seien unverzichtbare Garanten für die Vitalität der Städte. Demgegenüber sieht er die Einkaufszentren nicht nur als Retortenschöpfungen, sondern auch als Gefährdung für die Verkehrsinfrastruktur und die örtliche Grundversorgung.

Gründung einer AG

In der Stadt Rosenheim und in den Umlandgemeinden laufe manches besser als andernorts, stellte Prof. Dr. Konrad Goppel vom Bayerischen Umweltministerium in seinem Grundsatzerferat fest. Rosenheim habe 1996 mit der Gründung des Arbeitskreises „Stadt und Umland Rosenheim“ (SUR) die

GZ **Gestern hat mein Chef gesagt ...**



„Bevor man anderen eine Grube gräbt, sollte man sicher gehen, dass der eigene Spaten nicht schmutzig ist.“ Mein Chef, der Bürgermeister, erzählte kopfschüttelnd von der neuen Eskapade der Stadtrats-Landplage Fanny Bacher.

Die wackere Stadträtin hat nämlich einen Strauß mit dem Leiter unseres städtischen Bauhofes, Herrn Salzgeber, auszufechten, seit dieser sich strikt geweigert hat, die resolute Dame von den winterlichen Räum- und Streupflichten an ihrem stattlichen Anwesen durch den Einsatz städtischer Kräfte zu entbinden. Das war, ehrlich gesagt, eher eine Anweisung vom Chef, denn der gemütliche und gutmütige Hüne, der das Regiment über die Arbeiter führt, ist immer gerne behilflich und würde einer Dame so leicht nichts abschlagen.

Anmaßungen der Stadtrats-Landplage

Nun, eine Dame hätte eine solche Weigerung, die damit begründet wurde, dass gerade bei einer Stadträtin ein Hautgout - vulgo „a Gschmücke“ - bleiben würde, auch akzeptiert. Nicht so Fanny Bacher. Sie sucht seither einfach einen Grund, dem lieben Salzgeber in die Suppe zu spucken.

Ein Anhaltspunkt schien ihr der Auftrag des Bauhofes für Rasentrimmer zu sein. Solche kleinen Aufträge vergeben die nämlich im Zuge eines Budgets selber. Salzgeber hat die marktüblich besten und leistungsfähigsten bestellt, also kein Grund zur Aufregung. Allerdings ist sein Schwager im Rheinland Generalvertreter der Herstellerfirma. Und nach dem Prinzip des „je absonderlicher eine Behauptung, desto genauer muss man ihr nachgehen“, hat Fanny einen

Zusammenhang konstruiert, der auf die Behauptung hinauslief, es sei gar nicht anders vorstellbar, als dass Provisionen geflossen wären, von denen auch Salzgeber profitiert hätte.

Diesen üblen Verdächtigungsbrei, der aus zwei Tatsachen - dem Kauf von Geräten und der Stellung des Schwagers in einer Firma - einen wahren Korruptionskrimi machte,

versandte Fanny Bacher auf Stadtratspapier an die Zeitung und den Lokalsender. Dabei machte sie allerdings einen Fehler: Jeder Stadtrat darf auf seinem Briefpapier das Stadtwappen benutzen und seine Funktion angeben, also auch dem größten Unsinn einen seriösen Anstrich geben. Fanny hat aber zur Angabe „Mitglied des Stadtrats“ hinzugesetzt „Presse Sprecherin“, so dass unbefangene Empfänger des Schreibens, wie der Lokalredakteur der Heimatzeitung - ein alter Schafkopfruder des Bürgermeisters - annahm, der Stadtrat habe eine Pressesprecherin. Hat er natürlich nicht, nur Fannys Fraktion hatte sie zu der ihren gemacht.

Und so wurden kurzerhand Fanny und ihr Fraktionsvorsitzender damit konfrontiert, dass es nicht angängig wäre, wenn sich ein Stadtratsmitglied offizielle Funktionen anmaße und unter dieser Flagge unzutreffende und nicht belegte Anschuldigungen in die Welt hinausposaunt. Mal sehen, was da noch kommt. Der gute Salzgeber hat jedenfalls erst mal seine Ruhe und meinem Chef lege ich den Kalenderspruch des polnischen Aphoristikers Wladislaw Brudzinski auf den Schreibtisch: „Das Lügen ist eine menschenfreundliche Kunst. Selbst dem Amateur lässt sie eine kleine Chance.“

the sabrius

OB Döhla schreibt an den Bundeskanzler:

Modellregion „Offensive für den Mittelstand“

In einem Schreiben an Bundeskanzler Gerhard Schröder hat Oberbürgermeister Dieter Döhla Hof und Hochfranken als Modellregion zur Erprobung der von Wirtschaftsminister Clement angelegten „Offensive für den Mittelstand“ vorgeschlagen.

Ausgehend von der prekären wirtschaftlichen Lage mit einer Arbeitslosenquote im Stadtgebiet von 15,7 % und den anhaltenden Insolvenzen früher stabiler Unternehmen zählt er in dem Brief die Vorzüge und Effekte auf, die mit einer modellhaften Erprobung beim Abbau von Bürokratie und zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen einhergehen würden.

Man könne auf erprobte Strukturen setzen, „die die Durchsetzbarkeit von Maßnahmen ermöglichen, ohne hemmend zu wirken, weil die Notwendigkeit von Veränderungen erkannt ist“, schreibt der Oberbürgermeister und nimmt auch Bezug auf die unterschiedlichen Förderkulissen in Ost- und Westdeutschland. Gerade deshalb sei man auf Impulse dieser Art angewiesen, betont Döhla und bezieht auch künftige Entwicklungen in seine Überlegungen mit ein: „Im Vorfeld der EU-Osterweiterung ist die geographische Lage hervorragend geeignet, um vorhandene Motoren der Entwicklung wie Ost-West- oder Logistikkompetenz in solche Konzepte einzubinden.“

Der Hofer Oberbürgermeister sieht in der Verbindung zwischen den Ansiedlungsbemühungen, dem Ausbau des Flughafens und

der Mittelstandsoffensive eine gute Erfolgchance. Besonderes Gewicht wird dem Automobilbil-



Hofs OB Dieter Döhla.

liefererpark deshalb bei der Umsetzung der „Offensive für den Mittelstand“ beigemessen, weil mit dessen Entwicklung und dem Ausbau des Flughafens Hof Plauen, so Döhla: „eine Dynamik auf den Mittelstand ausstrahlen und die Erfolgchancen weiter erhöhen wird.“ Als Beispiel führt er das geplante Ingenieurs-Zentrum an, das gute Infrastrukturvoraussetzungen in Forschung und Entwicklung bereitstelle und so das Fördergefälle zwischen den alten und den neuen Bundesländern abmildern helfe.

Weichen klar auf „Kooperation statt Konfrontation“ gestellt. Diese Arbeitsgemeinschaft, der neben den Städten Rosenheim und Kolbermoor die Gemeinden Großkarolinenfeld, Raubling, Rohrdorf, Schechen, Stephanskirchen und Neubeuern angehörten, sei nicht nur ein gutes Beispiel für ganz Bayern, sondern in ihrer Art einmalig in Deutschland. Denn mit der Gründung dieser AG sei erstmals im ländlichen Raum eine Gebietskategorie geschaffen worden, um im partnerschaftlichen Miteinander kommunale Probleme zu lösen.

Entwicklungskonzept

Mittlerweile hätten die Mitgliedsgemeinden der Arbeitsgemeinschaft sogar ein „Regionales Entwicklungskonzept für den Stadt- und Umlandbereich Rosenheim“ als Maßnahmenkatalog verabschiedet. Danach sind die Aufgaben in den Bereichen Siedlungswesen, Wirtschaft, Verkehr, Umwelt und Landschaft, soziale Einrichtungen, Bildung und Kultur sowie Ver- und Entsorgung gemeinschaftlich zu bewältigen.

Interkommunale Abstimmung gefragt

Die Maxime „Kooperation statt Konkurrenz“ soll den Mitgliedsgemeinden helfen, die drängenden kommunalen Probleme nachhaltig zu lösen. Konkret deutlich wird dies auch beim geplanten Mfl-Einzelhandelsgroßprojekt „Rosenheim Arcaden“.

Nach den Worten der Rosenheimer Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer ist bei diesem Großvorhaben vor allem die interkommunale Abstimmung gefragt. Deshalb werde, wie Frau Bauer versicherte, eine gemeinsame Haltung der Stadt-Umland-Bürgermeister bei den weiteren Überlegungen und Verhandlungen eine wesentliche Rolle spielen. **DK**

Bamberg plant Weltkulturerbe-Stiftung

Mit der Gründung einer „Weltkulturerbe-Stiftung“ will die Stadt Bamberg in einer für die Kommunen prekären finanziellen Lage ein Zeichen setzen und ihre kulturelle Position langfristig festigen. Auf Initiative von Oberbürgermeister Herbert Lauer soll die Stiftung zur Förderung von Kunst, Kultur und Denkmalpflege in der Stadt Bamberg noch in diesem Jahr aus Anlass der vor zehn Jahren erfolgten Aufnahme Bambergs in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes gegründet werden.

Den entsprechenden Auftrag für die Erarbeitung einer Stiftungssatzung hat der Stadtrat der Verwaltung im Dezember erteilt.

Ziel ist ein Stiftungskapital in Höhe von 17,5 Mio. Euro, damit jährliche Zinserlöse von kalkulierten 700.000 Euro für kulturelle Zwecke bereitgestellt werden können. Unter diesen Begriff fallen die Förderung der Pflege und Erhaltung von Denkmälern und Kulturwerten ebenso wie die Vergabe von Förderpreisen oder von Zuschüssen für kulturelle Tätigkeit. Die Stadt Bamberg beabsichtigt, aus dem Erlös von Aktienverkäufen zunächst einen Grundstock von 1 Mio. Euro und im Jahr 2004 weitere Mittel in die zu gründende Stiftung einzubringen. OB Lauer zufolge bietet die Stiftung aber auch privaten Spendern und Erblässern einen Anreiz, Bambergs historisches Vermächtnis zu erhalten und es weiter mit kulturellem Leben zu erfüllen.

Fördermaßnahmen

Bereits heute fördert die Stadt kulturelle Einrichtungen, Vorhaben und Maßnahmen in erheblichem Umfang mit Hausmitteln. Abgesehen von den Bamberger Symphonikern, die mit einem jährlichen Zuschuss von fast 1 Mio. Euro eine Kategorie für sich bilden, sind dies vor allem der sogenannte Bamberg-Weg in der Denkmalpflege, für den früher rund 500.000 Euro, jetzt auf Grund der Haushaltslage nur noch 200.000 Euro

bereit gestellt werden können, und ein Globalbetrag für Kulturförderung in Höhe von rund 150.000 Euro. Hinzu kommt die Finanzierung des Betriebs eigener Einrichtungen wie des Eta Hoffmann Theaters mit einem jährlichen Zuschuss von rund 2 Mio. Euro oder der Museen und Ausstellungen der Stadt mit jährlich ca. 650.000 Euro.

Durch die massive Verschlechterung der Haushaltssituation sind diese Fördermaßnahmen bedroht. Die angestrebte Weltkulturerbe-Stiftung würde es nicht nur ermöglichen, dass sich Dritte an der Aufgabe beteiligen, die von einer Kommune allein nicht mehr ausreichend bewältigt werden kann. Die aus ihr fließenden Fördermittel wären darüber hinaus von den Zufälligkeiten und Nöten des städtischen Haushalts unabhängig. **DK**

Neue Amtsinhaberin in Rettenbach

In der Gemeinde Rettenbach im Landkreis Günzburg ist die CSU-Kandidatin Dagmar Berger mit 73,82 Prozent der Stimmen zur Nachfolgerin des im Oktober vergangenen Jahres verstorbenen Amtsinhabers Hans-Peter Feil gewählt worden. Die Beteiligung lag bei 67,56 Prozent. Gegen Dagmar Berger war der Bewerber der Bürgerliste Rettenbach, Wiedenbeck, angetreten. **DK**

Landrat Erich Josef Geßner:

Soziale Leistungsgesetze überprüfen!

Themen wie die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, die Schaffung eines grenzüberschreitenden Arbeitsamtes Donau-Iller sowie die Überprüfung der sozialen Leistungsgesetze standen im Mittelpunkt des Antrittsbesuches des Bundestagsabgeordneten Dr. Georg Nüßlein beim Neu-Ulmer Landrat Erich Josef Geßner.

Der Landkreis Neu-Ulm zeichne sich durch hervorragende Standortqualitäten entlang der Achsen und im Kreuzungsbereich von A 7 und A 8 aus, betonte Landrat Geßner. Allerdings müsse diese Verkehrsinfrastruktur konsequent weiterentwickelt und modernen Erfordernissen angepasst werden. Daher seien der durchgehende sechsspurige Ausbau der A 8 zwischen München und Stuttgart und die Bahntieferlegung im Projekt NU 21 dringend voranzutreiben. Für den Landkreis sei insbesondere der viergleisi-

ge Ausbau der Donaubrücke wesentlich, weil damit die Kapazitätserhöhung auf der Illertalschiene direkt zusammenhänge und somit insgesamt die weitere Verbesserung des regionalen Schienenpersonennahverkehrs davon betroffen sei, gab Geßner dem Bundestagsabgeordneten für seine Arbeit in Berlin mit auf den Weg.

Straßenbau

Ebenso dringend sei auch die Schaffung einer neuen Autobahnanschlussstelle an der A7

bei Illertissen-Nord/Bellenberg mit der Kreisstraße NU 15, machte der Neu-Ulm Landrat deutlich. Das Mittlere Illertal mit Illertissen und Bellenberg sei ein bedeutender grenzüberschreitender Industrie- und Gewerbeort zwischen den Oberzentren Ulm/Neu-Ulm und Memmingen. Der Regionalverband Donau-Iller erwarte in dieser Entwicklungsachse in den nächsten Jahren eine weitere überdurchschnittliche Bevölkerungszunahme, verbunden mit einer dynamischen Entwicklung bei den Arbeitsplätzen, begründete der Landrat die Notwendigkeit dieser Straßenbaumaßnahme, die Bellenberg und Illertissen bereits seit 1990 fordern.

Arbeitsamt

Weiter machte sich der Neu-Ulmer Landrat im Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten für die Bildung eines grenzüberschreitenden Arbeitsamtes Donau-Iller stark, das auf die tatsächlichen Gegebenheiten des Lebens- und Wirtschaftsraums der Region zugeschnitten sei.

Im Übrigen forderte Geßner im Hinblick auf die finanziellen Probleme der Kommunen und Landkreise eine Überprüfung der sozialen Leistungsgesetze und Standards. Die ständig gestiegenen Ausgaben bei der Jugendhilfe und Sozialhilfe und die weiteren ungebremst ansteigenden Belastungen durch neue Gesetze wie zuletzt das Grundversicherungsgesetz machten insbesondere in Zeiten rückläufiger Steuereinnahmen eine kritische Durchforstung der Rechtsmaterien notwendig, so Geßner. So müssten im Landkreishaushalt 2003 21,3 Millionen Euro, also fast ein Viertel der Ausgaben des Verwaltungshaushalts, für die Sozialen Leistungen bereitgestellt werden. Davon entfallen auf die bedarfsorientierte Grundsicherung rund 1,6 Millionen Euro, wovon rund 200.000 Euro erstattet werden.

Fachhochschule

Abschließend sprachen sich beide Politiker für einen baldigen Neubau der Fachhochschule in Neu-Ulm aus, da gerade die Bildung und Qualifizierung einer der wesentlichen Zukunftsfaktoren sei. Da in München bisher noch wenig Neigung für die private Finanzierungsform einer öffentlichen Investition festzustellen sei, versprach Nüßlein, nach gelungenen Beispielen Ausschau zu halten. **DK**



Beim Neujahrsempfang der Staudengemeinde Mickhausen zeichneten Augsburgs Landrat Dr. Karl Vogele (r.) und Bürgermeister Anton Müller (l.) den ehemaligen zweiten Bürgermeister Max Kleber (Mitte, mit Ehefrau Maja) für herausragende Verdienste im Ehrenamt mit dem Ehrenzeichen des Bayerischen Ministerpräsidenten aus. Bild: wk

Der Bezirk fragt seine Bürger

Mehr Bürgernähe möchte der Bezirk Oberbayern mit einer Aktion erreichen, die jüngst startete: Eine Besucherbefragung soll Aufschluss darüber geben, welche Erfahrungen die Kunden mit der Bezirksverwaltung und ihren Mitarbeitern machen und wo Verbesserungen nötig sind.

Drei Monate lang sind Besucher des Bezirks in der Prinzregentenstraße 14 aufgefordert, mit Hilfe eines Fragebogens ihre Meinung über die Verwaltung zu äußern. Die Fragen drehen sich u.a. um Öffnungszeiten, Pfortendienste, die Verständlichkeit von Formularen und die allgemeine Informati-

on über den Bezirk Oberbayern. Darüber hinaus wird aber auch nach Erreichbarkeit, Freundlichkeit, Kompetenz und Engagement der Mitarbeiter gefragt. Als Dank für die Mithilfe verlost der Bezirk Oberbayern unter allen Teilnehmern ein Wochenende für zwei Personen in Kloster Seon. **↵**

Vorschau auf GZ 4

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 4, die am 13. Februar erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ◀ Finanzierungsmodelle für öffentliche Aufgaben
- ◀ Dienstleistungen für Kommunen
- ◀ Kommunale Baupolitik
- ◀ Freizeitanlagen